INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM

27. Februar 1992

Der Frühling naht, das erste Papier zum 1. Mai ist da!
Prima finden wir, daß zum Themenbereich "Arbeit" auch diesmal Beiträge gekommen sind. So entwickelt sich vielleicht auch hier, wie schon zu Flüchtlingen und Antifa, eine kontinuierliche Auseinandersetzung in der Interim, die über's Flugi-abdrucken rausgeht.
An dieser Stelle auch nochmal die Aufforderung mit den Adressen aus den Kühnen-Unterlagen verantwortlich umzugehen, und eine Erklärung der VeröffentlicherInnen dazu.

Betrifft: KÜHNEN-ADRESSEN!

Wir haben ca. 3 - 4 Monate lang die Namen und Anschriften aus den Unterlagen von Kühnen mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten überprüft und etliche Namen von denen uns bekannt wurde, daß es sich um eindeutig keine Rechten oder Faschisten handelt, rausgeschmissen. Die Leute sind, soweit sie herauszufinden waren, von uns informiert worden.
Bei der Fülle an Namen und Adressen und unseren beschränkten Möglichkeiten sind Nacharbeiten anscheinend unumgänglich.
Wir haben die Unterlagen zu einem Zeitpunkt veröffentlichen lassen, an dem wir der Meinung waren unser Möglichstes getan zu haben. Eine spätere Veröffentlichung hätte die Gefahr gehabt, das die Adressen noch mehr veralten.
Wie sich jetzt herausstellt, sind uns bei der Überprüfung doch noch Fehler unterlaufen.
Wir können allen, die mit den Adressen was anfangen wollen nur anraten, sich selber noch genau zu erkundigen und uns über den Weg der Veröffentlichung zu informieren.
Dies sollte jedoch keine'n davon abhalten Adressen von Faschisten und Rechte[illegible] [illegible]

Inhalt:

Ordner:

Knete für die TU-Flüchtlinge

Antirassistische Initiative; Stichwort: Bleiberecht
Konto-Nr. 303 96 00 BLZ 100 20 500
Bank für Sozialwirtschaft

Impressum

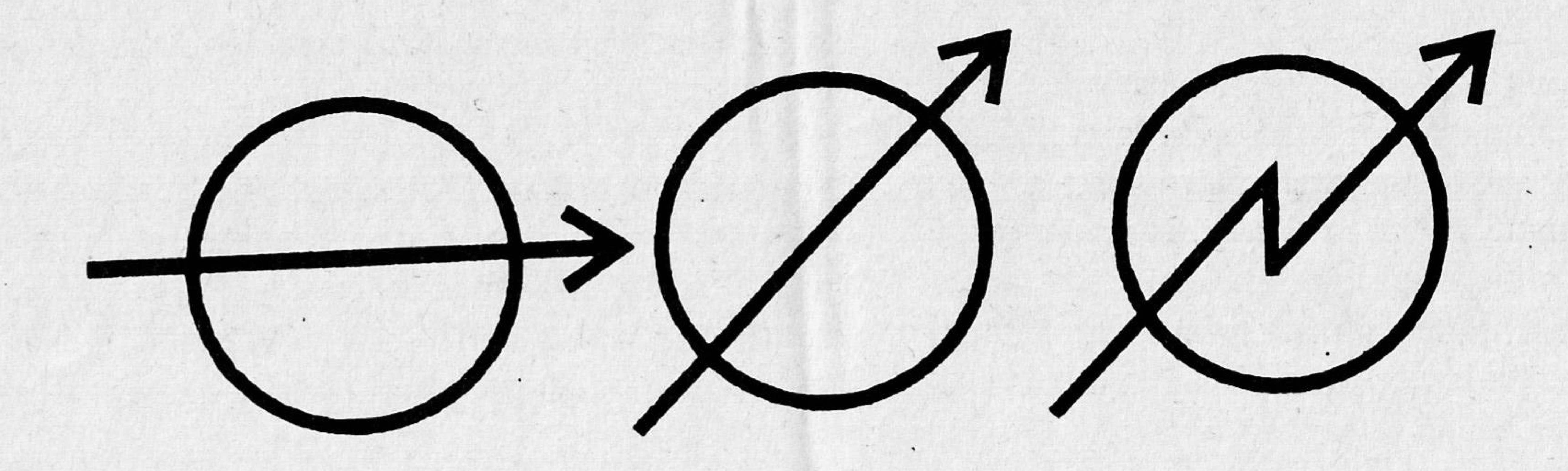
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Bewegung oder Organisierung?



"Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern!". Zu dieser Feststellung kam bereits Mitte der 60er Jahre die Gruppe 'Subversive Aktion', die mit spontanen und inszenierten Provokationen die westdeutsche Staatsdoktrin von der Wirtschaftswundertüte denunzieren und den Glauben an das Glück im Konsum vermießen wollte. Dies ist ein Teil heute weitgehend unbekannter Geschichte, deren Ideenfortsetzer Ende der 60er Jahre bei der Radikalisierung von Theorie und Praxis, von Alltag und Politik, eine wichtige Rolle inne hatten. Namen sollen hier keine Rolle spielen, denn viel wichtiger als die bekannten führenden Figuren waren die vielen Namenlosen vom Lande, aus den miefigen Kleinstädten und den kalten Metropolen. Es war die Zeit der "Gammler" und "weltanschaulichen Extremisten" (ein Polizeipsychologe 1967), nicht nur der Beginn einer StudentInnen-, SchülerInnen- oder JungarbeiterInnenbewegung, sondern gleichzeitig ein kulturrevolutionäre Angriff auf den Status quo.
Die 70er Jahre sind aufgrund der Intensität direkter Konfrontationen mit dem Staat in der Nachkriegszeit zwar unübertroffen, vor allem existierte in der Linken ein theoretisch hohes Niveau, genauso haften diesem Jahrzehnt aber die verschiedenen Dogmatismen und Glaubensbekenntnisse (von den K-Gruppen über die Alternativbewegung bis zur RAF) an.
Erst Anfang der 80er Jahre fand mit den Häuserkämpfen wieder sowas wie eine individuell-politische Explosion statt, die diese Gesellschaft sicher nicht ins Wanken brachte, aber, gegen die Meinungsmache der altlinken Politmanager und ihrem intellektuellen Anhang, entstand eine Bewegung, die zumindest für ein paar Monate das Geschwätz von den demokratischen Spielregeln ignorierte. Destruktivität, Dialogignoranz und ein kollektives Anti bestimmte das Handeln. Erst nach der 'heißen' Phase wurde sich auf die, wiederrum von den altlinken Intellektuellen aufgeworfenen, Fragen von einer positiven Utopiebestimmung eingelassen.
An dieser Stelle soll jedoch nicht ein kurzer Abriß der möglichen autonomen Wurzeln erfolgen, denn die vorangegangenen Sätze werden erwartungsgemäß bereits zu Kopfschütteln und entsprechenden Korrekturen führen. Es ist ein kleiner Vorspann zu einer Veranstaltungsankündigung, deren Thema den Nerv der momentan weit verbreiteten Reflexions- und Orientierungsdiskussion in der radikalen Linken trifft. Aktueller Bezugspunkt der Veranstaltung 'Bewegungslehre-Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit' sind die zur Zeit nicht zu überhörenden Organisierungsforcierungen von Teilen der Autonomen. So werden sie z.B. von der Göttinger antifa (M) und der Heinz Schenk-Transformation F.E.L.S. (Für eine Linke Strömung) direkt betrieben. In anderen Texten taucht ebenfalls immer wieder die Forderung nach Selbstorganisierung auf und das Thema scheint offensichtlich auch über die private Interim - Lesestunde hinaus im Gespräch zu sein. Im Sinne der offenen Debatte steht die 'Bewegungslehre' Veranstaltung nicht gegen diese Organisierungsdiskussion, sondern versteht sich eher als Beitrag zur selbigen.

"Bewegung ist die Erinnerung an das Ereignis"
lautet eine zentrale These der Amsterdamer Agentur BILWET. Sie meinen damit, daß aus einer Situation heraus (die selbstverständlich ihre Vorgeschichte und ihre ökonomischen Ursachen hat, bzw. das Ergebnis von Unterdrükkung und Widerstand ist) eine Bewegung entsteht. In der Anfangsphase ist das Vergangene völlig sekundär. Die in der Aktion beteilgten Menschen, die AktivistInnen, stehen im Mittelpunkt des Geschehens. Die Strategen revolutionärer Wahrheiten haben in diesem Moment bereits ihre Führungs-Funktion verloren und fungieren nur noch in der Rolle der Statisten. Das Unvorhersehbare, die Unkalkulierbarkeit und Diffusität des eigenen Handelns, sowie die Reaktionen von außerhalb (Staatsgewalt und Medien), besitzen eine Eigendynamik, die sich immer weiter von den revolutionären Vordenkern entfernt. In diesem Sinne kann eine Bewegung kein Produkt von Organisationen und 'den richtigen' Stratgien sein.
Bekanntlich ist aber das Bedürfnis, vor allem nach größeren Ereignissen (wie z.B: 1.Mai 87, IWF, Mainzer Straße) weit verbreitet, alles genau 'politisch zu bestimmen' und dementsprechend in die jeweilige Strategie einbinden zu wollen. Solche Analysen bestehen aber meist nur aus einer Erkenntnis, deren Resultat die Analytiker bereits vorher in der Schublade haben und nur leicht modernisiert als Stabilisierung der eigenen Theorie verkaufen. Eine so bekannte wie einfache Methode der Geschichtsbearbeitung, was aber nichts anderes bedeutet, als sich auf das Niveau wis-

senschaftlicher Studien zu begeben. Eigentlich ist dies die Aufgabe bürgerlicher Wissenschaft und kann demnach kein Bestandteil revolutionärer Theoriebildung sein.

Die Bewußtmachung der eigenen Geschichte
als Teil eines Reflexionsprozesses wird in der linksradikalen Szene immer wieder als Notwendigkeit formuliert, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. So richtig dieser Anspruch ist, so anstrengend bleibt es, Methoden zu entwickeln, die einerseits die persönlich erfahrenen Kämpfe vermittelt, ohne das diese nachträglich von den KämpferInnen der heutigen Realität angepasst werden. Es bedarf



ebenfalls einige Mühe theoretische Reflexionen, die weder von Arroganz noch von Distanzierung geprägt sind, öffentlich zu diskutieren.
Die Amsterdamer Agentur Bilwet verfolgt, einen zumindest in der BRD weithegend unbeachteten Ansatz der Geschichtsbearbeitung. Grundlage ihrer Untersuchung ist die subjektive Tatbeteiligung in den verschiedenen Phasen einer Bewegung bzw. eines Ereignisses. Ihre Theorie besteht aus der Suche nach dem Wechselverhältnis von Bewegung (eine auf dem egalitären Grundsatz beruhende nach vorne treibende Kraft von individuellen KollektivistInnen), Masse (das autonome Individuum innerhalb und außerhalb des gesellschaftlichen Kollektivs) und Medien (die selbstinszenierten und mit viel Geld prinzipiell manipulierenden).

Die Bewegungslehre ist
demnach ein Ansatz, um z.B. die Ost-Berliner Häuserkampfbewegung im allgemeinen und die Ereignisse um und in der Mainer Straße, d.h. die Eskalationsentwicklung, die Schlacht und ihr Ende, aus dem tatsächlichen Ereignis heraus zu verstehen. Diese Erinnerung an den Ort des Geschehens, die allgemeine Stimmung, der kollektive Prozeß als ein Moment der subjektiven Angst und des Mutes kann nur durch die Akteure erfolgen, von den Handelnden in, vor und auf den Häusern. Nur die Beteiligten haben sich in dieser konkreten Wirklichkeit aufgehalten, Betrachter von außerhalb sind demhingegen Teil einer Wirklichkeit des Medienkonsums, daran ändert auch die gleiche Gesinnung nichts.
Natürlich ist es ein Manko, daß solcherart Bewegungserfahrungen bei den Beteiligten meist Opfer des Kurzzeitgedächtnisses und des Frustes scheinbarer Niederlagen werden. So bleibt dann leider nach ein paar Monaten und Jahren nichts weiter als der Mythos 'Kampf um die Mainzer Straße' und wird genauso in die Köpfe der Nichtbeteiligten transportiert.
Es könnten noch andere Ereignisse angeführt werden, die zeigen, daß solcherart Bewegungsuntersuchungen keineswegs eine Reduzierung auf 'autonome Highlights' bedeuten, denn manchmal wird erst bei genauerem Hinsehen erkenbar, wie wenig 'die Autonomen' die Akteure der 'Erfolge' waren. Wie krampfhaft wurde doch versucht, die Ereignisse während der Anti-IWF-Tage und des 1.Mai 87 dem eigenen Konto zuzuschreiben und dafür ein entsprechendes Korsett zu zimmern. Und das, obwohl die ideologische Überfrachtung der Vorbereitungsgruppen zu den Anti-IWF Aktionstagen in der Konfrontation mit der Realität deutlich wurde. Die Eigendynamik der Tage, die immer größer werdende Zahl der AktivistInnen ließ die ursprünglich formulierten theoretischen Fragmente der 'OrganisatorInnen' in den Hintergrund rücken, war aber der eigentliche Erfolg. (Doch soll hier nicht gegen Theoriearbeit polemisiert werden.)
Noch weniger war der 1. Mai 87 ein Ergebnis autonomer Strategien. Die Randale war das Produkt vieler unterschiedlicher Momente: schönes Wetter, viel Alk, agressive Bullen, angestaute Wut und Lust an der Zerstörung. Zum Zeitpunkt der 'Explosion' hatten die polit-ökonomischen Ursachen keine Bedeutung. Die treibenden Kräfte war nicht die objektive Klassenlage und die staatliche Repression, sondern die Wut und der Haß jedes Einzelnen. Elemente, die sich in eine kollektive Kraft umwandelten. Das waren die banalen und doch äußerst wirkungsvollen Gemeinsamkeiten von Autonomen, türkischen und anderen Jugendlichen und 'Normalos' an diesem Tag. Den 1. Mai 87 also durch die beschränkte autonome Parteibrille zu analysieren, wird nicht nur absurd, sondern stellt sich über die Motivationen und Bedürfnisse der tatsächlich an der Revolte beteiligten. Hinterfragt werden könnten in diesem Zusammenhang auch mal die ursächlichen Gründe für die weit verbreiteten szeneinternen Disziplinierungs- und Ordnungsmaßnahmen bei Aktionen.

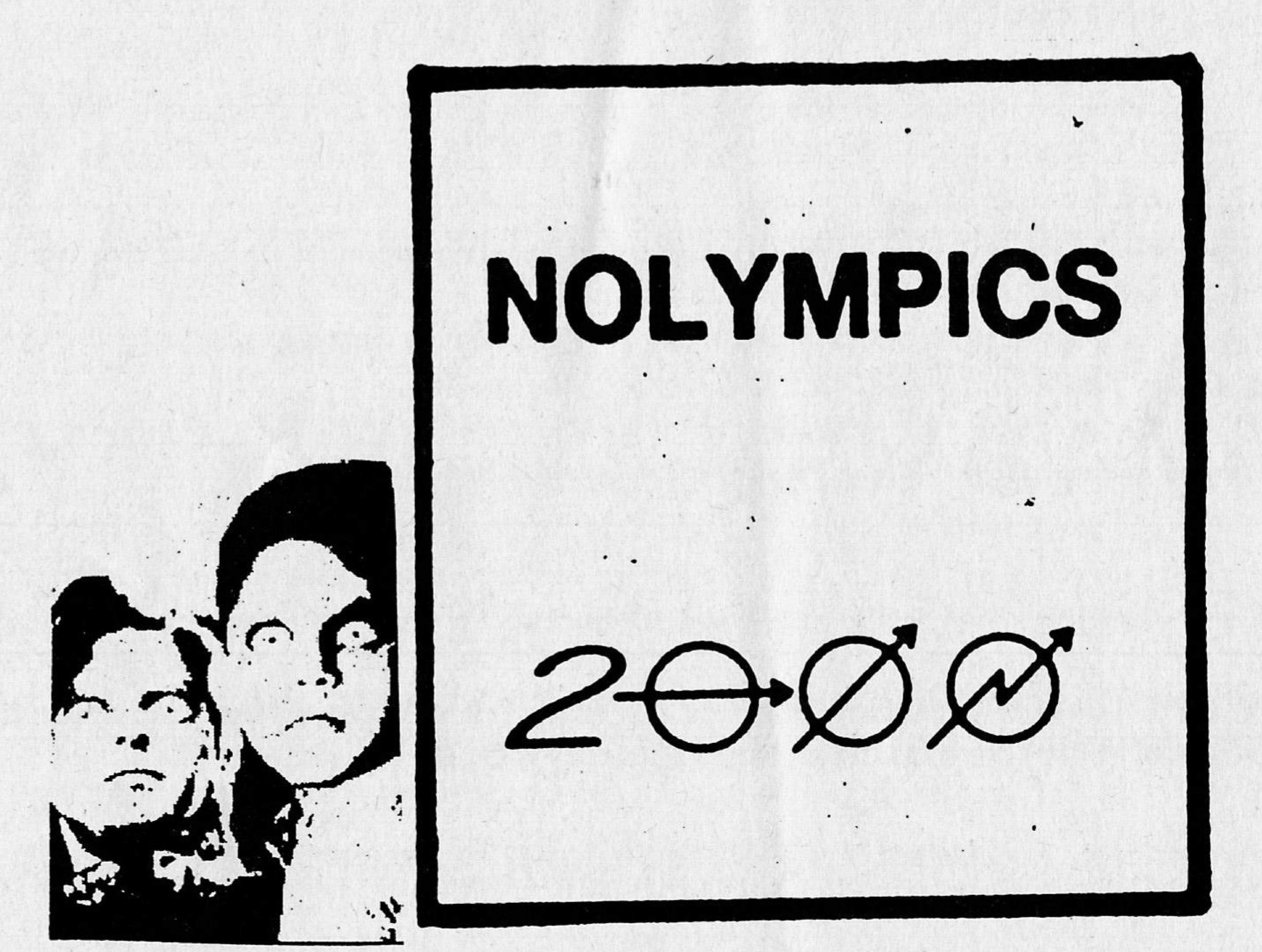
Die Agentur Bilwet will keine neuen Konzepte
und Strategien verkaufen. Erstmal gilt es den alten Kopf-Müll, der natürlich sehr unterschiedliche Dimensionen hat, zu entsorgen. Das bedeutet jedoch alles andere als ein Mischmasch der Beliebigkeit bzw. postmoderne Theoriewichserei oder das Abseilen in die gesellschaftliche Normalität. Und obwohl ihre Theorie nichts mit der einfachen schwarz/weiß Brille zu tun haben will, auf welcher Seite der imaginären Barrikade sie zu finden sind, ist eindeutig.
Das revue-passieren-lassen der 'autonomen' 80er Jahre , so

wie von Bilwet praktiziert, zeigt die Stärken einer Bewegung und ist gleichzeitig eine Demontage der Mythen aus dieser Zeit.
Ihre 'Bewegungslehre' handelt von tragischen Vorfällen und von komischen, todernsten und fröhlichen Aktionen. Es sind Geschichten von den spektakulären Amsterdamer Häuserkämpfen, den spannenden und schmutzigen Alltäglichkeiten in den okupierten Objekten und auf der Straße, von linksradikalen Ideologiestreitereien, die in Eisenstangenprügeleien gipfeln und von einer antifaschistischen Aktion, die durch ihre Eigendynamik ein absurdes und desillusioniertes Ende findet. Natürlich geht es auch um die Amsterdamer Anti-Olympia-Aktivitäten, das Konzept der Imagebeschmutzung mit den vergnüglichen Volkssportwettkämpfen, durch die die Mächtigen der Stadt vor dem Siegertreppchen böse auf die Nase fielen. Die 'Bewegungslehre' handelt vom Leben einer Generation, die vielleicht nie alt und klug wird, dafür aber auch niemals altklug beginnt. Im Laufe der Geschichte wird diese Generation immer wieder aufs neue geboren und befindet sich sofort auf einem schmalen Grat. Auf der einen Seite gibt es eine Welt zu gewinnen, die mit keinem 'Ende der Bewegung' jemals untergeht, auf der anderen Seite lauern Abgründe, die nur jene leugnen, die sich bereits in ihren ideologischen Eigenheimen eingerichtet haben.
Die Ereignisse, Orte und Protagonisten aus dem Amsterdam der 80er Jahre sind nicht nur ein kleiner Rückblick in die Geschichte eines Landes, um dessen Coffeeshops es zumindeest von Vielen beneidet wird. Die Namen und Orte, die Diskussionen und Aktionen in der 'Bewegungslehre'sind austauschbar und können auch ohne Rauschzustände mit dem autonomen Hardcore-Realismus in Berlin konvertiert werden. So läuft beim Lesen ein eigener Film mit ähnlichen Situationen und DarstellerInnen ab. Auch wenn sich die Sprache der Bewegungslehrte etwas außerhalb der Szenenorm befindet und eine gewisse Offenheit zur literarischen Lektüre erfordert, sollte es keinen Grund geben, den aktuellen Beitrag zu den Organisierungsdebatten 'Bewegungslehre - Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit' (Edition ID-Archiv. 200 Seiten, 25,-DM) zu ignorieren.
"Damit ist die Strategiedebatte eröffnet, die die Verfasser eigentlich nicht führen mögen, weil sie zu stark nach Weihrauch, Tinte und abgewetzten Schreibtischstühlen riecht. Der Beitrag zum Thema Strategie kommt in autonomer Mogelpackung daher. In der authentischen Darstellung der konkreten BesetzerInnenpraxis, dem ironischen Umgang mit der Wissenschaft ('allgemeine Bewegungslehre', 'Spezielle Bewegungslehre'). In den verschlüsselten Wandlungen und Bilder stecken weit mehr Strategieüberlegungen, als die Autoren vorgeben." (Res Strehle in der woz v. 21.2.92)

Am 1. März
wird die Agentur Bilwet, zum Abschluß einer 14-tägigen-BRD und Schweiz-Tour, in Berlin anzutreffen sein. Mit kurzen und z.T. unveröffentlichten Geschichten werden sie eine Einführung in die Theorie der Bewegungslehre geben. Sie stellen ihre Untersuchungen zur antimedialen Bewegung und ein Manifest der souveränen Medien zur Diskussion. Und um die Bedenken möglicher Kopflastigkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen, soll nicht vergessen werden darauf hinzuweisen, daß das offizielle Amsterdamer Anti-Olympia Video der Nolympics Kampagne aus dem Jahre 1984 in der bekannten Ex-Beamer Qualität gezeigt wird und das Thema entsprechenden Raum einnehmen wird.

"Die Bewegung ist die Erinnerung an das Ereignis"

Veranstaltung im Ex/Mehringhof
am Sonntag, 1.3.92 um 20 Uhr



FRÜHJAHRSPUTZ IN NOLYMPIC-CITY !

Am 13.3.92 lädt der Architekten- und Ingenieur Verein zu Berlin zum 137. Schinkelfest. Ort :Konzertsaal der Hochschule der Künste, Hardenbergstr. - Beginn: 18°°
Thema:
Schinkelwettbewerb Olympia - Feststadt Berlin 2000
Unterstützt wird diese Veranstaltung unter anderem vom Bundesbauminsterium und dem Berliner Bausenat , aber auch von den Lobbyisten der Baumafia, wie z.B. dem Deutschen Betonverein e.V. und dem Deutschen Stahlbau - Verband.
Auch für exclusive Teilnehmer ist gesorgt. Angekündigt sind Grußworte und Vorträge von Willy Daume, Eberhardt Diepgen, Wolfgang Nagel usw.. In deren Schlepptau werden wohl auch noch andere nicht uninteressante Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anzutreffen sein.Insgesamt wird mit 1000 Gästen gerechnet.
Neben der Haupstadtplanung, ist die Olympiabewerbung ein weiteres Großprojekt, das zur weiteren Umstrukturierung und Vertreibung führen wird. Wir wollen deshalb nicht zulassen, daß Stadtver-planerInnen und Spekulanten sich ungestört selbst feiern können.
Wir feiern mit. Aufruf zur definitiven Anti-Olympiaparty rund um die Hardenbergstr./Fasanenstr. und die HdK. Es gibt Gründe genug, sich die an-und abreisenden Bonzen genauer anzuschauen.
Dieser Aufruf ist als Vorankündigung zu verstehen. Aber behaltet euch den Termin im Kopf und überlegt euch schon mal was. Auf dieser Fete wird es keine DJ`s und VorturnerInnen geben, es kommt darauf an, wie ihr euch auf dieses Spektakel vorbereitet.
Treffpunkt um 17³⁰ vor Ort.

Den Olympiastrategen das Handwerk legen.



JobberInnentreffen / Teil 3

Bei unserem zweiten Treffen am 21.2. kamen leider kaum neue Leute dazu. Als organisierte Initiativen waren nur die recht junge Heinzelmännchen (/Tusma) Ini und eine TaxifahrerInnenselbstorganisierung da. Bei der Diskussion um das Wie und Wofür einer JobberInnen-Selbstorganisierung tauchten mehr Fragen als Antworten auf:

Wie können wir über das sehr beschränkte Spektrum im Bereich entgarantierten Einkommens, das wir im Moment repräsentieren, hinausgelangen? Wie können wir Verbindungen zu anderen (auch uns unbekannten) Ansätzen von Selbstorganisierung im prekären Bereich herstellen?
Kann ein Austausch von Erfahrungen zwischen JobberInnen mit unterschiedlichen Bedingungen eine Hilfe für das Entstehen neuer bzw. die Entfaltung bereits laufender Initiativen bedeuten?
Gibt es außer der gegenseitigen Unterstützung von Kämpfen in konkreten, unterschiedlichen Bereichen noch Ansatzpunkte für einen gemeinsamen Kampf für mehr Lohn und weniger Arbeit?
Der Abbau der Berlinzulage z.B. bedeutet für alle Lohnabhängigen im Westteil Berlins eine Lohnkürzung von 8%- eine Mobilisierung dagegen würde unseren begrenzten Kreis allerdings noch überfordern.
Eine weitere Gemeinsamkeit von fast allen JobberInnen ist die unsichere Vertragslage, die meisten arbeiten ohne gesetzliche Mindestansprüche wie Lohnfortzahlung, Urlaubsgeld, Kündigungsschutz...viele kennen ihre Rechte diesbezüglich überhaupt nicht. Die meisten (der wenigen...) JobberInnenkämpfe der letzten Zeit orientierten sich an solchen Ansprüchen !
Wir hoffen, daß noch einmal mehr Leute kommen, um der Diskussion ein breiteres Fundament zu geben, und wir uns dannach mit regelmäßigem Termin an einem festen Ort treffen werden.

Also kommt zuhauf: am Fr. , den 7.3. um 19 Uhr ins Clash (Uferstr. 13 /Wedding)

Die Besetzung dauerte 20 Minuten — keine Festnahmen / Diepgen will heute eine Delegation empfangen

Polizei vertreibt Flüchtlingsfrauen aus Rotem Rathaus

Eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen aus osteuropäischen Staaten hat gestern zusammen mit etwa 60 Unterstützerinnen kurzzeitig das Rote Rathaus in Berlin besetzt. Mit der Besetzung, die nach 20 Minuten von Polizeikräften beendet wurde, wollten die Frauen ihrer Forderung nach einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sowie Verhandlungen über eine Aufnahmegarantie für die Flüchtlinge Nachdruck verleihen.

Der Chef der Senatskanzlei, Volker Kähne, sagte den Besetzerinnen für heute nachmittag einen Gesprächstermin bei Diepgen zu.

Hintergrund der Aktion, bei der es nach Polizeiangaben nicht zu Festnahmen kam, ist die seit mehr als vier Monaten andauernde Besetzung von Seminarräumen der Technischen Universität Berlin durch etwa 100 Flüchtlinge aus Osteuropa. Diese wollen so einer Verteilung auf Aufnahmelager in den neuen Bundesländern sowie einer drohenden Abschiebung entgehen. Die Forderung der Rathaus-Besetzerinnen nach Aufnahme von Verhandlungen über den Verbleib der Flüchtlinge noch in dieser Woche wurde nicht erfüllt.

In einer Presserklärung der Frauen heißt es, daß sich der Senat trotz breiter öffentlicher Unterstützung weigere, eine politische Lösung im Sinne der Flüchtlinge zu suchen. Vielmehr habe Innensenator Dieter Heckelmann (parteilos) es abgelehnt, eine Lösung für die Gruppe zu suchen. Er beharre darauf, so heißt es in der Erklärung weiter, daß die Flüchtlinge Einzelanträge auf Umverteilung stellen müßten.

Die unmenschlichen Bedingungen besonders in den neuen Bundesländern hätten Flüchtlinge bewogen, weiter nach Berlin zu fliehen. Und trotz aller Lippenbekenntnisse der Politiker hätten sich die Zustände dort nicht verbessert. Außerdem wird bemängelt, daß Heckelmann als Vorbedingung für Verhandlungen auf die Übergabe einer Liste bestehe, auf der die Namen der TU-Flüchtlinge vermerkt sind.

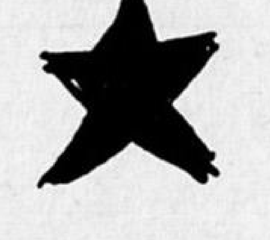
dpa/hani



Flüchtlinge besetzen das Rathaus in Berlin. Foto: Rolf Schulten/Octopus

INFOS
zur
Situation in
der besetzten
TU / ARZ

Zum Stand der Dinge: Nach der Rathausbesetzung am 18. 2., die die Flüchtlingsfrauen und Unterstützerinnen als erfolgreich bewerten, kam es am folgenden Tag zu einem Gespräch mit Diepgen. Anwesend waren drei Flüchtlinge mit Dolmetscherinnen, keine UnterstützerInnen. Die Flüchtlinge mißtrauen Diepgens "Angebot", sie sehen darin die Gefahr einer Spaltung, deswegen sind sie zur Zeit nicht bereit, sich darauf einzulassen, eine Liste mit Namen wie von Diepgen gefordert, abzugeben.
Flüchtlinge planen für die nächste Zeit weitere Aktionen, um eine Aufnahmegarantie für alle zu erreichen. Bei den Aktionen geht es um Besetzungen, "Besuche" bei den politisch Verantwortlichen ... etc. Außerdem überlegen Flüchtlinge einen Hungerstreik zu beginnen. Aktionstermine werden zum Teil rechtzeitig bekanntgegeben.
Schöne Grüße auch!



Diepgen beharrt auf Einzellösungen für TU-Flüchtlinge

Berliner Zeitung 21.2.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) hat den Flüchtlingen, die seit knapp vier Monaten Teile der TU besetzt halten, zugesichert, daß „Berlin sich für eine humanitäre Lösung einsetzen wird". Gleichzeitig werde es definitiv keine Gruppenlösung für die aus der ehemaligen DDR geflohenen Flüchtlinge geben. Das teilte der stellvertretende Senatssprecher Eduard Heußen im Anschluß an ein Gespräch Diepgens mit drei Flüchtlingen und drei Unterstützerinnen mit.

Diepgen habe „mehrfach seinen guten Willen bekräftigt", sagte Heußen. Berlin sei aber an die Rechtslage gebunden, die eine Gruppenlösung nicht zulasse. Der Regierende Bürgermeister habe an die Flüchtlinge „appelliert, dem Rat zu folgen, die persönlichen Daten der Asylbewerber der Innenverwaltung zur einzelnen Prüfung zur Verfügung zu stellen". Die Asylbewerber hatten Diepgen zuvor von ihren „schlechten Erfahrungen mit der deutschen Bürokratie" berichtet. Seit Beginn dieser Woche liege eine Liste mit entsprechenden Daten bei einem Notar. Die Flüchtlinge verlangen zuerst eine Zusicherung für eine Gruppenlösung. Heußen sagte, die gegenwärtige Situation in der TU sei auf Dauer nicht zu akzeptieren. In den elf besetzten Seminar-Räumen leben mittlerweile mehr als 100 Flüchtlinge aus zehn Ländern. Vertreter der Flüchtlinge kündigten an, weiter für eine Gruppenlösung zu kämpfen.

eb

Welt 19.2.92

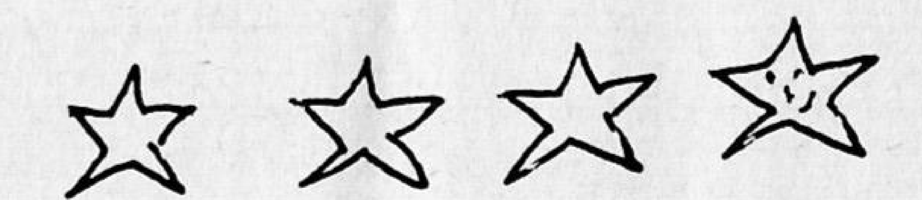
Asylbewerber besetzen Berliner Rathaus /

Gegen „Zwangsverteilung"

E. VOGT, **Berlin**

Eine Gruppe von etwa 60 Asylbewerberinnen mit Kindern sowie deren Unterstützer hielt das Berliner Rathaus während der gestrigen Senatssitzung für mehr als eine Stunde besetzt. In einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) wollen sie heute auf die Lage ihrer Familien aufmerksam machen, die sich seit Oktober 1991 widerrechtlich in Seminarräumen der Technischen Universität Berlin (TU) aufhalten. Vor kurzem hatten sie nach einer Besetzung der SPD-Landeszentrale auch ein Gespräch mit Berlins SPD-Chef Momper erzwungen.

Die Hochschulleitung hatte in den vergangenen Monaten vergeblich an Politiker und Kirchenvertreter appelliert, den mehr als 100 Asylsuchenden vor allem aus Rumänien, Bulgarien, Äthiopien und Kurdistan unter humanitären Gesichtspunkten den Verbleib zu ermöglichen. Unterstützt werden die Flüchtlinge durch ein „Antirassistisches Zentrum" des TU-AStA und Angehörige des autonomen Spektrums. Ein Antrag von zehn Parlamentariern, die Asylbewerber unabhängig vom geltenden Verteilungsschlüssel in Berlin unterzubringen, war in der vergangenen Woche im Abgeordnetenhaus gescheitert. Nach geltendem Recht müsse im Einzelfall geprüft werden, ob und in welchem Bundesland ein Asylantrag gestellt oder ein Asylverfahren abgeschlossen worden sei, hieß es in der Innenverwaltung. Die Besetzer verlangen „Aufnahmegarantien für alle Flüchtlinge, die vor rassistischen und faschistischen Angriffen nach Berlin geflohen sind" sowie einen Stopp der „Zwangsverteilungen". Eine vom Innensenator erbetene Personalien-Liste haben die „Flüchtlingsfrauen aus der TU und Unterstützerinnen" inzwischen nach eigenem Bekunden bei einem Berliner Notar hinterlegt.





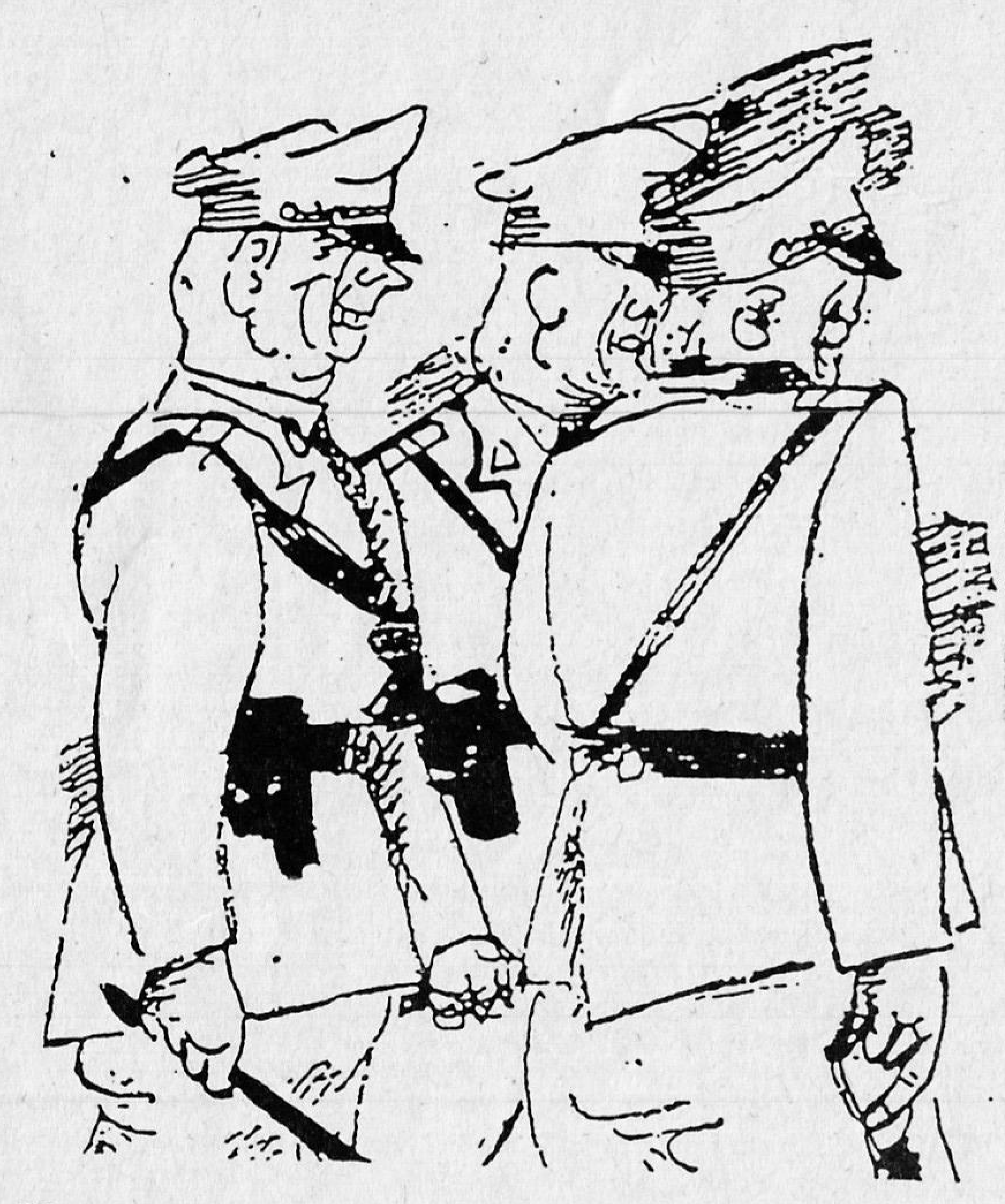
Die Kirchenbesetzung ist zuende
Der Kampf muß weitergehen
Solidarität mit den Flüchtlingen

Die letzte Erklärung der Flüchtlinge aus der Shalomgemeinde/Norderstedt vom 19.2.92

Wir, die sich seit dem 8.2.92 im Hungerstreik befindenden Flüchtlinge in Norderstedt, haben am 17.2.92 ein Ultimatum von dem Kirchenvorstand der Shalomgemeinde erhalten. Durch dieses Ultimatum wurde uns ein Kirchenhaus in Schleswig Holstein mit einer Zeitbegrenzung bis Ende des Verwaltungsverfahrens angeboten. Außerdem wurden einige Bedingungen wie: "UnterstützerInnen werden im Haus nicht geduldet" gestellt. Wir wurden bedroht, sofern wir dem Ultimatum nicht nachkämen, würde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen uns gestellt. Daraufhin haben wir unsere Forderung:

"Bleiberecht in Schleswig Holstein
bis Ende unseres Asylverfahrens"

wiederholt, und gleichzeitig unsere Bereitschaft erklärt, zu diesem Haus umzuziehen, wenn die Kirche die Zeitfrist, unserer Forderung entsprechend, ändert und unser Recht auf selbstbestimmte Kontakte zu unseren UnterstützerInnen akzeptiert.



"Jungs setzt eine fromme Mine auf, da kommt der Kirchenvorstand"

Der Kirchenvorstand hat unsere Bedingungen bezüglich ihres Ultimatums abgelehnt.
Nach Ablauf der Frist hat die Kirche gegen uns Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt und damit die polizeiliche Räumung eingeleitet.
In den kommenden Stunden hat das Innenministerium erklärt, daß die Flüchtlinge unverzüglich und ausschließlich an den ihnen ursprünglich zugewiesenen Ort, also nach Mecklenburg Vorpommern gebracht werden.
Wiederholt zeigt dies deutlich, wie Kirche und Staat gegen Flüchtlinge Hand in Hand arbeiten. Durch dieses Vorgehen wurde uns Flüchtlingen die letzte Möglichkeit gemeinsamen Widerstandes, des Hungerstreiks in der Shalom-Kirche genommen.
Wir wollen unser Schicksal und unsere Zukunft nicht durch die Polizei bestimmen lassen. Wir wollen selbst bestimmen. Darum haben wir die Kirche verlassen.
Von nun an werden wir als einzelne in Schleswig-Holstein bleiben und den Kampf für unsere Forderungen soweit möglich, fortsetzen.
Wir werden uns jetzt der Karavane von tausenden von Flüchtlingen anschließen, die nach ihrer Zwangsverteilung in die EX-DDR, aufgrund der dortigen Bedingungen fliehen und in den alten Bundesländern, beispielsweise Schleswig-Holstein, leben.
Viele von uns Norderstedtern Flüchtlingen haben jetzt Anhörungsverfahren bekommen. Wir werden unseren Asylverfahren folgen und uns für die Anerkennung unseres Asylgesuches bemühen, so wie wir es immer wieder gesagt haben.

Presseerklärung der Flüchtlinge vom 18.2.92 als Antwort auf die Stellungnahme zur Erstattung einer Strafanzeige der Schalomgemeinde:

Die Stellungnahme der Kirche hat die Absicht, die Leute, die der Entwicklung unseres Widerstandes nicht näher gefolgt sind, in die Irre zu führen. Durch dieses Papier wird nämlich ein Bild gemalt, als ob wir in der Kirche verbliebenen Flüchtlinge Instrument der UnterstützerInnen wären, als ob die Flüchtlinge, die nach Mecklenburg gebracht worden sind, in Sicherheit und Zufriedenheit leben würden.
Die Unterstellungen der Kirche sagen aus; daß wir nicht in der Lage sind eigenständig Entscheidungen zu treffen, Forderungen hinzustellen und dafür zu kämpfen. Diese wiederholende Aussage finden wir diskriminierend und beleidigend.
Die Flüchtlinge, die am Anfang hier waren, die durch die Zusammenarbeit der Kirche und Regierung, durch psychischen Zwang "überzeugt" wurden, leben in diesen Unterkünften nicht in Sicherheit und wohl wie behauptert, sondern viele von ihnen haben bereits Deutschland verlassen müssen, weil sie unter den Umständen im Osten nicht leben wollten. Viele von ihnen sind zwar dort registriert, aber leben nicht dort sonden in der Illegalität.
Einzelne, die dort leben, sind der totalen Isolation ausgesetzt und sind auf keinen Fall zufrieden und in Sicherheit.

Wir möchten nochmal betonen, daß der Hungerstreik in den wir aus eigener Entscheidung vor 11 Tagen getreten sind, unsere letzte Möglichkeit ist, die Regierung aufzufordern zu handeln.
Keine/r kann den/die andere/n zum Hungern zwingen, wenn der/die nicht davon selbst überzeugt ist. Deshalb empfinden wir diese Aussage der Kirche diskriminierend und demütigend.
Der Kirchenvorstand behauptet, daß die UnterstützzerInnen uns für ihre eigenen politischen Ziele ausnutzen würden.
Wir fragen; Wer nutzt wen aus?
Wir sehen und erleben hier seit Monaten, daß die Regierung ihre Asylpolitik mit Hilfe der Kirche buchstäblich in die Tat umsetzt.
Zuletzt zeigt dies das Ultimatum der Kirche, das uns zwar eine Unterkunft anbietet aber mit der Zeitbefristung, unsere Forderung; "Bleiberecht in Schleswig-Holstein bis Ende unserer Asylverfahren" ablehnt.
Wir appelieren an die Kirche, die auf ihrem Papier andauernd von ihren menschlichen, christlichen Bemühungen erzählt, das Ultimatum und die Strafanzeige gegen uns zurückzunehmen.

Flüchtlinge in Norderstedt
18.02.1992

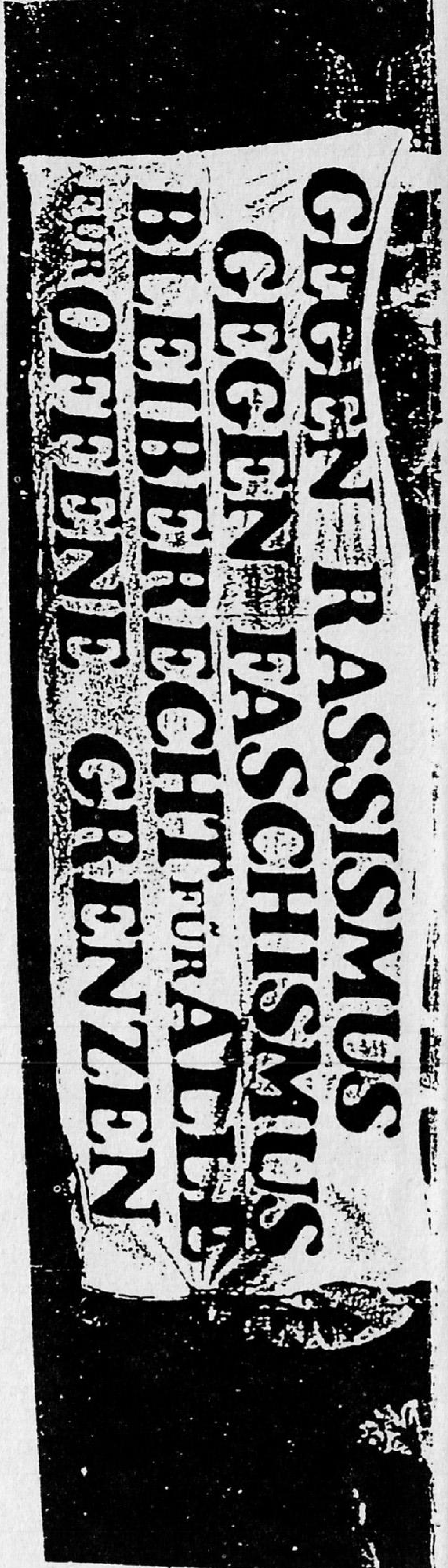
ZU DEN EREIGNISSEN UM DIE "NORDERSTEDTER FLÜCHTLINGE"

Die letzten Flüchtlinge haben die Schalom-Kirche in Norderstedt verlassen. Sie haben sich dem Druck beugen müssen, der seitens des Kirchenvorstandes und der Landesregierung ausgeübt wurde. Sie schreiben dazu in ihrer Erklärung vom 19.2.: "Wir wollen unser Schicksal und unsere Zukunft nicht durch die Polizei bestimmen lassen. Wir wollen selbst bestimmen. Darum haben wir die Kirche verlassen."

Die Vorgänge der letzten Tage sind durch die Medien so verfälscht dargestellt worden, daß wir uns veranlaßt sehen, von uns aus eine Darstellung zu geben.

Die Synode der nordelbischen Kirche beschloß am 1.2.1992 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter der Beteiligung der Herren Lehmann (Probst des Kirchenkreises Stormarn), Engelmann und Neumann. Das Ergebnis war ein Angebot, das am 14.2. dem Schalom-Kirchenvorstand durch ein Schreiben der nordelbischen Kirchenleitung und des Kirchenkreises Stormarn übermittelt wurde. Darin bietet der Kirchenkreis Stormarn ein Haus als Unterkunft für 12-15 Flüchtlinge bis zum 30.6.1992 an. Vorgeschlagen wird eine Besuchsregelung und Betreuung durch Mitarbeiter des diakonischen Werks. Der Schalom-Kirchenvorstand nahm den Vorschlag auf, fügte jedoch von sich aus Bedingungen hinzu. Das Angebot wurde in Form eines Ultimatums gemacht. Für den Fall der Nichtannahme wurde die Zwangsräumung angekündigt. UnterstützerInnen sollten nach den Vorstellungen des Kirchenvorstandes nicht geduldet werden. Zusätzlich wurde eine zeitliche Beschränkung des Aufenthalts bis zum Abschluß des Verwaltungsverfahrens festgesetzt. Dh. es hätte schon nach kurzer Zeit wieder die Abschiebung nach Mecklenburg Vorpommern auf der Tagesordnung gestanden. Die Flüchtlinge konnten dieses Angebot nicht akzeptieren, machten aber deutlich, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen bereit waren in das angebotene Haus umzuziehen. Neben der Rücknahme des Ultimatums verlangten sie ein Wohnrecht bis zum Ende des gesamten Asylverfahrens. Zudem hätten die Flüchtlinge mit der Annahme dieser Bedingungen praktisch ihre politische Forderung, die Ablehnung der Zwangsverteilung, zurückgenommen. Weiter konnten die Flüchtlinge nicht akzeptieren, daß ihnen ein Kontaktverbot zu den UnterstützerInnen, die sie über 5 Monate begleitet hatten, auferlegt werden sollte. Die Behauptung des Kirchenvorstandes, die Flüchtlinge würden von ihren UnterstützerInnen bevormundet, widerlegt sich an diesem Punkt von selbst. Offensichtlich ist es die Kirche, die diesen Menschen vorschreiben will, mit wem sie zu tun haben dürfen, und welche Forderungen sie aufstellen dürfen. Die Frage, warum das Angebot des Kirchenkreises Stormarn ohne Notwendigkeit nachträglich mit zusätzlichen Bedingungen versehen wurde, beantwortete der Kirchenvorstand nicht. Eine weitere Diskussion mit den Flüchtlingen fand nicht statt. Am 19.2. hat der Kirchenvorstand Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt. Das gesamte Vorgehen des Kirchenvorstands läßt sich nur so deuten, daß die Eskalation in Form des Einschaltens der Staatsgewalt bewußt herbeigeführt wurde.

Die Berichte und Stellungnahmen in Funk, Fernsehen und Presse beschäftigten sich in den darauffolgenden Tagen ausführlich mit der Verwüstung, die die Flüchtlinge und UnterstützerInnen in der Kirche hinterlassen hätten.
"Besatzer weg - Kirche verwüstet" (Morgenpost, 20.2.)
"Die UnterstützerInnen haben die Räumlichkeiten der Christen in unbeschreiblichem Zustand hinterlassen"(Taz, 20.2)
Die NDR-Hamburgwelle sprach von einem Ausbruch unbeschreiblicher



Zerstörungswut etc. Da hilft es wenig, wenn Dr. Knaack vom Kirchenvorstand erklärt, er glaube nicht, daß die Flüchtlinge und die UnterstützerInnen, die sie von Anfang an begleiteten, die Wände und das Kreuz beschmiert oder Parolen wie "Euer Jesus ist und bleibt weiß" gesprüht haben. Und es nutzt noch weniger, wenn UnterstützerInnen erklären, daß weder sie noch die Flüchtlinge die Kirche beschädigt haben. Das Bild steht fest: Die BesetzerInnen der Schalom-Kirche sind "Vandalen". "Autonome und Asylanten" terrorisierten 3 Monate lang eine friedliche Kirchengemeinde, hinterließen Dreck, zerstörten mutwillig und tauchten dann ab. Die Botschaft an die Öffentlichkeit ist eindeutig: Kritik und Widerstand gegen eine unmenschliche Asylpolitik, gegen Zwangsverteilung und Kasernierung von Flüchtlingen, praktisches Eintreten für das Bleiberecht von Menschen, die bedroht und verfolgt sind, ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern die Menschen, die sich dagegen zur Wehr setzen werden stigmatisiert und ausgegrenzt. Diejenigen dagegen, die den Flüchtlingen das Bleiberecht verweigern oder nur widerwillig zulassen, daß bedrohte Menschen in ihrem Haus, in diesem Fall war es ein Gotteshaus, Zuflucht suchen, genießen in der gesamtneudeutschen Öffentlichkeit ein hohes Ansehen, das auch nicht dadurch erschüttert wird, daß sie mit staatlicher Gewalt drohen, um ihre Kirche von den Flüchtlingen zu "befreien". Der mit Farbe beschmierte Kirchenraum wird so zum stummen Kronzeugen für die Unfehlbarkeit der Schalom-Kirche in Sachen Moral und Menschlichkeit hochstilisiert. Kein Mensch kommt mehr auf die Idee, die Heuchelei dieser Christenmenschen anzugreifen.

Inzwischen läuft die Kampagne zur Kriminalisierung der Flüchtlinge auf Hochtouren. Während die Landesregierung Schleswig-Holsteins offiziell noch erklärt, es bestünde "kein polizeiliches Interesse", haben Polizei und Staatsschutz die Jagd eröffnet. Ein Flüchtling wurde schon festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und mehrere Stunden verhört. Es wird versucht, den Aufenthaltsort der Flüchtlinge und ihrer UnterstützerInnen zu ermitteln. Öffentlich versucht z.B. Sozialminister Jansen den Eindruck zu erwecken, die Flüchtlinge seien illegal hier, obwohl diese Behauptung objektiv unsinnig ist. In ihrer Erklärung vom 19.2. schreiben die Flüchtlinge noch einmal: "Wir werden unseren Asylverfahren folgen und uns für die Anerkennung unseres Asylgesuches einsetzen". Den vorläufigen Höhepunkt der Hetze setzte der Staatssekretär im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern, Volker Pollehn. Er behauptet, Flüchtlinge und Unterstützer seien "rücksichtslose beziehungsweise verführte Straftäter", die in "widerlicher Manier" in Greifswald einen Überfall auf sich selbst inszenierten, um einen Fluchtgrund vorweisen zu können. Pollehn erklärte weiter, das Innenministerium beabsichtige die Flüchtlinge so schnell wie möglich auszuweisen. Die große Koalition der deutschen Rassisten, die von prügelnden und mordenden Skinheads und Hooligans über die beifallklatschenden Bürger bis zu den bürgerlichen Parteien und Ministerien reicht, wird durch solche Äußerungen weiter gefestigt. Gleichzeitig wird noch einmal deutlich, wie berechtigt die Angst der Flüchtlinge und ihre Forderung nach Abschaffung der Zwangsverteilung sind.

Für die Flüchtlinge, die sich zum Zeitpunkt des Verlassens der Kirche 11 Tage im Hungerstreik befanden, ist der gemeinsame Kampf um ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein zunächst beendet, weil sie keine Möglichkeit mehr haben, ohne die Gefahr staatlichen Eingreifens zusammenzukommen. Um so wichtiger wird es sein, diese Menschen, die offen und selbstbewußt für ihre und die Rechte aller Flüchtlinge eingetreten sind, gegen Kriminalisierung und Diskriminierung weiter zu unterstützen und den Kampf gegen die menschenfeindliche Zwangsumverteilung und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge zu intensivieren. Dies betrachten wir als unsere Aufgabe. Jetzt erst recht.

Jetzt hat die Stunde von Jansens halbfaschistischen Bündnispartnern geschlagen!

In den regionalen Zeitungen kündigt die Mecklenburg-Vorpommersche Landesregierung eine Kriminalisierungskampagne gegen alle Flüchtlinge an, die sich "bis zu letzt" an diesem Kampf beteiligt haben. Das rassistische Bürokratengesindel behauptet weiterhin, daß der Angriff von 200 Hooligans auf das Loch, in dem die Flüchtlinge in Greifswald eingepfercht waren, von ihnen selber inszeniert war. Damit versucht die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern (M.V.P.) nur zu verdecken, daß sie sich einiger "Asylverfahren" dadurch entledigen wollte, daß die Faschisten einige der Asylbewerber totschlagen oder zumindest so in Angst und Schrecken versetzen, daß die Flüchtlinge die Koffer packen und sich weiter auf die Flucht begeben, diesmal aus der BRD. Es kann gar nicht anders verstanden werden als genau so, wenn mensch sich daß damalige Szenario nochmal vor Augen hält. Die Flüchtlinge wurden, als sie noch in der Anscharkirche' waren, in Sicherheit gewiegt, von wegen, ihre Unterkunft in M.V.P. sei die sicherste der ganzen BRD. Die politisch Verantwortlichen dort haben die erstbeste Gelegenheit genutzt, um die Flüchtlinge dem faschistischen Terror auszusetzen. Sie ließen die Busse der als brutal bekannten Berliner Hooligans direkt vor der Unterkunft der Flüchtlinge abparken und durch absolute Abwesenheit jeglicher Bullen signalisieren, daß die Flüchtlinge zum Abschuß freigegeben sind. Genau daß passierte dann auch und nur durch die Selbstverteiligung der Flüchtlige konnte verhindert werden, daß die Landesregierung ihr Ziel erreichen konnte. Wenn diese halbfaschistischen Schreibtischtäter jetzt von einer Inszenierung der Flüchtlinge reden, so liegt daß nur daran, daß die Herrschenden noch nicht so gerne öffentlich sagen, was sie tatsächlich und völlig offen betreiben: Die Unterstützung des Faschistischen Straßenmobs bei der Ermordung von "Nichtdeutschen". Wenn die Schleswig-Holsteinische Landesregierung sich in ein Bündnis mit diesen "Altlasten der Weltgeschichte" begibt, zeigt daß nur zu deutlich ihren rassistischen Charakter. Daran ändert die Tatsache, daß sich die S-H-Landesregierung an den Flüchtlingen die Finger nicht mehr schmutzig machen will, nichts. Daß tun andere für sie!

Die Forderung nach Bleiberecht in Schleswig Holstein ist wichtiger denn je und es zeigt sich jetzt sehr deutlich, wie wichtig sie immer war!

Keine Kriminalisierung der Flüchtlinge, die nur für ihre legitimen Lebensinteressen gekämpft haben!

Keine Abschiebung aus der BRD!

Kampf dem staatlichen und bürgerlichen Rassismus!

„Die Asylbewerber abschieben"

Kiel/Schwerin. Asylbewerber, die nach der Kirchenbesetzung nach Mecklenburg zurückkehren, sollen ausgewiesen werden.

Schwerins Innenstaatssekretär Volker Pollehn (CDU) sagte gestern, die Norderstedter Schalom-Flüchtlinge hätten das Gastrecht mißbraucht sowie den Glauben der Bürger in den Rechtsstaat „kaltschnäuzig" und „auf widerliche Weise" mit Füßen getreten. Der angebliche Überfall eines Asylbewerber-Heimes in Greifswald, vor dem sie geflüchtet seien, sei nur inszeniert gewesen. Solche „Straftäter" hätten in Deutschland „nichts mehr zu suchen".

„Wir werden deshalb jede rechtliche Möglichkeit ausschöpfen, um alle bis zuletzt in diese Affäre verstrickten Asylbewerber auszuweisen und abzuschieben", sagte Pollehn in Schwerin. „Dieser Spuk muß bald ein Ende haben." Die Staatsanwaltschaft sei gebeten worden, sofort Ermittlungen aufzunehmen.

Die Kieler Landesregierung hat unterdessen keine Erkenntnisse über den möglichen Aufenthalt der Schalom-Flüchtlinge. Asylbewerber und Unterstützer hatten Norderstedt in der Nacht zum Mittwoch verlassen.

21.2. LN



Die "Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin" (DKG): Schaltstelle zwischen "demokratischer" und terroristischer Rechter

Zur Aktion am 21. Februar 1992 am Anhalter Bahnhof

Vom 21. bis zum 23. Februar wollte die DKG in Berlin ein Seminar zum Thema "Die zinsfreie Wirtschaftsordnung" durchführen, daslaut Einladungsschreiben mit dem Redebeitrag "Die One-World droht" als halböffentlicher Veranstaltung im "Berliner Fenster" am Anhalter Bahnhof am 21. Februar beginnen sollte. Nach eigenen Angaben war Ziel des Seminars die ideologische Schulung kommender Führungskräfte im faschistischen Spektrum; es war daher für Personen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren gedacht. Nach unserer Einschätzung war mit einem Personenkreis aus dem militanten Faschistenspektrum zu rechnen - und dies sowohl was bekannte als auch kommende Führungspersonen betrifft. Als Referent war der aus Remscheid kommende Ernst Günter Kögel angekündigt. Kögel ist Studienrat im Ruhestand, Oberstudiendirektor und V.i.S.d.P. der neofaschistischen Zeitschrift "Deutschland". Er ist Vorsitzender der "Vereinigung gesamtdeutsche Politik" (VGP). Bereits am 24. September 1988 nahm er als Referent an einer Gästewoche der DKG teil. Am 1. März 1990 hatte er ein Verfahren unter anderem wegen Aufrufs zum Rassenhaß, das mit einem Freispruch endete.
Uns ist es im Vorfeld gelungen, eine dieser Einladungen abzufangen (siehe Doku).

Wer ist die DKG?

Die DKG ist eine der zahlreichen rechtsextremen Organisationen, die sich an einer völkisch-nationalen Kulturpolitik orientieren und von ihrem Selbstverständnis her Bindeglied zwischen "demokratischer" und militanter Rechter sein wollen. Die NPD-Funktionärin Ursula Schaffer leitet diese Organisation in Berlin.

Ursula Schaffer, geboren 1912, 1000 Berlin 38, Prinz-Friedrich-Leopold-Str. 52, Tel.: 8032852, ist Mitglied im "Aktionskommitee Oder/Neiße" (AKON). Von 1971-1981 hatte sie laut Lummer-Untersuchungsausschuß regen Schriftwechsel mit dem ehemaligen Westberliner Innensenator Heinrich Lummer. Am 2. Dezember 1990 kandidierte sie auf der NPD-Liste für den Bundestag. Sie ist Vorsitzende des Kreisverbandes Südwest der NPD-Berlin. Auf dem NPD-Landesparteitag im Juni 1989 hielt sie eine Lobesrede auf den Faschisten Udo Walendy aus Vlotho. Für die DKG fungiert sie als Berliner Anlaufstelle. Sie hat gute Kontakte zu den "Republikanern" (REP), der "Nationalen Alternative" (NA) und den "Jungen Nationaldemokraten" (JN).

Obwohl die DKG bereits 1990 Anmelderin des "Heldengedenktages" in Halbe war, ist sie der demokratischen und linken Öffentlichkeit erst seit dem 9. November 1991 breiter bekannt. An diesem Tag fand in Halbe der Aufmarsch von ca. 600 Faschisten statt; unter ihnen Oliver Schweigert (NA, FAP), der Nazi-Terrorist Arnulf-Winfried Priem mit den Nazi-Rockern "Wotans Volk", Reinhard Golibersuch (FAP; er leitete einen Teil des Ordnungsdienstes), die "Wiking Jugend" (WJ) unter Wolfgang Nahrath, die "Nationalistische Front" (NF), die JN, aber auch Funktionäre der REP und der illegalen NSDAP/AO-Strukturen. Schaffer hatte in Zusammenarbeit mit dem JN-Funktionär Joachim Kuhne diese Bündnisveranstaltung organisiert. (Berichte erschienen in den Zeitungen "die andere" (Nr. 48/91) der "ProWo" (Nr.20) und im "Antifa-Infoblatt" (Winter 91/92).

Das Treffen war Bündnistreffen von militant-terroristischen Faschisten bis hin zu den sich "demokratisch" gebärdenden Rechtsextremen. Es gilt als Ausdruck einer Neuorientierung und verstärkten Vernetzung der bundesweiten Nazi-Strukturen.

Der in Amsterdam und New York erscheinende "German Alert" (21. November 1991) schrieb in seiner Extra-Ausgabe: "German police were under orders not to take action as more than 1.000 leading Nazis and three busloads of actively serving members of the German Luftwaffe met near Berlin last weekend, ostensibly to commemorate Nazis killed in World War II. ... Ranking Bundeswehr officers were also present and conversed openly with new Nazi leadership." (Zu deutsch: Die deutsche Polizei hatte Order, sich in den Aufmarsch von 1.000 führenden Nazis und drei Busladungen voll von Soldaten der deutschen Luftwaffe, die sich am letzten Wochenende in der Nähe von Berlin trafen, um demonstrativ der im II. Weltkrieg getöteten Nazis zu gedenken, nicht einzumischen. ... Führende Bundeswehroffiziere waren ebenfalls anwesend und plauderten in aller Öffentlichkeit mit den neuen führenden Nazis).

Zur Informationslage und zum Ziel der Aktion

Wir konnten nach Überprüfung des abgefangenen Schreibens davon ausgehen, daß an dem Treffen ca. 70 Personen teilnehmen würden. Ebenfalls war sicher, daß die Faschisten - über ihre üblichen Sicherungsmaßnahmen hinaus - nicht auf uns vorbereitet sein würden. Wir wollten den Ort des nachfolgenden (internen) Seminars sowie die ausdrücklich genannten 20 Personen herausbekommen. Es ging uns neben der Verhinderung der Veranstaltung vorrangig um einen Einblick in die Strukturen der Organisation. Wir hielten es aus diesem Grunde für richtig, zunächst die Faschisten anzugreifen und Informationsmaterial einzusammeln, um dann danach öffentlich zum Treffpunkt zu mobilisieren.

Andernfalls - bei sofortiger öffentlicher Mobilisierung - hätte der Schwerpunkt zwar auf breiter antifaschistischer Mobilisierung gelegen (was wir für grundsätzlich notwendig und richtig halten), uns aber gleichzeitig die Möglichkeit genommen, TeilnehmerInnen des Seminars zu erkennen und deren Strukturen klarer zu kriegen. Breite antifaschistische Mobilisierung hätte zur Verlegung der Veranstaltung an einem vermutlich vorbereiteten Ausweichort geführt, den wir wahrscheinlich nicht rechtzeitig herausgefunden hätten.
Wir entschieden uns daher dafür, zunächst die Faschisten anzugreifen, um dann nach Ablauf der Aktion breiter zu mobilisieren. Erstens, um Öffentlichkeit herzustellen und zweitens, um zu versuchen, daß die Veranstaltung nicht wie geplant durchgeführt werden kann.

Zur Aktion

Da der Eingang zum Fahrstuhl des Restaurants "Berliner Fenster" Anlauf- und Kontaktstelle der Faschisten war, sollte er zerstört werden, damit eintreffende Nazis keine sofortige Orientierung mehr erhalten und angegriffen werden konnten. Die Nazis im Eingang zogen ihre Waffen, schossen sofort mit Gas und wehrten sich mit Metallständern. Bei der Auseinandersetzung wurden ca. elf Faschisten verletzt, bei uns gab es eine verletzte Person. Vor der Tür stand Ursula Schaffer zusammen mit Hans J. Rückert sen. (NPD-Mitglied, Kontakte zur NSDAP/AO), die beide angegriffen wurden. Dabei konnte zahlreiches Informationsmaterial sichergestellt werden. Nach Abschluß der Aktion wurde ein Molli geworfen, der den Fahrstuhl aber leider nicht zerstörte. Dennoch konnte die Kontaktstelle beseitigt werden.

Danach stellte sich heraus, daß das Lokal "Berliner Fenster" nicht wie in der Einladung angegeben der eigentliche Veranstaltungsraum sein sollte, sondern die gleich danebengelegene Kegelbahn. Im Lokal "Berliner Fenster", das im 16. Stock liegt, wurde zeitgleich eine Fete eines Sportclubs gefeiert. Eine der Personen wurde, da im Handgemenge vor dem Fahrstuhl nicht zu unterscheiden war, wer dort mit Metallständern schlug, leider ebenfalls verletzt. Im 16. Stock hielten sich ebenfalls Faschisten auf, die versuchten, das umliegende Gelände zu überwachen und den Kontakt zum Erdgeschoß hielten.

Nach der Beendigung der Aktion wurden Leute mobilisiert, um Öffentlichkeit herzustellen und eventuell mit einer Blockade die Veranstaltung zu behindern. Die entsprechende Koordinierung vor Ort hat aber gefehlt, so daß es für richtiger gehalten wurde, die erfolgte Mobilisierung abzubrechen, um nicht unnötig Leute zu gefährden. Der angerückten Hundertschaft der Bullen sollte in dieser Situation kein Vorwand zum Eingreifen geliefert werden.

Zum Ergebnis

Die Veranstaltung konnte nicht wie geplant stattfinden, da Schaffer als Organisatorin vor Beginn weggefahren wurde. Fest steht, daß West- wie Ostdeutsche (unter anderem aus Schwedt/Oder) an der Veranstaltung teilnehmen wollten. Gesehen wurde ebenfalls der seit Jahren bekannte und vor allem klandestin auftauchende Ingmar Raband, 1000 Berlin 51, Windhalmweg 23, Tel.: 4118474.

Er ist Mitglied der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei" (FAP; dort war er 1986 Mitglied des Schiedsgerichts), als Mitglied der "Freiheitspartei" (FP; dort war/ist er stellvertretender Präsident), er war in der "Wiking-Jugend" (WJ), der "Bürgerinitiative Demokratie und Identität". Desweiteren hat er Kontakt zu den REP. Am 27. Oktober 1985 wurde er zusammen mit den Westberliner Neonazis Wiley, Ditrich und Schillok bei einer

Wehrsportübung in Besen-Horsien festgenommen.

Als Mißerfolg müssen wir den Versuch einschätzen, durch unsere Aktion den geheimgehaltenen Ort des für Samstag und Sonntag geplanten Seminars herauszufinden. Darüber gaben die Unterlagen keine Auskunft. So läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen, ob das Seminar stattgefunden hat. Wenn, wird es aber den Verlauf der Zusammenkunft mit Sicherheit beeinflußt haben.

Grundsätzlich für wichtig und erfolgreich halten wir, daß es nach langer Zeit endlich wieder einmal eine Aktion gegeben hat, die die Faschisten in ihrer Selbstsicherheit und in ihrem offensiven Auftreten getroffen hat. Seit 1990 sind allein in Berlin über zehn "Ausländer" ermordet worden, täglich melden die Zeitungen neue Überfälle, und dies alles unter dem Motto: "Duckt euch, wehrt euch nicht, haut ab". Wir halten es für notwendig den Faschisten und diesem Klima entschlossen entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die bürgerliche Presse. An diesem Wochenende wurden mehrfach Nazi-Überfälle gemeldet, so wurde am Kottbusser Damm ein "Ausländer" überfallen und eine Feier von Feuerwehrleuten von Nazis angegriffen. Dafür sind sich die Medien gut genug. Auch die Schuldigen sind klar: Die Nicht-Deutschen selbst. Zusammenhänge mit der derzeitigen Hetzkampagne der Regierungs- und Oppositionsparteien werden nicht hergestellt, von der Notwendigkeit, sich zu wehren, ganz zu schweigen.

Deutliche Selbstkritik müssen wir an unserer fehlenden Vorbereitung und Konzeption für die anschließende breite Mobilisierung üben. Für euch, die ihr auf unser Bitten hin gekommen seid, ist völlig unklar geblieben, was geschehen ist und warum ihr vor einer Hundertschaft Bullen steht. Wir haben uns dazu zu wenig Gedanken gemacht und auch überhaupt nicht überlegt, in welcher Form wir euch informieren können. Das ist um so schlechter, weil wir alle den Frust und die Unzufriedenheit kennen, irgendwo hin mobilisiert zu werden, um dann genauso schlau wie vorher wieder wegzugehen.

Einige AntifaschistInnen
Berlin, Februar 1992

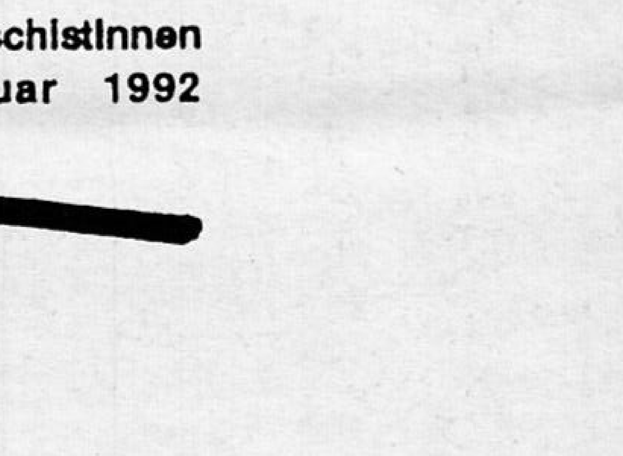
"Später Erfolg der Vernunft"

uns kam das kotzen als wir im tv sahen, wie björn engholm seinen sozialminister jansen für die konsequent menschliche haltung in der frage der kirchenbesetzung lobte.
diesem zynismus des spd-publikums-liebling engholm setzten wir etwas buttersäure sowie einige größere und kleinere steine ins spd-büro-neumünster entgegen.
wir hoffen, mit dieser aktion den perversen "normalbetrieb der spd zumindest in neumünster für einige zeit zu behindern.

wir unterstützen die forderungen der flüchtlinge!

OFFENE GRENZEN! BLEIBERECHT FÜR ALLE!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

GRÜßE AN ALLE FLÜCHTLINGE, INSBESONDERE DIE TU-BESETZER/INNEN IN BERLIN UND DIE KIRCHENBESETZER/-INNEN IN KOPENHAGEN!



Die freundliche Zivilgesellschaft
Rassismus und Nationalismus in Deutschland



Nur ein Jahr nach der Aneignung des Territoriums der DDR ist offenkundig geworden, daß Rassismus und Nationalismus in Deutschland nicht der Vergangenheit angehören.
Durch die öffentliche Berichterstattung über rassistische Angriffe auf Leib und Leben von MigrantInnen und politischen Flüchtlingen wird allerdings der Eindruck erweckt, daß Phänomen Rassismus sei neu. Der institutionelle Rassismus existiert jedoch in beiden deutschen Staaten seit ihrer Gründung 1949. Ausländergesetzgebung, Gastarbeitersystem und restriktive Asylpolitik sind die Stichwörter für einen staatlich regulierten und ökonomisch kalkulierten Rassismus in der BRD wie in der DDR.
Auch im neuen Deutschland bleibt den Flüchtlingen das Grundrecht auf Freizügigkeit verwehrt, bleibt die Staatsangehörigkeit nach der offiziellen Auslegung des Grundgesetz völkisch definiert.
Von den Freunden einer multikulturellen Gesellschaft wird gleichzeitig die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz, nach Toleranz gegenüber dem Fremden und nach Anerkennung der kulturellen Identitäten erhoben. Was gemeinhin als weltoffenes, antirassistisches Konzept verstanden wird, ist jedoch nicht mehr als die Begleitmusik für die Festung Europa.
Das Abendland verbarrikadiert sich hinter dem Recht auf Differenz und dessen Quotierung per Gesetz, denn die von Multikultur sprechen, meinen gemeinhin Monokultur, eurozentristische Herrschaft. Hierin liegen die untergründigen Korrespondenzen zwischen dem Multikulturalismus und der Ideologie der Neuen Rechten.
Diese Kulturalisierung der Politik wird von weiten Teilen der Linken und Alternativen seit einem Jahrzehnt betrieben. Es ist der Triumph einer – auch gegen die radikale Linke gerichtete – ideologischen Offensive, durch die soziale Ungleichheit und politische Herrschaft in rassistische Formen der kulturellen Differenz umgemünzt wird.
Der Band **Die freundliche Zivilgesellschaft** stellt sowohl die Kritik der politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus in Deutschland, als auch die theoretischen Ansätze in der aktuellen Rassismus-Debatte vor.

Redaktion diskus (Hg.)
Die freundliche Zivilgesellschaft
Rassismus und Nationalismus in Deutschland
ca. 150 Seiten, ca. 15,-DM
ISBN: 3-89408-019-1
erscheint im März

Das Buch enthält Texte zu den Themen:
- Neorassismus und antirassistische Strategie
- Asyl- und Flüchtlingspolitik
- Multikultur und Nationalismus
- Staatsbürokratie und Antisemitismus
- Migration und Bevölkerungspolitik
- Rassismus und Sexismus
- Europa und rassistische Staatlichkeit

AUFRUF !

LEIPZIGER UND HALLENSER ANTIFASCHISTEN/INNEN RUFEN AUF ZUM

ANTIFASCHISTISCHEN AKTIONSWOCHENENDE

IN LEIPZIG !

Die Leipziger und Hallenser AntifaschistInnen haben sich entschlossen, den Faschistenaufmarsch mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zum einen durch
- mobilen Einsatz diverser kleinerer Gruppen, die operativ Faschoansammlungen unmöglich machen

zum anderen durch
- eine offensive Demo für antifaschistische Selbstbestimmung.

Das "Conne Island" (ex-Eiskeller) Koburger Str. 3, 7030 Leipzig (Connewitz) plant:

FREITAG: Treffen, Koordination, Essen+Trinken, abends Konzert(HC) mit "Sleepy Lagoon D.C." & "Articles of Faith" (USA)

SAMSTAG: Treffen, Koordination, Essen+Trinken, Musik mit unseren ausländischen Freunden, nachmittags Demo, danach im Laden Cafe, Infostände, Musik, abends Konzert (HC) mit "Violent Arrest" & "Born Against" (USA)

SONNTAG: Essen+Trinken für alle + Abreise

WEITERHIN:

+1) Straßenfest, Cafe "Manfred", Volxküche in der BesetzerInnen-Straße "Stöckartstraße"
+2) Cafe "Backwahn"
+3) Kneipe "Simildenstraße"
+4) Kulturzentrum "Steinstraße": Freitag: Jazz, Cafe
Samstag: Cafe
+5) Kneipe "Beyerhaus" mit Billard
+6) "Villa" - Underground-Disco

KEINE NEUE HAUPTSTADT DER FASCHISTEN ! ! !

PENNPLÄTZE AUSREICHEND VORHANDEN (IM LADEN, BESETZTEN HÄUSERN, PRIVAT)

BUNDESWEITER FASCHISTENAUFMARSCH ALS "ANTI-DROGEN-DEMO" AM 21.3.1992

Am 21.3.1992 soll -wieder einmal- ein "rechtes Bündnis aller nationaldenkenden Kräfte" in erschreckender Menge auf die Straßen geschickt werden. Die hier in Leipzig für den 21.3. angekündigte Demonstration steht unter dem Deckmantel einer sogenannten "Anti-Drogen-Demonstration". Die Drahtzieher sind allbekannt:
Es handelt sich um bundesweit führende Nazigrößen unter Führung des bekannten Christian Worch. Dieser Worch hat die Demonstration, wie zuletzt am 9.November in Halle, durch einen sogenannten "NPD-Funktionär" Thomas Dienel aus Weimar hier in Leipzig anmelden lassen und ist gleichzeitig verantwortlich für die Aufmärsche zum Tode des Reiner Sonntag in Dresden (über 2000 Faschisten auf der Straße) und die alljährlichen Pilgerfahrten zum Hess-Todestag in Wunsiedel (ca. 1500 Faschisten jährlich!).
Den Leipziger AntifaschistInnen liegen sichere (!) Informationen vor, daß der Aufmarsch am 21.3. in Leipzig dazu dient, die Stadt "Frei von Ausländern und Linken" zu machen. Nicht allein, daß die Demonstration dazu dient, verunsicherten BürgerInnen durch die Drogenproblematik faschistische Ideologie nahezubringen, ist es entscheident, in aller Öffentlichkeit klarzustellen, was wir von faschistischen Stammtischparolen wie etwa "ausländerfrei ist gleich drogenfrei" oder ähnlichen rhetorischen Lügen halten.

KAMPF DEN RATTENFÄNGERN AM 21.3.92 IN LEIPZIG !
OFFENSIV STATT DEPRIMIERT !

INFOTELEFON JEDEN MONTAG 17-20 UHR LEIPZIG 311044



Auf dem Gelände Marchstr./Einsteinufer haben wir drei Häuser, eine Wagenburg und das Hüttendorf besetzt. Wir leben hier seit drei Jahren ohne Verträge oder ernsthafte Legalisierungsverhandlungen. Jetzt will die Eigemtümerfirma, die Henning, von Harlessem & Co GmbH, uns hier rausklagen. Am 9.März 92 ist der Prozeß für das Einsteinufer 41 und am 18.März für die Marchstr.23 vor dem Landgericht Berlin.



Öffnungszeiten des Infocafes VAMOS, Marchstr. 23, 1/10, (U- Ernst-Reuter-Platz, S- Tiergarten):

Mo,8.00-19.00 Uhr

Di,Mi,Do,So 11.00-19.00 Uhr

3 Jahre

21. Feb. '89
Besetzung des Hüttendorfes

27. März
Erteilung der Abrißgenehmigung

20. März '89
Besetzung von Marchstraße und Einstein ufer, die Eigentümerfirma zieht in letzter Minute einen Räumungsantrag zurück.

Frühj./Sommer '89
Gespräche mit Verhandlungskommission des Senats über Legalisierung.

21. Juli '89
unabgesprochener Räumungsversuch der Polizei über bauaufsichtliche Schließung. Vertreter der Eigentümerfirma erlaubt uns, in die Häuser zurückzugehen, auf bezirklichen Druckhin. Abbruch der Verhandlungsgespräche mit Senat durch uns, da Kommission über Räumungsversuch informiert war.

Dez. '89
Senatsbeschluß zur Legalisierung. 350 000 DM werden zur Winterfestmachung bewilligt- zur Auszahlung an uns kam es jedoch nie.

Feb. '90
Angriff von Faschos auf unser Haus, anschl. Durchsuchung. Wir erreichen, daß nur ein Kripobulle anstatt eine Hundertschaft durchs Haus lief.
Es folgte eine Anzeige bei der Baupolizei wegen versperrter Fluchtwege.

Juni '90
Begehung der Häuser durch Baustadtrat Dyckhof auf die Anzeige hin. Wir schaffen es, unsere Bedingungen durchzuzusetzen und erreichen sogar die baupolizeil. Öffnung des Einsteinufers.

Jan. '91
Strafrechtlicher Räumungsantrag der Eigentümerfirma.

Feb. '91
Auslaufen der Abrißgenehmigung

März '91
Bebauungsplanänderung auf Grundlage unseres Konzeptes.

Juli '91
Baustadtrat Dyckhof verlängert Abrißgenehmigung.

Sept. '91
Eigentümerfirma reicht zivilrechtlicheRäumungsklage beim Landgericht ein.

Jan. '92
Zustellung der Klageschriften

Feb. '92
Der Fachbereichsrat der TU, Architektur beschließt, dem Senat ein Projekt zu unserer Legalisierung anzubieten.

9. und 18. März '92
PROZESSE am Landgericht Berlin

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Es herrscht Wohnungsnot. Wer wohnen will, braucht Geld- für viele Menschen zuviel Geld. Wir Leute ohne dicken Geldbeutel müssen dafür mehr arbeiten, die Hälfte von unserem Lohn, Bafög abdrücken, neben dem Studium jobben etc. Ein guter Teil unserer Lebenszeit geht für die Profite der HauseigentümerInnen drauf. Sie produzieren Wohnungsnot,indem sie die Mieten unbezahlbar machen. Es gibt nicht nur zuwenig Wohnraum, sondern vor allen Dingen zuwenig bezahlbaren, billigen Wohnraum. Aber da jeder Mensch ein Dach über dem Kopf braucht, gibt es immer Leute, die sich gegen ihre schlechte Wohn- und Lebenssituation wehren. Viele Leute tun sich zusammen, um z.b. den Eigentümer zu zwingen, vernachlässigte Häuser instandzusetzen, Mieterhöhungen zu verweigern, oder die Miete zu mindern. Sie wehren sich dagegen, über zu teure Mieten aus ihren Wohnungen rausgedrängt zu werden, um reicheren Platz zu machen. MieterInnenversammlungen werden einberufen, um gemeinsam zu überlegen. Wohnen und Mieten sind ständiges Gesprächsthema. Diese alltäglichen Kämpfe sind keine starke Bewegung gegen die Willkür der VermieterInnen, gegen den Privatbesitz an Wohnraum, aber sie sind immer sichtbar. Wir sehen uns als ein Teil dieser Kämpfe. Unser Weg, ein Dach über den Kopf zu bekommen, war die Besetzung unserer Häuser. Wir haben uns Wohn- und Lebensraum geschaffen, in dem wir zusammen versuchen, einige unserer Vorstellungen schon jetzt und nicht erst in ferner Zukunft zu verwirklichen. Denn Hausbesetzung ist billiger, gibt uns die Möglichkeit, uns zusammen zu wehren, uns gegenseitig zu helfen. Wir kommen mit dem wenigen Geld, was wir haben, besser klar. Für uns heißt also Hausbesetzen nicht nur Wohnen, sondern gemeinsam mit anderen was zu tun.

Wir haben in den drei Jahren unserer Besetzung immer wieder Gespräche mit PolitikerInnen auf Senats- und Bezirksebene geführt. Wir haben ein Nutzungskonzept für das Gelände erarbeitet, mit Wohnnutzung, Werkstätten, Veranstaltungsräumen, Infocafe, auch zusammen mit StudentInnen der TU. Wir haben klar gemacht, daß wir in den Häusern drin bleiben werden, z.b. konkrete Forderungen nach Winterfestmachungsgeldern aufgestellt und auch Legalisierungsmöglichkeiten aufgezeigt.
Wir haben unsere Forderungen immer wieder durch Aktionen bekräftigt. PolitikerInnen, die für uns zuständig waren, wurden immer wieder von vielen Leuten in der Öffentlichkeit besucht und so an uns und unsere Forderungen erinnert. Ihre Büros wurden verschönert und auch mal Möbel verrückt. Mit vielen lautstarken Aktionen erreichten wir, daß sie sich mit uns beschäftigen mußten. So tauchten wir in den Koalitionsvereinbarungen der SPD/AL-Koalition auf und im Winter 89 gab es einen Senatsbeschluß zur Legalisierung der Häuser.
Vom Bezirk gab es im März 91 einen Vorschlag für eine Bebauungsplanänderung von jetzt Nutzung für Wissenschaft und Forschung zu einer Mischnutzung auf Grundlage unseres Konzeptes.
Das waren aber alles nur schöne Worte. Die Beschlüsse standen zwar auf dem Papier, wurden aber nie umgesetzt. Im Gegenteil wurde mehrmals von verschiedenen Seiten versucht, uns zu räumen. Diese Versuche sind allerdings an den verschiedenen Interessen von Senat, Bezirk, Bullen und Eigentümerfirma gescheitert.

EigentümerInnen unseres Geländes (Marchstr. 23/24 und Einsteinufer 41/43) sind die Henning, von Harlessem & Co GmbH und die Optimal Fachunternehmen für wirtschaftliche Beratung und Bebauung GmbH, beide Fasanenstr. 63. Geschäftsführer sind Porsch und Popp bzw Porsch und Leube.Diese beiden Firmen sind Teil eines unüberschaubaren Geflechts von GmbHs und KGs. Dazu gehört unter anderem auch die Controbau Treuhand und Verwaltungs GmbH, die '89/'90, trotz vielfachem Protest, die Kleingartensiedlung "Spruch" in Buckow kündigten und dort Sozialwohnbaughettos bauen will, die dem vom Senat festgesetzten Bebauungsplan widersprechen würden.

Falls eineR von euch den Beteiligten mal persönlich ihre/seine Meinung zur Klage gegen uns sagen will:

Ernst Georg Leube, Geschäftsführer der Optimal, 1/38 Cimbernstr. 26

Michael Popp, Geschäftsführer der HvH &Co, 1/37 Ahornstr.14

Gallas, Gesellschafter der HvH Holding (, der die Optimal "gehört") 1/33 Franzensbaderstr. 5a

Bernd Porsch, Geschäftsführer von Optimal und HvH GmbH und Einlagen von 99% des Stammkapitals, Sarkower Landstraße 141.

Nach der ersten Zeit der Besetzung hatten wir den Eindruck, daß die Gespräche mit den PolitikerInnen nicht weitergingen. Niemand wollte für das Gelände zuständig sein, der Senat wollte es nicht kaufen und die Eigentümerfirma redete sowieso nie mit uns, konnte aber auf dem Gelände sonst auch nichts anfangen, da dazu eine Einigung mit dem Senat notwendig gewesen wäre. Es entstand so eine Art Patt-Situation und wir waren froh, hier erstmal wohnen bleiben zu können, keine Miete zu bezahlen und uns mit anderen Dingen beschäftigen zu können. Dabei verloren wir allerdings auch aus den Augen, daß wir damit unser Druckmittel, als besetzte Häuser Marchstr./ Einsteinufer öffentlich präsent zu sein, immer mehr aufgaben. Dadurch war es z.b. dem Baustadtrat Dyckhof möglich, ohne öffentliches Aufsehen die Abrißgenehmigung für die Häuser zu erneuern, die zuvor auf unseren Druck hin für ein paar Monate ausgesetzt war.

DAMIT HAT ER DIE JETZIGE RÄUMUNGSKLAGE ERMÖGLICHT.


Vor einem Jahr, im Januar 91, hatte die Eigentümerfirma einen strafrechtlichen Räumungsantrag gestellt. Dieser wurde aber vom Innensenat abgelehnt, da wir schon so lange hier drin sind und die Eigentümerfirma uns auch mal eine Duldung ausgesprochen hatte. Es blieb ihr also nur noch der Weg übers Gericht, um uns hier raus zu kriegen. Aber es ist eine politische Entscheidung , ob nach einem Räumungsurteil auch tatsächlich geräumt wird.
Als zusätzliches Druckmittel hat die Henning, von Harlessem & Co GmbH den Streitwert in dem Prozeß so hoch angesetzt, daß schon jetzt Kosten von mindestens 40 000 DM auf uns zukommen. Damit wollte er uns davon abschrecken, uns juristisch gegen die Klage zu wehren.Wir werden aber trotzdem alle juristischen Mittel ausschöpfen, um ein Urteil gegen uns so lange wie möglich hinauszuzögern.

KLAR IST, DASS WIR DEN PROZESS NACH DEUTSCHEN GESETZEN, IN DENEN EIGENTUM HÖHER GESCHÄTZT WIRD ALS DAS MENSCHENRECHT AUF WOHNRAUM, VERLIEREN WERDEN: KLAR IST ABER AUCH, DASS DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE ZUKUNFT UNSERES GELÄNDES POLITISCH UND NICHT JURISTISCH FALLEN WIRD:

Es ist eine politische Entscheidung, ob die Bebauungsplanänderung endlich weiter läuft und so ein High- Tech Zentrum unmöglich gemacht wird. Es ist eine politische Entscheidung, ob der Finanzsenator das Gelände kauft, und unser Konzept endlich auf einer realistischen Grundlage basiert. z.zt. sieht die politische Lage allerdings schlecht für uns aus. Der neue Senat hat es geschafft, die Auseinandersetzungen um den Erhalt von billigen Wohnraum in den Ostteil der Stadt zu verlagern. Leider sind viele der unabhängigen Initiativen diesen Weg mitgegangen. So gab es z.b. 89/90 zusammen über 80 Hausbesetzungen im Westteil, 91 keine einzige mehr, wodurch der politische Druck der Straße nachgelassen hat. Dementsprechend zieht auch die Bezirks-SPD ihre Unterstützung nach und nach zurück: ausgerechnet jetzt, wo politische Signale gefragt sind, wird das fehlende Finanzierungskonzept in den Vordergrund gerückt. Unsere bisherige Strategie, konstruktive Lösungsvorschläge zu erarbeiten, jedoch keine Zugeständnisse ohne handfeste Signale aus dem Senat zu machen, war bis jetzt erfolgreich: wir konnten verhindern, so über den Tisch gezogen zu werden wie viele andere Projekte. Jetzt jedoch wollen sich viele PolitikerInnen an ihre allgemeine Unterstützung nicht mehr erinnern und ihre alten Beschlüsse vergessen.

Keine Planung ohne uns!

Aus Gesprächen mit dem Fachbereich Architektur der TU-Berlin hat sich ergeben, daß dieser Fachbereich dem Senat ein studentisches Praxisprojekt anbietet. Dieses Projekt sieht den Bau eines StudentInnenwohnheims auf dem Parkplatz und die Umsetzung unseres Konzeptes für den Rest des Geländes vor. Das würde den Erhalt billigen Wohnraums, das Wohnen in Bauwagen und verschiedene Kommunikations- und Arbeitsräume ermöglichen. Dieses Praxisprojekt würde auch in der Bauplanung vom Fachbereich Architektur ausgeführt; d.h. daß die StudentInnen mal ausnahmsweise nicht für den Mülleimer planen. Uns wäre es natürlich lieber, wenn das gesamte Gelände weiter selbstbestimmt wäre, aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse und der massiven Finanzinteressen sehen wir aber in diesem Konzept einen realistischen Ansatz zur Durchsetzung unserer Ideen.



Wir brauchen eine breite Öffentlichkeit, um den Druck auf Senat und Bezirk zu verstärken. Eine Öffentlichkeit, damit niemand an unseren Konzepten und Lösungsvorschlägen vorbeigehen kann. Eine Öffentlichkeit, damit der Hauseigentümer nicht in aller Stille die Planung eines überflüssigen High-Tech-Zentrums durch durchführen kann. Eine Öffentlichkeit, die den Richtern beim bevorstehenden Prozeß am Landgericht genau auf die Finger schaut. Die Klage der Henning, von Harlessem & Co GmbH, wie sie jetzt vorliegt, muß nicht gegen uns entschieden werden. Wir verteidigen uns mit einigen AnwältInnen; wichtiger ist aber ein politischer Druck, der nur hergestellt werden kann, wenn WIR, die BewohnerInnen, FreundInnen und viele UnterstützerInnen jetzt beginnen, auf allen möglichen Ebenen zu handeln:

- Unterstützt uns bei Prozeßkostenfeten, beteiligt Euch an den Prozeßkosten. Dafür haben wir ein Prozeßkostenkonto eingerichtet:
  Sparkasse der Stadt Berlin
  KtNr. 810030497
  BLZ 1005000
  "Marchstr./ Einsteinufer bleibt"

- In der ersten beiden Märzwochen wird es Aktionswochen geben mit Konzerten, Festen, Veranstaltungen in der Marchstr. Haltet die Augen offen, wir werden das noch genauer ankündigen.

- Helft uns beim Plakatieren, und Flugis verteilen. In der ganzen Stadt soll zu lesen sein:
  MARCH/EINSTEIN RÄUMEN? .....

Wenn jemand noch mehr Informationen über die Henning, von Harlessem & Co GmbH und ihre verschiedenen Firmen hat, kommt im Cafe Vamos Marchstr.23 1/10 vorbei, oder schreibt.

-Überhäuft die Bezirksbürgermeisterin Monika Wissel mit Postkarten. Vordrucke haben wir vorbereitet. Frau Wissel soll ruhig mitkriegen, daß es noch mehr Menschen gibt, die am Erhalt unserer Häuser interessiert sind.

- Laßt Euch ganz viel einfallen, das ein heimlich-still und leises Abräumen unserer Häuser unmöglich macht.

- Und nicht vergessen: bei Räumungsversuch 20.00 Uhr Mehringhof.

PROZESSE
9. + 18. März
12.00 Uhr
Landgericht
Tegeler Weg 17-20
U-Bhf Mierendorfplatz U7

jew. Kundgebungen 11.00 Uhr

Aktionswochen im Juni 92

Einladung zum nächsten Vorbereitungstreffen

Von dem Glanz und dem Reichtum, den die alte und "neue" Weltordnung in Europa, in Nordamerika und in Japan konzentriert hält, haben die meisten Menschen auf der Erde nichts. Im Gegenteil. Die bekannte Weltordung heißt für sie nur Ausbeutung und Unterdrückung, und für viele bedeutet sie Hunger und Elend. Krieg und Folter ist Bestandteil dieser Weltordnung. Aber die davon Betroffenen auf allen Erdteilen sind nicht nur Opfer: Ihre Kämpfe, ihre Bewegungen und ihre Tätigkeiten durchbrechen die engen Spielräume, die ihnen zugestanden werden ...

Sicher befinden wir uns in diesen Jahren in einer Welt-Un-Ordnung. Regime werden dutzendweise gestürzt, Imperien zerfallen, Einflußbereiche werden neu abgesteckt, neue Abhängigkeiten geschaffen. Auch wenn wir noch nicht wissen, ob die neuen imperialistischen Gewinner nur Pyrrhussiege errungen haben, wissen wir doch, daß Europa, Deutschland und Berlin nun gerne die Nummer Eins sein wollen - im Wettlauf um die neuen Zentren des weltweiten Profits, auf Kosten auch von wachsenden Teilen der Bevölkerung hier.

Im Jahr 1992 liegen

- mit dem 500.Jahrestag der Eroberung von Amerika / der Kolonialisierung ganzer Erdteile und der widerlichen Feier-Shows der Regierungen dazu,
- mit der Schaffung des EG-Binnenmarkts / Festung Europa
- mit der UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni
- mit dem Treffen der Regierungen der sieben reichsten Industrienationen (G7 - Weltwirtschaftsgipfel) in München Anfang Juli
- mit den großen Entscheidungen betr. Ausbau Berlins zur Metropole (Verkehr, Olympia, Bauvorhaben, Regierungs- und Konzerne-Viertel, Verdrängung vieler InnenstadtbewohnerInnen durch Mietsteigerungen)

zentrale Ereignisse vor uns, die uns Anlaß sind, uns intensiv mit den neuen Weltordnung und der neuen Bedeutung Berlins auseinanderzusetzen. Wir rufen auf zu Aktionswochen im Juni (1.-21.6.). Die ersten beiden Wochen wollen wir mehr nach Themenschwerpunkten gliedern, in der dritten Woche sollen die Aktionen im Vordergrund stehen. Durch die Aktionswochen hier wollen wir für die Gegenkampagne zum Weltwirtschaftsgipfel in München mobilisieren: Am 4.Juli ist in München die Demonstration und in den darauffolgenden Tagen der Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel geplant.

Themenschwerpunkte für die Juni-Wochen in Berlin:

1. **Festung Europa**
2. **Welthandel, Weltproduktion**
3. **Mythos Überbevölkerung**
4. **UNCED-Konferenz "Umwelt u. Entwicklung" in Rio de Janeiro**
5. **500 Jahre Kolonialismus**
6. **Kolonialist.Ausweitung EG/BRD Richtung Osteuropa**
7. **Berlin als Metropole**
8. **Neue militärische Weltordnung (UN-Truppen u.a.)**

Für die drei Aktionswochen in Berlin haben wir wahrscheinlich mehrere größere und kleinere Veranstaltungszelte im Tiergarten an der Entlastungsstraße zur Verfügung. Im Juni soll auch die Entlastungsstraße blockiert werden, im Rahmen der Proteste gegen den Ausbau Berlins zu einem System von Schnellstraßen. Dort soll dann gefeiert, diskutiert und v.a.m. unternommen werden ... Demos zu und Aktionen an Einrichtungen, die die alte und neue deutsche / europäische Großmacht symbolisieren und repräsentieren - uns und vielen anderen Gruppen, die angesprochen sind zum Mitmachen, bleibt noch einiges an Vorbereitung.

Wir rufen alle Gruppen und Einzelpersonen auf, die sich von dem Anliegen und dem Vorhaben angesprochen fühlen, sich an den Vorbereitungen zu den Aktionswochen in Berlin zu beteiligen. Nächstes Treffen: 2.3.92, 19.30 im LAZ, Crellestr. 20, 1000 Berlin 61.

Kontakt: FDCL tel. 6934029, fax 6926590

egin EN LOS TERRITORIOS OCUPADOS

egin

IRAKURLE KRITERIODUNAK

Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

egin IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Die letzte Gesprächsrunde in Washington ist beendet und hier bleibt alles wie es war. Die, die heute in Moskau beginnt, weckt bei den Einwohnern der zwei Gemeinschaften, die seit 1948 mit dem täglichen Tod leben, keine besonderen Hoffnungen. Zur politischen Krise der Regierungskoalition und dem angekündigten Rücktritt Shamirs, um Neuwahlen zu ermöglichen, kommt eine der zweifellos härtesten ökonomischen Krisen in Israel in den letzten Jahrzehnten. Auf der anderen Seite bleibt es den Palästinensern unverständlich, warum der Frieden so schwer zu erreichen ist, warum die Repression weiter so hart zuschlägt, warum täglich internationales Recht verletzt wird.

Ein Jahr nach dem CNN-Krieg sind in Jerusalem keine Luftschutzsirenen mehr zu hören, durch die Strassen laufen keine Juden mehr mit Gasmasken zur psychologischen Selbstverteidigung. Die kalten Spätausläufer nach einem Schneesturm begleiten die Klänge aller möglichen Instrumente, die von melancholischen Alten aus der Ex-UdSSR für zwei oder drei Schekel gespielt werden.

Dieser Krieg ist vorbei, aber nicht die Angst. Diese Angst ist einer künstlichen Gesellschaft geschuldet, in der sich die kürzlich Angekommenen wie die Siedler von '48 fragen:"Wann wird das aufhören?"

Nur 500 Meter entfernt im Ostteil der Stadt stellen sich die Palästinenser Jerusalems dieselbe Frage in Arabisch, wie auch ihre Brüder und Schwestern in Gaza, Nablus, Beirut, Tunis oder Paris. Es ist sechs Uhr abends und in jenem Teil der Stadt wird keine Musik auf den Straßen gespielt. Stattdessen dominiert dort das Geräusch der Jeeps der israelischen Armee oder die Grabesstille der Ausgangssperre.

Eine deutliche Statistik seit dem vergangenen 30.Oktober, dem Beginn des "Friedensprozesses" durch die Konferenz in Madrid: Zwölf getötete Palästinenser, 112 durch Schußwaffen Verletzte (darunter mehrere Kinder unter fünf Jahren), zwölf Deportierte, 60 mit Planierraupen zerstörte Häuser, 20.000 niedergerissene Olivenbäume, 30.000 Dunoms enteigneter Boden, 2.200 im Westjordanland und in der Umgebung Jerusalems installierte Fertighäuser der Siedler, fünf neue Siedlungen in palästinensischem Gebiet...

Zur Zeit besetzen gerade radikale Siedler im rein arabischen Stadtteil Silwan ungefähr zehn Häuser, vertreiben drei palästinensische Familien aus ihren Wohnungen, verschiedene Regierungsmitglieder unterstützen dies durch ihr Schweigen und die Polizei schreitet nicht ein. Schüchterne Proteste kommen nur von den Pazifisten der Bewegung "Peace Now".

"Nach 2.000 Jahren kehrt die Stadt Davids in israelische Hände zurück", sagt Ismael Be'evi, ein junger Jude und Sprecher der Radikalen. "Dies ist das Herz der Erde Israels. Die Araber müssen gehen, im Guten oder Schlechten...".

"Wer hat der Delegation gesagt, daß sie uns vertritt? Allah ist groß und verdammt die Verräter." Solche Parolen sind an vielen Wänden der Altstadtzu lesen und stammen von den Moslems von Hamas. Was der palästinensischen Sache seit Beginn der Verhandlungen deutlich schadet, ist die Vertiefung der inneren Spaltungen. In Gaza eskalierten in den ersten Wochen dieses Jahres die Auseinandersetzungen zwischen Al-Fatah-Mitgliedern, die den von den USA eingeleiteten Friedensprozeß unterstützen, und Hamas-Militanten, und endeten mit mehreren durch Stichwaffen Verletzten.

Versöhnlicher sind die Anhänger der Volksfront des Georges Habbash und der Demokratischen Front des Natchef Hawatmeh, der beiden Organisationen, die sich innerhalb der PLO von Anfang an gegen die Gespräche stellten, aber sich auf verbale Kritik beschränkten und, um diese wahrhaft historische Spaltung der palästinensischen Gemeinschaft zu vermeiden, zur Intensivierung der Intifada aufriefen...

Hier, auf arabischem Boden seit 4.000 Jahren, wo die beiden Völker einträchtig jahrhundertelang allen möglichen Invasionen widerstanden, bis der Zionismus aufkam, bis das Erdöl entdeckt wurde oder die Vereinten Nationen gegründet wurden, hat '92 für die Menschen überhaupt nichts besonderes...

Noch drei Stunden bleiben bis zur Ausgangssperre, als wir im Flüchtlingslager Jalazon, zwischen Ramallah und Nablus, ankommen. Hier erwartet uns die Familie von Imad, der dank der Arbeit inländischer Menschenrechtsgruppen und internationalem Druck aus dem Gefängnis freikam. Imad ist unheilbar an Krebs erkra-nkt und braucht eine aufwendige medizinische Behandlung. Wenn sich sein Gesundheitszustand bessern sollte, muß er zurück nach Ansar 3, in das Gefängniszentrum, wo in Zelten in der Wüste zur Zeit 8.000 Palästinenser gefangen sind.

Oben im kleinen Gebirge bewachen die Patrouillen der israelischen Armee von ihren Maschinengewehrstellungen aus die Gegend. Gegenüber, ebenfalls auf der Höhe, liegt eine jüdische Siedlung, die Tag und Nacht von den Patrouillen der Siedler bewacht wird. Einige Tassen arabischer Kaffee, Umarmungen und die ruhige Stimme Hassans, eines Bruders von Imad, leiten das Gespräch ein:

"Wir sind eine palästinensische Familie wie jede andere. 1948 mußten wir unsere Heimat verlassen, ein kleines Dorf dort, wo jetzt der Flughafen Ben Gurion ist. Als unsere Eltern hier ankamen, haben sie hier Blechhütten aufgebaut. Erst in den 60er Jahren kann man von Organisation reden. 1972 wurde unser größter Bruder unter der Anklage verhaftet, Mitglied einer klandestinen Gruppe von etwa 40 Leuten namens "Weg von unserer Erde" zu sein. Er wurde drei Monate lang eingesperrt und dann nach Jordanien deportiert. Wir haben ihn nie wieder gesehen. 1976 wurde ein weiterer unserer Brüder verhaftet und dann deportiert. Wir jüngeren Brüder waren damals zwischen zehn und vierzehn und hatten also genügend direkt mitgekriegt. Wir waren 15, zehn Männer und fünf Frauen. Und alle waren schonmal im Gefängnis. Das ist aber nichts Besonderes in palästinensischen Familien." -

"Seid Ihr irgendwann einmal in die Gegend gefahren, die Eure Eltern 1948 verlassen mußten?" -

"Ja, vor Beginn der Intifada sind wir einmal im Jahr in unser Heimatdorf gefahren. Zur Zeit dürfen wir nicht ausreisen. Mein Vater hat immer gesagt, er sei innerlich zerrissen, weil dies sein Land gewesen wäre und er dort hätte leben müssen. Dort war wirklich spürbar, was sie uns alles genommen haben, weil es immer noch den arabischen Geist atmet, obwohl sie alles tun, um das zu verbergen. Hier in diesem Lager halten sie uns fest. Dort haben sie uns das Land gestohlen. Diese Situation bestätigt uns die Notwendigkeit, unseren Kampf zu vertiefen und die schrecklichen Anstrengungen zu bündeln, um die Freiheit zu erreichen."



Palästinensisches Straßentheater

Hassans Mutter steht auf und zeigt auf ein nahegelegenes Haus, dessen Fenster und Türen zugemauert sind.
"Dies war unser Haus. Das jetzige ist noch nicht fertig und es zieht durch alle Ritzen. Unser Haus wurde zugemauert, nachdem eines meiner Kinder für schuldig befunden wurde dessen, was es angeklagt war. Wir hatten Glück, daß es nur mit Zement verschlossen wurde, denn normalerweise zerstören sie die Häuser. Vielleicht hatten sie keinen Bagger zur Verfügung..."
Die Nacht nähert sich und es beginnen die metallischen Durchsagen durch Megaphone der Armee, daß bald das Betreten der Straße verboten ist. Noch eine halbe Stunde zur Ausgangssperre und wir haben noch gar nicht über die Konferenz gesprochen...
"Wir hier wissen genau, daß diese Kontakte uns keinen eigenen Staat bringen", sagt Hassan, "Als Palästinenser fordern wir das Recht, wie andere Völker auch in Frieden und Freiheit in unserem Land leben zu können. Gerade wurde die zweite Gesprächsrunde in Washingten beendet. Aber niemand sagt ein Wort zu unseren Vorbedingungen: Die Beendigung der Siedlungen im Westjordanland. Die Siedlungen wurden nicht gestoppt. Die PLO war als einzige Verhandlungspartnerin und legitime Vertreterin anerkannt. Dies wurde ebenfalls verweigert. Wir haben außerdem die Rückkehr der des Landes Verwiesenen gefordert. Sie haben nicht nur dies verweigert, sondern weitere Menschen deportiert. Diese Treffen wurden von den USA arrangiert, um die Interessen Israels zu verteidigen und ihre Politik der Offenen Türen aus ökonomischer Sicht in der arabischen Welt zu verstärken. Hier ändert sich nichts. In einer Viertel Stünde kommen wieder die Soldaten, weil die Ausgangssperre beginnt. Dann werden wieder die Jeeps durch die Straßen fahren und die Häuser mit ihren Suchscheinwerfern anstrahlen, um die Leute zu provozieren, dann fangen die Warnschüsse an...Jeden Tag hörst Du mehr vom Frieden in Palästina. Aber ich frage mich: Welche Art Frieden? Ein Frieden, der Israel mehr Märkte für den Absatz seiner Produkte bringt?"
Der Lärm der Hubschrauber ist schon zu hören und wir machen uns fertig, zur Hintertür hinauszugehen, wo ein Auto auf uns wartet, denn wir wollen versuchen, trotz des Verbots während der Ausgangssperre nach Nablus zu fahren.
Wir haben Herzklopfen und hören noch Hassans Worte:



"Vergiß nicht, Deinem Volk viele Grüße zu schicken. Und sag ihnen, daß wir eines Tages triumpfieren werden. Wir und alle Befreiungsbewegungen der Welt. Es stimmt, unser Volk ist an Niederlagen gewöhnt. Aber es ist genau so sicher, daß wir aus diesen Niederlagen lernen und Generationen heranwachsen, die sehr klare Ziele haben. Die internationale Situation hat sich gründlich geändert, aber die Prozesse verlaufen zyklisch. Vergiß nicht, dies den Lesern Deiner Zeitung zu sagen."
In Nablus, der Symbolstadt des palästinensischen Widerstands, haben wir eine Verabredung ganz anderer Art. Hier erwarten uns mitten in der Altstadt, wo sich Soldaten nur selten hinwagen, weil dies immer mit Toten endet (Steine, Messer, Kugeln), Khalil und Faruk, die seit 18 Monaten auf der Flucht vor der israelischen Armee sind und jede Nacht woanders übernachten. Diese Flucht vor dem langen Arm von Shinbet (der Organisation des Mossad, die in den Besetzten Gebieten agiert), beschert uns eine lange Nacht voller Geschichten, Anekdoten und Reflexionen an einem Ort, wo, wie der Nicaraguaner Leonel Rugama einmal sagte, die Erde ein Satellit des Mondes ist.
"Ich glaube, daß die Welt nichts weiß über die Folter- und Befragungsmethoden, die die israelische Regierung gegen unser Volk anwendet", sagt Khalil. "Zum Beispiel, was wir die 'Geschichten für die Kleinen' nennen, eine Methode, die sie bei den Kindern anwenden. Dabei stecken sie Kollaborateure in die kleinen Verhörzellen zu verhafteten Kindern, die, psychologisch geschult, anfangen, die Kinder zu beschuldigen, Spitzel der Armee zu sein, etc. . Das endet dann damit, daß die Kinder ihre ganzen Heldentaten erzählen, wer ihre Freunde sind, usw., um ihre ehrliche Gesinnung zu beweisen. Diese Kollaborateure, gut vorbereitet und Kenner unserer Kultur, gratulieren ihnen zu ihrem K ampf und drängen sie dazu, ihre Taten aufzuschreiben, um sie danach angeblich an ein PLO-Büro im Ausland zu schicken..."



Jim Hollander

Eine Palästinenserin kommt mit ihren Kindern im Flüchtlingslager Jalazoun an

"Sie wissen genau", fährt Faruk fort, der vier Jahre im Gefängnis verbrachte, "daß wir lieber sterben wollen, als deportiert zu werden. Deshalb inszenieren sie oft Scheindeportationen. Das treiben sie manchmal bis ins Extrem, indem sie Dich absolut sicher glauben machen, Du bist schon im Libanon. Du trittst in ein Büro ein mit UNO-Emblem, und bestätigst, was Du alles gemacht hast, weil Du denkst, dort bist Du sicher."
"Die physische Folter ist furchtbar", erzählt Khalil weiter, "Viele Gefangene erleiden bleibende psychische Schäden, wenn sie z.B. abwechselnd heiß abgeduscht und dann in Kühlräume gesperrt werden. Es ist üblich, in Tee, Kaffee oder Zigaretten Drogen zu verabreichen. Deshalb nehmen wir alle in der Periode der Befragungen keinerlei Medizin, Getränke, Zigaretten mehr an."
"Es ist auch normal", sagt Faruk, "daß Verletzte im Krankenhaus befragt werden, während sie bewußtlos sind. Oder die Anwendung des 'Schranks', eines kleinen Möbels von 60 x 70 cm, indem Du mit Kapuze auf dem Kopf und nach hinten gefesselten Händen lange eingesperrt bist."
"Die erste Zeit nach der Verhaftung verbringst Du zu siebt oder acht in Zellen, die nicht größer sind als ein mal eineinhalb Meter", endet Khalil, "tagelang. Danach kommt normalerweise die Verurteilung und der Transport in einen der Ansar-Knäste, Ansar-1, eine Art Konzentrationslager mit großen Zelten im Südlibanon, Ansar-2 in Gaza mit ca. 4000 Gefangenen und Ansar-3 in der Negev-Wüste, wo 8000 Gefangene leben müssen."
Dann reden wir über die Friedensgespräche. Khalil und Faruk stehen der Fraktion der Demokratischen Front nahe, die den in Madrid begonnenen Prozeß unterstützt.

Khalil sagt:"Die Konferenz ist eine Schlacht, aber nicht der ganze Krieg. Es ist klar, daß sie uns aufgezwungen wurde, aber hätten wir nicht teilgenommen, wären wir als Heuchler dagestanden. In dieser Schlacht sind wir uns über drei Punkte einig: Das Recht auf Rückkehr in die Heimat, ein unabhängiger Staat mit Jerusalem als Hauptstadt und das Recht auf Selbstbestimmung. Dies ist der von allen getragene Minimalkonsens und die Konferenz ein geeignetes Forum, damit die Welt von diesen Forderungen Kenntnis nimmt."

"Aber was auch nicht zu übersehen ist, sind Ermüdungserscheinungen in der palästinensischen Bevölkerung. Die in Madrid geweckten Hoffnungen können sich binnen kurzem in Luft auflösen..."

"Das stimmt", antwortet Faruk, "aber am Ende wird die Seite gewinnen, die die realistischsten Pläne für die Region hat. Wir zeigen der Welt, daß wir den Frieden wollen, Israel nicht. Israel blokkiert ständig die Gespräche."

"Es gab auch starke Kritik bezüglich der Personen, die die Delegation bilden..."

"Als die PLO beschloß, sich mit dem Feind an einen Tisch zu setzen, haben sie uns nicht gefragt", sagt Khalil, "Unsere Kinder und Geschwister sterben und deshalb müssen wir entscheiden. Die PLO ist unsere Repräsentantin, aber das gibt ihr nicht das Recht, zu entscheiden, ohne uns zu fragen."

"Was sagt Ihr zum Optimismus, mit dem ein Teil Eures Volkes die Delegation empfing, als sie aus Madrid ankam? Glaubt Ihr, der wird die zweite Runde in Washington überdauern?"

"Das legt sich", antwortet Faruk, "Schau, nach so vielen Jahren des Leids traf die Menschen, traf uns, die poetische und kämpferische Ansprache Abdel Shafis ins Herz. Das Volk vergißt die Gebiete von '48 nicht, vergißt seine Märtyrer nicht... Ich glaube, wir müssen das Risiko der Teilnahme an den Gesprächen hier und jetzt in Kauf nehmen. Es gab keine andere Möglichkeit. Es ist auch klar, daß nach dieser Runde in Washington alles so aussieht, als spielten die Zionisten nur auf Zeit. Aber im aktuellen regionalen und internationalen Kontext bleibt uns keine Wahl..."

In der Ferne hören wir die ersten Anzeichen, daß Nablus erwacht und bald seine Aktivität entfaltet. Um 12 Uhr mittags werden sich die Straßen gemäß der Anordnung der lokalen Führer der Intifada wieder leeren. Führer, die wie Faruk und Khalil weiterhin in der Klandestinität leben müssen und so für ein freies Land ohne militärische Besetzung kämpfen.

Wir sprechen mit Al-Fatah-Militanten, der dominierenden Fraktion in der PLO, die maßgeblich dazu beitrug, daß ein großer Teil der palästinensischen Bevölkerung die Friedensgespräche akzeptierte. Dieses Gespräch findet in Shate statt, einem Lager mit 35.000 Flüchtlingen aus den sog. Gebieten von '48 an der Mittelmeerküste des Gazastreifens. Das Lager ist hoch umzäunt, ohne Kanalisation, der Müll türmt sich in den Straßen, und es ist ausdrücklich verboten, außerhalb eines kleinen von Militärstreifen kontrollierten Gebietes zu fischen.

Hier im Gaza-Streifen, wo diese Volksrevolution des Bewußtseins und der Steine, die Intifada genannt wird, begonnen hat, ist die Situation noch härter als im Westjordanland. Nach dem Golfkrieg wurde das ohnehin schon beschwerliche Leben mit weiteren Angriffen auf die palästinensischen ökonomischen Grundlagen, die Landwirtschaft und die Lohnarbeit in den Gebieten von '48, konfrontiert.

Von den 20.000, die täglich die Busse besteigen, um in diesem Gebiet zu arbeiten, haben 40 % ihre Arbeit und damit die Magnetkarte verloren, die es ihnen erlaubt, die Grenze zu überqueren. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die Ankunft der zahlreichen billigen Arbeitskräfte aus Russland, die sinkende Akzeptanz gegenüber Arabern nach dem Golfkrieg und die ernste ökonomische Krise des Staates Israel mit einem starken Anstieg der Armut in den letzten Monaten.



"Sehr wahscheinlich haben wir in den Gesprächen nichts zu gewinnen, aber sicher nichts zu verlieren."

Parallel dazu wurde der Verkauf palästinensischer Agrarprodukte ins Ausland verboten, wohingegen die israelische Regierung diese um 70 % billiger aufkauft, um sie anschließend selbst zu exportieren, was wieder viele Palästinenser zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

Jeder der 400 Bewohner in den jüdischen Siedlungen im Gazastreifen hat eine komplette Ausstattung: Elektrizität, Wasser, Läden, Schulen...Die eine Million Palästinenser in Gaza haben eine Universität, die seit Beginn der Intifada geschlossen ist...

In diesem Lager von Shate sprechen wir mit Abdel Al-Hana, Kamal Radi und Majdi Al-Arabid, drei führenden Mitgliedern der Al-Fatah, die kürzlich aus Ansar-3 entlassen wurden, wo sie auch die Zeit während des Krieges gegen den Irak verbrachten.

"Wie war die Zeit des Krieges in einem Gefängnis wie Ansar-3 ?" -

"Sehr schlimm. Die ersten drei Tage haben sie uns nicht über die Raketenangriffe Saddam Husseins informiert, was klar gegen internationale Bestimmungen verstößt. Dann haben sie andauernd damit gedroht, uns in Zonen wie Tel Aviv als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Als wir keine Gasmasken bekamen, haben wir sie gefragt, was wir machen sollten, wenn chemische Waffen zum Einsatz kämen, und sie sagten uns, wir sollten dann die Gesichter mit feuchten Tüchern bedecken, was aber beim Kontakt mit verseuchtem Sand oder Wasser nichts genutzt hätte..."

"Kann man Eurer Meinung nach von einer bedeutenden Meinungsänderung in der palästinensischen Bevölkerung von Gaza nach dem Krieg sprechen?" -

"Ja, da hat sich viel geändert. Das Kriegsende bedeutete eine kollektive Desillusionierung mit einem deutlich negativen Effekt für einige Zeit. Man kann auch von einem Wandel in der Intifada sprechen. Es ist wie bei den Meereswellen: Mal sind sie höher, mal flacher..."

"Stimmt es, daß die Intifada jetzt Waffen statt Steine benutzt?" -

"Zuerst waren die Steine. Dann merkten die Menschen, daß Steine nicht genügen, dann kamen die Messer. Dann wurden Bomben gebaut. Und schließlich kamen die Schußwaffen. Viele Palästinenser meinen, daß es an effektiven Mitteln gegen die Okupation mangelt. Aber es ist ein Fehler, zu sagen, die Steine wären durch Waffen ersetzt worden. Alles verfügbare wird gegen den Feind eingesetzt."

"Warum glaubt Ihr, akzeptieren die Israelis die Formel nicht: 'Zwei Staaten für zwei Völker' ?"-

"Es ist offensichtlich. Shamir weiß, daß wir die Gebiete von '48 niemals vergessen werden. Auch wenn ich es jetzt akzeptierte, mein Land für Frieden aufzugeben, würden meine Kinder es wieder einfordern. Die Juden, die jetzt die Häuser in Silwan in Jerusalem besetzt haben, sagen, sie tun dies, weil es seit 1922 die ihren seien. Ich besitze Dokumente, die beweisen, daß ich zur Zeit des englischen Mandats ein Gebiet in Tel Aviv besaß. Auf der Flucht kam ich hierher nach Gaza. Meine Eltern und Geschwister gingen ins Ausland. Wenn sie hier sind, drehen sich alle ihre Fragen um diesen Grundbesitz. Wann werden wir wieder in unser Land können, um uns gemeinsam an unsere Kindheit und die Vorfahren erinnern zu können?"

"Weil Du Vorfahren sagst? Warum akzeptierst Du jetzt diesen eingeschränkten Rahmen der Gespräche?"-

"Sehr wahrscheinlich haben wir dabei nichts zu gewinnen, aber sicher nichts zu verlieren. Wir sind Realisten, es ist die einzige Möglichkeit, die uns bleibt."

"Wie würdest Du die Fatah beschreiben?" -



JOSEBA

Die bewaffneten Aktionen werden zahlreicher

"Als revolutionäre Theorie. Wir haben keine besondere soziale Ideologie, deshalb findest Du in der Fatah sehr religiöse Menschen zusammen mit Laizisten, Reformisten... Jassir Arafat als Führer der Fatah und des palästinensischen Volkes steht da wo er steht, weil er für uns die leibliche Personifizierung unserer Ideen ist. Die Organisation ist wie eine Pyramide aufgebaut und ganz oben steht Arafat."

"In den letzten Tagen gab es heftige Auseinandersetzungen mit Gegnern der Gespräche aus dem Hamas-Lager..." -

"Sie sind Fanatiker. Sie verstekken sich hinter der Religion. Die Mehrheit ihrer Aktivitäten entfalten sie in den Moscheen im Rahmen der religiösen Aktivitäten. Aber in die Moscheen gehen nicht nur Hamas-Militante, sondern alle Moslems. Hamas fordert einen palästinensischen Staat in den gesamten Gebieten, um da die islamische Revolution zu machen. Dies ist unmöglich in der Welt, wie sie jetzt ist. Die arabischen Länder, die den Krieg gegen den Irak unterstützten, haben sämtliche Hilfen für die PLO gestrichen und unterstützen jetzt Hamas. Dies ist ein Plan der USA, um eine blutige Spaltung in unser Volk zu tragen. Noch etwas: Sie sind nicht in der PLO, weil sie 40 % der Sitze beanspruchten. Völliger Unsinn, wenn man ihre schwache soziale Verankerung in Betracht zieht."

"Eine letzte Frage. Gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen den Palästinensern im Gaza-Streifen und im Westjordanland?" -

"Nein, einen solchen gibt es nicht, genausowenig wie zwischen denen im Landesinneren und jenen in der Diaspora. Gaza ist viel ärmer, das ist der Grund für soziale und kulturelle Unterschiede. Aus verschiedenen Gründen ist hier die Religion stärker.: Hier gibt es keine Kontakte zu Juden oder Touristen wie in Jerusalem. Wir hier waren immer isoliert. Wenn der Tag kommt, an dem wir einen eigenen Staat bekommen, wird es eine gegenseitige Angleichung geben."

"ICH TRÄUME VON PINOCCHIO"

Interview mit Ramzi (13 Jahre)



Ramzi ist jetzt 13 Jahre alt, zwei Jahre älter als auf der Photografie. Diese war überall in Euskadis Strassen zu sehen und er ist sowas wie ein Symbol der Intifada. Ramzi lebt im Flüchtlingslager El-Amari in der Nähe von Ramallah.

"Ramzi, erinnerst Du Dich an die Zeit vor der Intifada?" -

"Nicht sehr gut."

"Wie ist es jetzt?" -

"Ich weiß, daß wir kämpfen, um zu leben."

"Was denkst Du, wenn Du die Soldaten siehst?" -

"Ich weiß nicht. Wir Kinder hassen sie, weil sie uns nicht spielen lassen."

"Weißt Du, was Frieden ist?" -

"Meine Oma hat gesagt, etwas sehr Schönes. Ohne Soldaten, mit Schule und der palästinensischen Fahne und wir können dahin gehen, wo wir wollen."

"Wurdest Du mal verletzt?" -

"Ja. Vor kurzem hat mich eine Plastikkugel an der Brust getroffen. Schau die Narbe. Ein anderes Mal hat mich eine scharfe Kugel an der Hand verletzt, das ist auch noch zu sehen, schau!"

"Was willst Du mal werden?" -

"Feddayin."

"Denkst Du manchmal an Deine toten Freunde?" -

"Oft. Sie sind jetzt Märtyrer und bei Allah."

"Wie sind die Beerdigungen?" -

"Traurig. Wir weinen und singen."

"Weißt Du, daß Dein Foto in allen Straßen meines Landes zu sehen war? Er lächelt. "Alle Kinder haben mich gesehen?"

"Hast Du manchmal Angst?" -

"Ich glaub schon. Aber ich weiß nicht genau."

"Wenn Du schläfst, was träumst Du dann?" -

"Ich träume, daß ich sterbe und ich komme in den Himmel und treffe dort Pinocchio und bin sein Freund und wir sind immer zusammen."



VERMISCHTES

Lummer's Wahlkreisbüro

Prenzlauer Berg (tm). Heinrich Lummer, CDU-Bundestagsabgeordneter, ist im Prenzlauer Berg angekommen. Er hat die Betreuung des Bundestagswahlkreises Prenzlauer Berg und Mitte übernommen.

In der vergangenen Woche wurde das dazugehörige Wahlkreisbüro in der Fehrbelliner Straße 97 formell eröffnet. So recht sicher fühlte sich der Ex-Innensenator noch nicht auf dem ungwohnten Terrain des Prenzlauer Bergs, doch er will mit den Leuten reden – zum Beispiel zum regelmäßigen Frühschoppen einladen, der erste steigt am 5. April –, um sich eine Meinung über die Probleme und Perspektiven im Stadtbezirk zu bilden. Zunächst ist das Büro mittwochs von 9 bis 12 Uhr und donnerstags von 12 bis 17.30 Uhr mit einem Mitarbeiter besetzt (Rufnummer 2 82 64 82). Heinrich Lummer hat sich vorgenommen, demnächst einmal pro Woche präsent zu sein.

Heinrich Lummer (CDU)

Brandanschlag auf Dresdner Bank

Für viele Anwohner war es ein Schreck zu früher Morgenstunde, als gestern gegen 3.35 Uhr die Scheibe der Dresdner Bankfiliale am Bayrischen Platz in Schöneberg klirrend zu Bruch ging. Unbekannte hatten zwei vermutlich mit Spiritus gefüllte Brandflaschen in die Geschäftsräume der Bank geworfen. Auch zwei Feuerzeuge wurden entdeckt. Die in den Flaschenhälsen steckenden Lappen hatten kein Feuer gefangen. Gegenwärtig laufen die Ermittlungen. eb

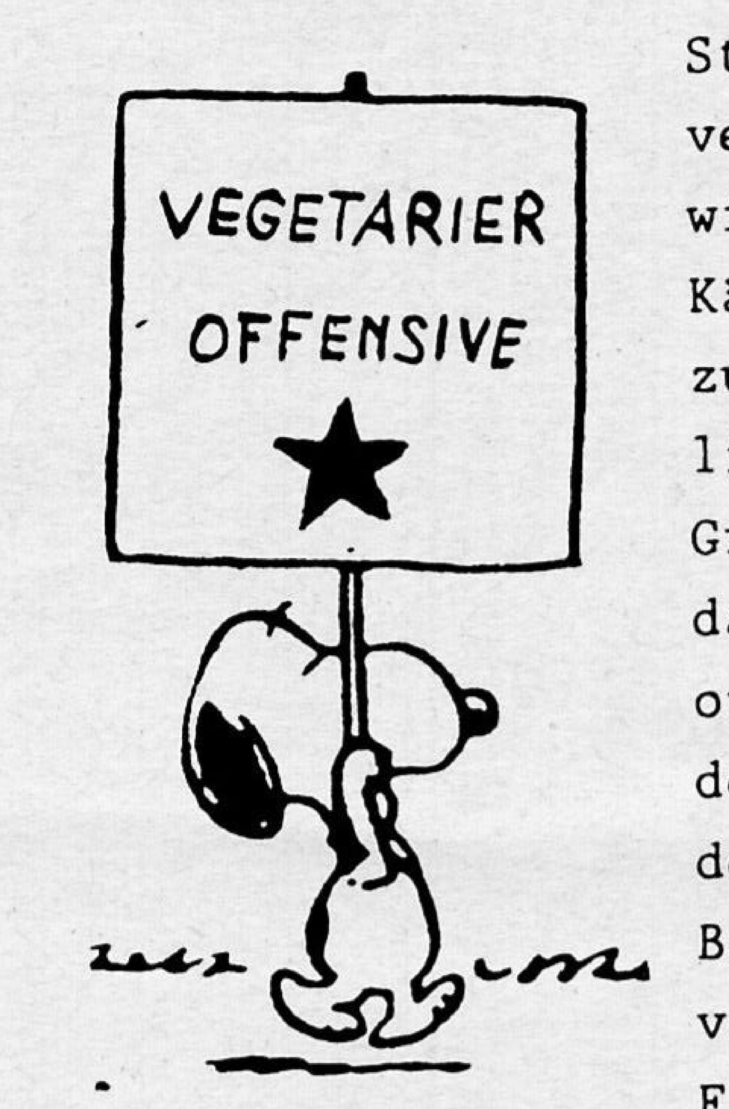
Krach gegen FAP

Demonstration in Bonn

Bonn (dpa) — Bei einer Demonstration von rund hundert Anhängern der rechtsextremen FAP gegen „Ausländerintegration“ sind am Samstag in Bonn mehrere Menschen verletzt worden. Vermummte aus den Reihen der etwa 500 Gegendemonstranten bewarfen die FAP-Kundgebung mit Steinen und Flaschen und schossen Leuchtmunition ab. Gegen 31 Personen wurde Strafanzeige erstattet.

Heraus zum revolutionären 1.Mai - aber wie ?

Gleich vorneweg: dies ist keine Einladung, kein Aufruf zur Gründung eines 1.Mai-Vorbereitungsplenums.
Wir haben uns allerdings nicht vom 1.Mai als internationalem Kampftag verabschiedet. Lasst uns am 1.Mai das auf der Straße ausdrücken, was wir wirklich sind: zusammengewürfelt, unterschiedlich, uneinheitlich, teils zerstritten, auf jeden Fall nicht homogen in Theorie und Praxis, in gesteckten Zielen und erlebter bzw. gelebter Wirklichkeit...



Statt jetzt die Bewegung wieder zwangsweise vereinheitlichen zu wollen, finden wir es wichtig, gerade die verschiedenen Ideen, Kämpfe und Lebensweisen nebeneinander stehen zu lassen und von daher ausgehend ein Bündnis linksradikaler autonomer Frauen, Männer und Gruppen aufzubauen. Konkret zum 1.Mai 92: das heißt für uns, in Bezug auf Demo: wir organisieren uns in der Vorbereitung und auf der Demo als Blöcke, Pool, Strömung, "Demo in der Demo", Fraktion, Aufbauorganisation, Banden... Das Erscheinungsbild wird geprägt von (sowieso) Frauen/Lesbenblock, Schwulen, Flüchtlingen, ImmigrantInnen, Internationalismus- und Kinderblöcken; -(aber auch) HausbesetzerInnen, Männer mit Antipat-Ansatz, Antifas, Stadtteilblöcken, JobberInnen, SchülerInnen, ML-Fraktionen undundund. Unsere vage Hoffnung, wies anders gehen könnte: eine dezentrale Dmoorganisierung, stellen wir uns ungefähr so vor: es gibt kein zentrales 1.Mai-Plenum mit alleiniger Verantwortung, sondern verschiedene Gruppen/Zusammenhänge, die einzelne Teile diskutieren und organisieren, im günstigsten Falle gibts dann auch verschiedene Aufrufe, Redebeiträge, Plakate der verschiedenen Blöcke.
Die Frage bleibt, wies dann zum Ereignis hin wieder zusammengeht: natürlich müssen wir uns treffen, - zum Austausch - zur Verständigung über politische Grundsätzlichkeiten und Verhalten - um praktische Fragen wie Route(n), Anmeldung, kein Alk undsoweiter abzusprechen. Aber eben nicht auf Grundlage des Anspruchs vermeintlich gemeinsam-inhaltlicher Diskussion, sondern wenn, dann als Ergebnis der dezentralen Diskussionen und Vorbereitungen der verschiedenen Gruppen.
Stichwort: autonomes, linksradikales Bündnis !

Fragen gibts genug.

Aber wie der olle Knochen Brecht schon sagte:

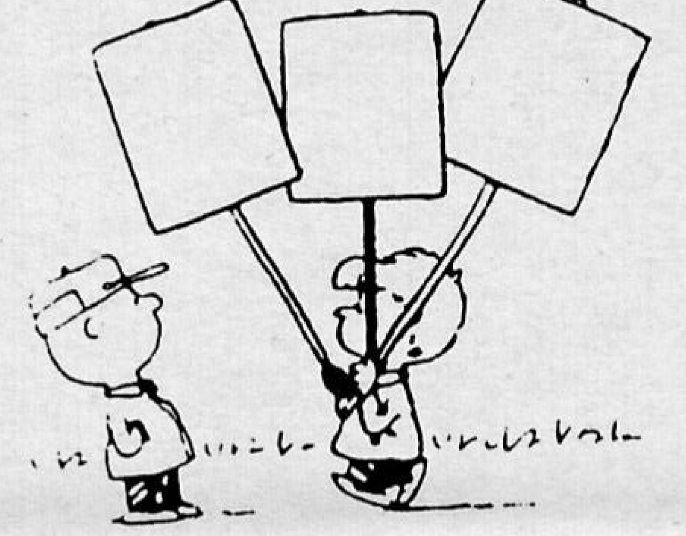
"So fragst du. Erwarte keine andere Antwort als deine."

Der 1.Mai 91 zeigt uns im Rückblick, daß wir die Widersprüche, die dort massiv auftraten, eher zertrampelt haben als damit produktiv umzugehen: Frauengruppen, ausländische Gruppen, Stadtteilgruppen, besetzte Häuser in Friedrichshain: von vielen (fast allen) Seiten kam in der Nachbereitung Brummen, Unzufriedenheiten. Auch im Vorbereitungsplenum war die Stimmung nicht viel besser. Die Demo war zwar "eigentlich" wieder ein Erfolg, aber nur als diffuser Ausdruck davon, daß ungeheuer viele Leute die Verhältnisse Scheiße finden. Aber die politische Diskussion bei den Autonomen stand still.

Dabei ist es sehr wichtig, daß wir uns gerade in breiten Mobilisierungen und Diskussionen, die zum 1.Mai eher stattfinden können als sonst, einen Begriff von der neuen bzw. einfach aktuellen Situation verschaffen.
Nicht ohne Grund gibt es gerade so viel Überlegungen in der Oganisierungsfrage. Auch wir haben das Bedürftnis nach offeneren Strukturen, nach Auseinandersetzungen um unsere Perspektiven. Doch so, wie die Debatte gerade stattfindet, geht sie nach hinten los. Wir meinen orthodoxe Vorstellungen von "Einheit" und "gleichem Kampf", zB. die der Antifa (m) aus Göttingen und Fels Berlin. In der Organisierungsdiskussion dürfen wir nicht alles zurückrollen, was unsere Stärke ist: daß es in der Szene (begrenzt) die Möglichkeit gibt, Platz zu schaffen für deine eigene Lebensweise und darin auch Selbstachtung-Selbstbewußtsein-Selbstbestimmung durchzusetzen gegen die Verhältnisse, die dir genau vorgeben, wie du zu sein hast.
Für uns ist dezentrale Organisierung keine Notlösung, sondern politisches Grundverständnis. Ein Versuch, den bestehenden Widersprüchen und den daraus entstehenden Notwendigkeiten getrennter, eigenständiger Strukturen "gerecht" zu werden.
Andere sagen das so: (zitiert aus radi 145, Kritikpapier zum Organisierungsvorschlag der Antifa (m) Gö)
"Das heißt nicht zuletzt, daß es nicht nur um eine abstrakte Organisierung gehen kann, wie ihr sie vorschlagt, sondern darum, wie konkrete Menschen -Männer und Frauen, Weisse und Schwarze, Menschen mit völlig verschiedenem Erfahrungshintergrund- es überhaupt miteinander aushalten zu können, um dann, den eigenen Dreck im Kopf erkennend und untereinander Herrschaftsstrukturen abbauend (vielleicht) gemeinsam gesellschaftliche und eigene Hierarchien anzugreifen."

Und es bedeutet nicht Arbeitsentlastung. Der Klumpatsch der vergangenen Jahre, der Mythos der Autonomen als einheitlicher Bewegung, stimmt heute erst recht nicht mehr.

Soweit. Wir hoffen auf viel Diskussion
und zahlreiche Initiativen!



RZ-Diskussion: Kritik der Kritik

VIELE VERNAGELTE KÖPFE MACHEN NOCH KEINE REVOLUTION!

Bevor wir näher auf die Stellungnahme aus dem antiimperialistischen Spektrum zum RZ-Papier (siehe INTERIM Nr. 180) eingehen, eine kurze und eine etwas längere Vorbemerkung:

1. Was uns überhaupt nicht gefällt, ist der arrogante Stil und das Arbeiten mit Unterstellungen in dem Diskussionsbeitrag von der antiimperialistischen Gruppe. Desweiteren stören uns die Verwendung solcher Wörter wie "Kleinbürgerlicher Anarchismus" oder die blöde Polemik, daß die RZ "back to the roots" zum bürgerlichen Antifaschismus zurückwollen - oder wie in der 'PROWO, die RZ würde in "regierungsamtlicher Manier" argumentieren. Das erinnert uns fatal an alte stalinistische Argumentationsmuster, an alte unsägliche KP-Argumentationslinien, die immer nur einen einzigen, den 'wahren Weg' zur Revolution anerkannten und demzufolge alle anderen Revolutionäre niedermachten. Für uns springen aus solchen Argumentationsmustern eher die dicken Bretter hervor, die diese GenossInnen in fast bemitleidenswerter Weise vor ihren Köpfen mit sich rumschleppen müssen. Der Gipfel ist dann erreicht, wenn den RZ eine "rassistische Position" angehängt wird. Hier wird dann nicht mehr um Analyse und Erkenntnisse gerungen, sondern nur noch mit Keule der Gegner niedergeschlagen. Fragt sich nur, warum sich einige so auf den Schlips getreten fühlen?

2. Wir haben auch einiges an dem RZ-Papier an Fragen und Kritiken. Dazu weiter unten mehr. Hier soll es lediglich darum gehen, wieso braucht eigentlich die RZ, oder sollten wir genauer sagen, die Gruppe der RZ, 15 Jahre, um ausführlich zu Entebbe Stellung zu nehmen? Und wieso bedarf es der Gewißheit des Todes von Gerd, daß diese veröffentlicht wird? Und weiter: Wieso haben sich die RZ nie zu dem geäußert, was Klein-Klein verfaßt hat? Was ist an seinem Geschreibsel Lüge, Dichtung und Wahrheit? Und wieso kommt keine Stellungnahme von den RZ zu der Stern-Enthüllungsstory über die Weinrich-Carlos-Connection, sind das alles nur Stasi-Staatsschutzlügen? Bei den RZ wie aber auch bei der RAF ist auffällig, daß der <u>Prozeß</u> , wie eine revolutionäre Organisation zu einer völlig neuen Einschätzung gelangt, nie vermittelt wurde. Warum das nie erfolgt ist, hat unseres Erachtens wenig mit der Offenlegung von Strukturen für den Staatsschutz zu tun, sondern eher mit der falschen Vorstellung, eine Guerilla darf sich nach außen hin nicht unsicher, zweifelnd zeigen. Hier sind die RAF und die RZ ihrem eigenen Mythos erlegen: eine Avantgarde muß immer wissen, wo's langgeht, sonst hat sie keine Vorbildfunktion. In autonomen Strukturen kommt dieses - nach außen immer'klar und **straight** sein'auch sehr häufig vor, da unterschieden wir uns gar nicht so sehr von den bewaffneten Gruppen und das ist wenig schmeichelhaft für uns.

So - damit es nicht zu lang wird, wollen wir die Kritik an der Kritik des RZ-Papiers in einigen Punkten, möglichst knapp, darlegen. Ist also alles bißchen thesenhaft:

a) Der erste Punktist zugleich einer der dicksten Hammer in der RZ-selbstkritik: Entebbe war eine "Selektion entlang völkischer Linien". An diesem Trauma haben die RZ jahrelang geknabbert und führt sie zu einer radikalen Kehrtwendung in ihrer Israel-Palästina-Einschätzung. Nun hat der 'ak' in seiner vorletzten Ausgabe aus einem Buch "90 minutes at Entebbe" zitiert, wo über Bonni Böse völlig gegenteiliges berichtet wird, wo er ausdrücklich das Existenzrecht Israels bejaht. Zudem behauptet der 'ak', daß in Entebbe bis zuletzt neben den israelischen Staatsbürgern noch "20 junge französische Geiseln" im Flugzeug festgehalten wurden. Welche Version entspricht denn nun der Wirklichkeit, die der RZ oder die des'ak'? Oder anders, warum sind die RZ in ihrem Papier nicht auf die dem'ak' zugänglichen Fakten und Bücher eingegangen, kannten sie die etwa nicht? Dies wäre ein Versäumnis, was an sich kaum erklärbar ist, weil damit steht und fällt die Selbstbeschuldigung, Politik 'entlang völkischer Linien' gemacht zu haben!

b) Der Streit um die revolutionäre Perspektive der 'jungen Nationalstaaten' wird sowohl bei den RZ wie bei den Antiimps auf zu allgemeiner Ebene ausgetragen. Unverständlich bleibt, wieso soviele sich aufregen über die Aussage der RZ, daß viele 'Junge Nationalstaaten' nach der Eroberung der Staatsmacht durch die revolutionären, antikolonialen Bewegungen sich zu Entwicklungsdiktaturen fortentwickelten. Dafür gibts doch zahlreiche Beispiele: Vietnam,Kuba, Algerien. Nahezu alle 'jungen Nationalstaaten' kennen doch 'Verrat und korrupte Moral' der neuen Funktionäre mit sozialistischem Anstrich. Wieso regen sich die Antimps denn so auf, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß das etwas mit dem"Wesen der Staatsgründung" zu tun hat? Spätestens der Zerfall der realsozialistischen Staaten oder die verheerende Niederlage der FLN jetzt in Algerien hat doch was mit der Form der Staats-Macht-Ausübung zu tun! Das Ganze dann wieder mit der imperialistischen Einkreisungspolitik zu entschuldigen, halten wir für zu billig. In Nicaragua hat's genug FSLN-Führer gegeben, die sich wie die Gockel nach der Revolution über Jahre aufgeführt haben, die sich reichlich Dollars und Privilegien verschafften, als das Volk auch wegen der Fehler eben gerade dieser Funktionäre am Verhungern war. Den RZ jetzt vorzuhalten, sie würden die imperialistische Ausbeutung der Trikontländer nicht analysieren, ist reichlich billig, zumal Mitte der 80er Jahre eine Analyse der RZ über den Weltimperialismus herauskam "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod", die bis heute noch ihresgleichen sucht. - Im Kern gehts doch um die Aussage der RZ, nationaler Befreiungskrieg, revolutionärer Volkskrieg geht allzuoft mit 'zerstörischerer Rationalisierung' einher, steht der sozialen Revolution entgegen, folgt den 'alten Facetten' der leninistischen-stalinisitischen Politik der KOMINTERN. Während der IWF-Kampagne haben viele autonome Gruppen ähnliche Thesen aufgestellt, haben herausgearbeitet, daß nicht nur IWF und Weltbank die revolutionären Bewegungen mit der Strukturanpassungspolitik ersticken, sondern auch grausame Fehler durch die Revolutionäre in der Staatsmacht der jungen, vom Programm her sozialistischen Staaten gemacht worden sind. Weil sie sich zu schematisch an das realsozialitische Aufbaumodell mit der diktatorischen Steigerung der Produktiivkräfte und des zentralistischen Staatsapparats orientierten. Das waren die Gründe, warum die Berber in Lybien in Plattenbauwohnsilos gesteckt wurden, oder riesige Fabriken aus den realsozialistischen Ländern importiert wurden, die für den Export in die sozialistischen Länder produzieren sollten. Diese Entwicklungsruinen lassen sich nicht nur in Nicaragua oder Kuba finden, sondern auch in Ägypten (aus der Zeit derengen Kooperation mit der SU). Die Liste der Länder und Beispiele ist endlos.
Wenn jetzt die RZ eine Kritik an den falschen'Harmonievorstellugen' vornehmen, so brauchen wir uns doch bloß selbst an die eigene Nase fassen. Wie schnell sind noch bis vor kurzem GenossInnen als 'Antikommunisten' oder gar 'Verräter' usw hingestellt worden, die die Führungen der FSLN, oder der FMLN oder des ANC hier in der Solibewegung der BRD öffentlich kritisierten. Wie oft blieb nach Rundreisen von Mitgliedern der Guerilla aus Lateinamerika der fade Eindurck zurück, die interessieren sich überhaupt nicht für uns, was wir denken, wir für Vorstellungen von Befreiung haben und wieso diese Vorstellungen und eben auch die Kämpfe hier ganz andere sind. Wieso es nicht mehr nur um Kampf gegen die NATO und den Schweine-Staat geht, sondern gegen die Herrschaft des Patriarchats, die entfremdeten Verkehrsformen in der kapitalistischen Gesellschaft usw. Daraus jetzt den RZ und uns einen Schuh zu machen und uns den 'Metropolenblickwinkel' (so die Antiimps) vorzuwerfen, dies halten wir genau für die Fortsetzung der falschen Harmonie. Hier werden wieder nicht die Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Lebens- und Kampfsituationen in der Metropole und dem Trikont klar benannt, sondern verwischt! Die RZ nennen auch einen oft ignorierten Grund für die falsche Harmonie: Eine materielle oder logistische Abhängigkeit von den befreundeten Guerillagruppen im Ausland, die sich noch mal besonders zuspitzt, wenn du dort mit ihnen zusammenkämpfst. Hier sprechen die RZ einen Punkt an, den viele militante Gruppen erleben mußten und der wiederum auch viel mit den Formen unbedingter und kritikloser Solidarität während und <u>durch</u> die KOMINTERN zu tun hat!

c) Die Antiimps schreiben im Kapitel 2.2. zu "Israel" (immer in Anführungsstrichen, genauso wie früher die Springerpresse die DDR immer mit diesem Etikett versah): "Israel als Zufluchtsort ist keine Lösung". Sie halten weiter den RZ vor, sie würden mit ihrer These - wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen - Verrat an den revolutionären Forderungen der Palästinenser begehen. Letztlich würden die RZ Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzen. Das Ganze gipfelt dann in den Vorwurf, die RZ wollen zum "Ausgangspunkt zurück: Zur bürgerlichen Bewegung".

Das ist reichlich starker Tobak, den die Antiimps hier rauchen. Bei solchen Formulierungen kommt der Eindruck hoch, als wenn hier alte Rechnungen wieder aufgetischt werden!
Die Passage über die Judenverfolgung und den Antisemitismus im Kapitel 2.2. halten wir für gefährlich vereinfachend und vor allem auch unhistorisch. Wir fragen, wo sollten und wo konnten denn die vom Nazismus verfolgten JüdInnen hin? In nahezu allen westeuropäischen Ländern wurden den jüdischen Flüchtlingen die Einreise verweigert, vor allem wenn sie keine Kohle hatten! Es gab nicht nur in Deutschland einen jahrhundertalten Antisemitismus! Israel war während des Nazi-Faschismus für die jüdischen Überlebenden mit der einzige Zufluchtsort. Das ist Fakt.
Daß die zionistischen Führer mit der jüdischen Einwanderung ihre kolonialistische Eroberung Palästinas, die Vertriebung des palästinensischen Volkes vorantrieben, wird weder von den RZ noch von anderen Linksradikalen bestritten. Wenn in dem Kritikpapier richtigerweise betont wird, daß die "zionistische Ideologie" Grundlage des Staates Israel ist und "Israel weg muß", dann wird doch damit gesagt, daß der kolonialistisch, rassistisch strukturierte (im übrigen auch gegen etliche jüdische Einwanderungsgruppen aus afrikanischen Ländern) Staat weg muß! Hier aufeinmal wird den Antiimps deutlich, daß der Staat entscheidendes Bollwerk des Imperialismus und Rassismus ist. Wieso aber wird dann weiter oben den RZ "kleinbürgerlicher Anarchismus" vorgehalten, wenn sie generell die 'revolutionäre Staatsgründung' und -eroberung infrage stellen? Wo bitte schön gibt's denn in der jüngeren Geschichte des antikolonialen Kampfes einen Staat, der nicht rassistische, patriarchale Herrschaftselemente als originäre Herrschafts-Form vorweist? Nix anderes haben doch die RZ gesagt!

d) Wenn die Antiimps behaupten, "Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes ist ein säkulares Palästina" wird zugleich damit gesagt, daß dieser Staat frei von Antisemitismus und Rassismus sein wird. "Die Religion gehört in die Kirche" haben uns verblüffend einfach die GenossInnen aus Palästina die Lösung beschrieben, wie das Zusammenleben von Jüdinnen, ChristiNNen und MohamerdanerInnen möglich sein würde. Doch stimmt sie mit dem Alltagsbewußtsein der palästinensischen Bevölkerung (und der jüdischen) überein? Die Wut, die Verzweifelung, das Alleingelassensein von den arabischen Politikern der Nachbar- und 'brudervölker' waren doch der Grund für die Begeisterung für Hussein und des Beifalls, wenn Scud-Raketen in Tel Aviv einschlugen während des Golfkrieges. Häufig werden doch die Juden mit der zionistischen Führung und Politik Israels gleichgesetzt. Die antizionistische Opposition in Israel ist vergleichbar schwach wie wir Linksradikalen in Deutschland und wird nicht wahrgenommen.
In die antimperialistische, antiwestliche Solidarität mit Hussein mischte sich doch auch eine ganz schön starke Brise Antisemitismus und Rassismus, wie er auch Bestandteil der islamischen Religion ist, richtiger gesagt der vorherrschenden Interpretation des Islam, Koran durch viele Isalmische Politiker.

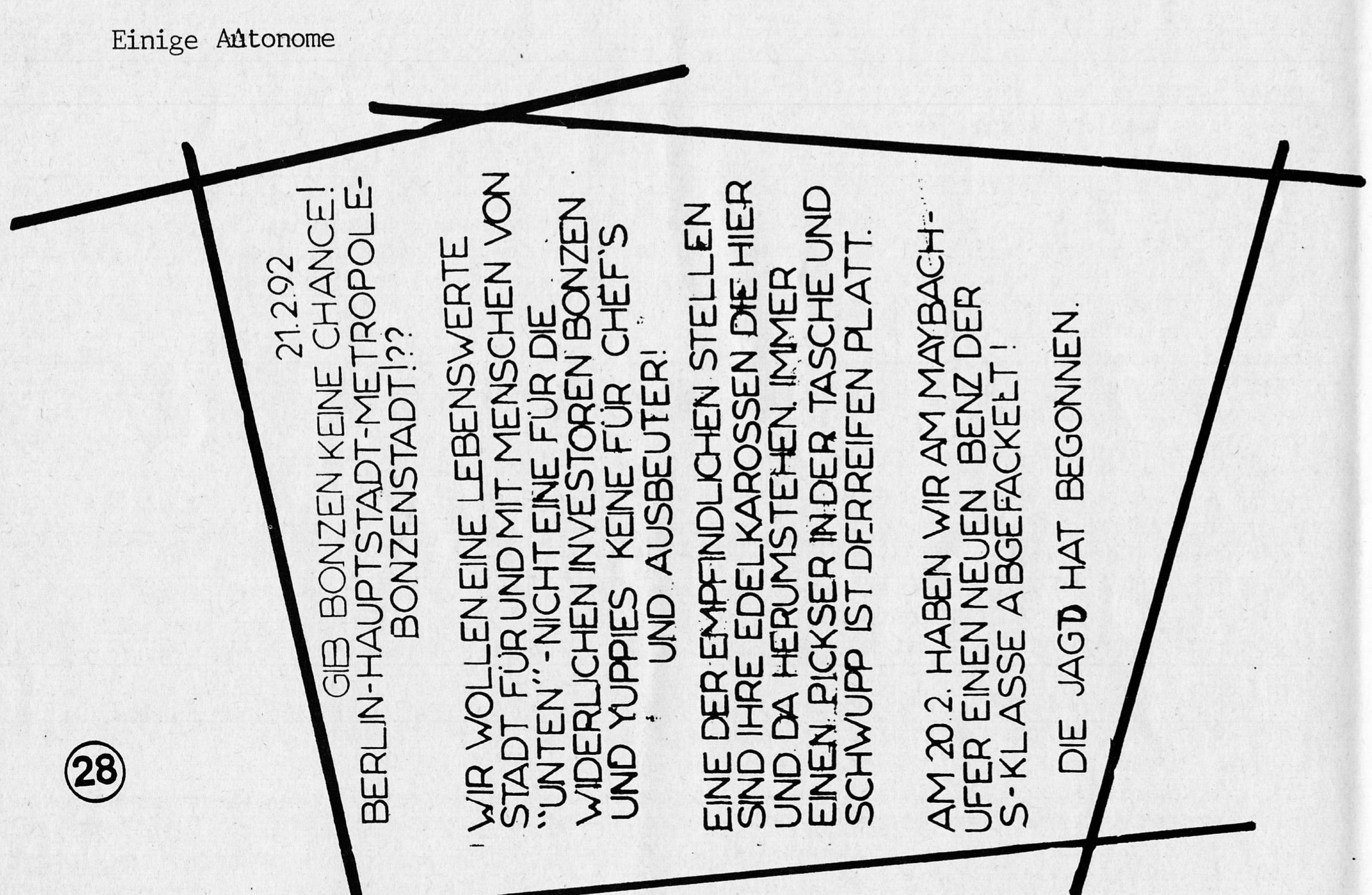
e) Wenn eine revolutionäre Lösung in Palästina möglich ist, geht das ohne erneute Vertreibung breiter Teile der jüdischen Bevölkerung? Ist nicht letztlich die Frage nach einer revolutionären Lösung für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu allererst eine Klassenfrage und nicht eine Frage der Bildung eines säkularen palästinensischen/jüdischen Staates? Wenn Kirche, Privateigentum und Patriarchat keine staatstragenden Säulen im neuen palästinensischen Staat sein sollen - hat dieser Staat angesichts der halbfeudalen arabischen Nachbardiktaturen eine politische Überlebenschance? Diese Fragen müssen wir uns doch sowohl in der Solibewegung mit Palästina (oder Nicaragua) wie auch hier für unsere Kämpfe, unsere Utopie von Befreiung der Metropole stellen!
Das Infragestellen der revolutionäre Perspektive des nationalen Befreiungskampfes durch die RZ hat doch nix mit der Aufgabe der revolutionären Zielsetzung zu tun. Die RZ sagen nur schlicht und einfach, daß Projekt Revolution weltweit ist viel komplizierter als wir es in den letzten 20 Jahren antiimperialistischer Solidari-

tät geglaubt und propagiert haben!

f) Besonders perfide finden wir in dem Text der Antiimps die Konstruktion, Gerd als Kronzeuge für ihre vernichtende Kritik an den RZ heranzuziehen.
Die RZ schreiben, daß Gerd trotz aller Kritik an ihrer aktuellen Politik und ihrer Einschätzungen zu Entebbe weiter mit ihnen zusammengearbeitet hat. Wir haben selten einen so genauen, einfühlsamen und differenzierenden Text von revolutionären Organisationen über den Umgang mit GenossInnen gelesen, die fundamentale Kritik übten. Sicherlich, es ist zu vermuten, daß im Nachhinein einiges geglättet ist und die Trauer über seinen Tod die Kritik an seiner Person abgemildert hat. Aber aus dem Text der RZ geht nicht hervor, daß zwischen ihnen und Gerd es zum offenen Bruch kam. Es gab "Antagonismen", "Zweifel", aber offenbar immer wieder solidarische Zusammenarbeit. Wie dann jetzt der tote Gerd von den Antiimps als Kronzeuge für den Beweis herangezogen werden kann, daß er in einer Organisation mitarbeitete, die "back to the roots", "zum Ausgangspunkt:zur bürgerlichen Bewegung" zurückwollte - das verstehe wer will, wir nicht!
"Die Auseinandersetzungen auf unserer Seite der Barrikade jedenfalls laufen anders ab", schreiben die Antiimps. In der Tat: Zwischen solchen Auseinandersetzungsformen, wie sie die Antiimps hier vorführen, und unseren steht eine sehr hohe Barrikade. Da bleibt gemeinsames Verstehen kaum möglich. Zumal, wenn Texte, wie die von den RZ so unterschiedlich gelesen werden - wenn sie überhaupt richtig gelesen worden sind!
Es ist einiges schief, falsch und fordert Kritik heraus bei dem Text der RZ. Aber sie dann so runterzuputzen, daß ihnen nur noch Reformismus und Bürgerlichkeit unterstellt wird, zeugt von bemerkenswertem Dogmatismus und Ignoranz!

Wir könnten noch etliches sagen, u.a. zur Problematik des "Vertrauens" in die "Gerichtsbarkeit" der Befreiungsbewegungen oder zur vermeintlichen Pflicht eines jeden Revolutionärs, sich mit den "revolutionären Gefangenen" solidarisch zu erklären, "oder sie zumindest zu grüßen" - aber das können auch andere in ihren Diskussionsbeiträgen machen. Bei uns jedenfalls hat der Text viele Denkanstöße, viel Nachdenken und Erinnern "wie gehen (und wie sind) wir eigentlich damit umgegangen" hervorgerufen - und wir glauben nicht, daß wir jetzt zum Reformismus konvertieren, nur weil wir alte Revolutionsmythen hinterfragen!

Einige Autonome



Wir fordern ein Existenzgeld und Garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen...

- eine existenzielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit,
- eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können,
- eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen; Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.

Darauf haben sich die Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut auf ihrem letzten Bundestreffen im Februar 1992 in Bremen geeinigt. Im folgenden werden wir diese Forderung begründen.

---

13 Thesen

gegen falsche Bescheidenheit und gegen das Schweigen der Ausgegrenzten

1. Die globale Lage

Der Zusammenbruch der staatlich-autoritären Planungssysteme läßt das kapitalistische System heute weltweit als "Sieger" und einzig sinnvolle Form gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen. Doch eine Tatsache ist, daß dem relativen Wohlstand weniger kapitalistischer Industrienationen Hunger und zunehmende Verelendung in den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika gegenüber stehen. Die Anhäufung unermeßlichen Reichtums für wenige basiert auf jahrhundertelanger Ausplünderung der ehemaligen Kolonien und der heutigen "3. Welt", der Ausbeutung der Lohnarbeiter, unbezahlter Reproduktionsarbeit der Frauen sowie roher Gewalt bis zur Vernichtung - seine notwendige andere Seite bilden Millionen von Verelendeten. Ausbeutung und entfremdete Arbeit sind deshalb auch heute wesentlicher Bestandteil des kapitalistischen Systems.

Doch der Kapitalismus als Weltsystem ist nicht nur unfähig, den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum gerecht zu verteilen, er zerstört darüberhinaus die natürlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Reproduktion durch seine notwendige ökologische Blindheit: die Teilrationalität einzelwirtschaftlicher Profitmaximierung entwickelt keine Rationalität für eine vernünftige Reproduktion der ganzen Gesellschaft bzw. Welt, sie zerstört blind Mensch und Natur.

2. Der Veränderungsprozeß in den westlichen Industrienationen

In den westlichen europäischen Nationen haben wir im letzten Jahrzehnt einen Prozeß gesellschaftlicher Spaltung erlebt: Politisch flankiert durch Maßnahmen neokonservativer Regierungspolitik - Rücknahme öffentlicher Investitionen, massiver Abbau sozialer Leistungen - produzierte das Kapital mit dem Einsatz neuer Technologien in Produktion und Verwaltung (Rationalisierung) eine Massenarbeitslosigkeit, die als Instrumentarium für eine Neuzusammensetzung gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion dient. Während die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt wurde, die Reallöhne sanken, die Krankheitsstände auf Kosten der Gesundheit gedrückt wurden, Mobilität und Flexibilität der Ware Arbeitskraft forciert und insbesondere die Frauen entweder in schlechtbezahlte Arbeit oder die traditionelle Rolle unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit gezwungen wurden, stiegen die Unternehmer- und Bankengewinne auf Rekordhöhen. Gleichzeitig wurden wir - die industrielle Reservearmee der Erwerbslosen - mit öffentlichen Maßnahmen (Qualifizierung, staatlicher Arbeitsmarkt) selektiert in einen verwertbaren Rand (für die rasant zunehmenden prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnisse) und für den überflüssigen Rest. Gesellschaftliche Ausgrenzung und Verarmung sind mittlerweile für immer weitere Kreise (bis zu einem Drittel) der Bevölkerung in den westlich-europäischen Industrienationen zur bitteren Realität und gegen die Beschäftigten zum effektiven Druckmittel geworden, um noch mehr Leistung, Mehrarbeit und Überstunden abzupressen.

3. Der Europäische Binnenmarkt

Auf diesem so präparierten Terrain wird uns der "Europäische Binnenmarkt 1992" als verheißungsvolle Zukunft angepriesen, "Freiheit" heißt ihr zentraler Inhalt: Freiheit für Waren, Kapital, Dienstleistungen und

Arbeitskräfte. Die Europäische Einigung verspricht uns wirtschaftlichen Aufschwung, ein noch "besseres" und "größeres" Warenangebot und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Europäische Binnenmarkt ist die Vision der wirtschaftlich und politisch Mächtigen vom Aufstieg zum führenden Wirtschaftsimperium der Welt, noch vor den USA und Japan, und die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren.

Aber die schrägen Töne in dieser harmonischen Zukunftsmelodie schrillen uns bereits in den Ohren: eine rasante Zentralisation und Konzentration von Kapital, möglichst weitgehende "Deregulation" sämtlicher Arbeitsverhältnisse, die Spaltung des Arbeitsmarktes durch selektive Massenarbeitslosigkeit und die Dynamisierung sozialstaatlicher Leistungen durch die Koppelung an die untersten Einkommensgruppen (Beispiel: Statistikmodell) bestimmen schon heute die gesellschaftliche Realität nicht nur der Bewohner der EG; der Zusammenbruch der autoritären Planungs-Systeme befreit zudem die westlichen "Frontstaaten" von ihrer ideologischen Verpflichtung, mittels sozialer Leistungen den Kapitalismus als "besseres System" zu legitimieren. Unabhängig von nationalen Grenzen und regional sehr unterschiedlich verteilt wird die Zunahme ungeschützter und mieser Arbeitsverhältnisse auf der einen Seite und die Massenarbeitslosigkeit für alle als nicht verwertbar geltenden Gruppen auf der anderen Seite zum Alltag des neuen Europa.

4. Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland

In diesem globalen Zusammenhang erleben wir seit Jahren die allmähliche Zerstörung des sozialen Sicherungssystems auch in Deutschland. Die Verarmung großer Teile der in der BRD lebenden Menschen beschleunigt und verfestigt sich. In den alten Bundesländern hat sich eine Zwei-Drittel-Gesellschaft etabliert, bedingt durch Erwerbslosigkeit und die Zunahme von ungeschützten und Teilzeit-Arbeitsverhältnissen. In den neuen Bundesländern ist durch den Kahlschlag der dort bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge mit wachsender Erwerbslosigkeit und massenhafter Verarmung zu rechnen.

Die soziale Sicherung für alle, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbsarbeit sichern können, beruht auf unterschiedlichen Systemen und Bedingungen. Das System der Arbeitslosenversicherung mußte in dem Moment versagen, in dem es gebraucht wurde und immer mehr Menschen es in Anspruch nehmen mußten. Seit Ende der 70er Jahre wurden die Anspruchsvoraussetzungen systematisch verschärft und die Leistungen drastisch verschlechtert.

Mit den "arbeitsmarktpolitischen Instrumenten" (z.B. "Qualifizierungsoffensive") der Bundesanstalt für Arbeit wird darüber hinaus der Schein erzeugt, als wäre Ursache für die Erwerbslosigkeit eine mangelnde Qualifizierung; die Schuld an der Erwerbslosigkeit liegt plötzlich an unserer "falschen" Qualifikation und unseren individuellen "handicaps" und nicht an der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Selbst wenn ein kleiner Teil tatsächlich aufgrund dieser Maßnahmen wieder dauerhaft "verwertbar" wird, so bedeuten sie für viele faktisch die weitere Abwertung ihrer Arbeitskraft und damit weitere Verarmung.

So ist der Weg in die Verelendung als eine hierarchische Rutsche aufgebaut: über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in die gesellschaftliche Ausgrenzung. Die verschiedenen Bürokratien wie Arbeitsamt, Sozialamt, Wohngeldstelle, Kindergeldstellen etc. spalten auch die "Letzten" der Gesellschaft noch in unterschiedliche Gruppen, die aufeinander herabsehen und um die armseligen Almosen konkurrieren sollen. So werden wir fein unter Kontrolle gehalten und sollen uns gegenseitig disziplinieren. Dabei ist nahezu allen diesen Formen der "Absicherung" gemeinsam, daß sie viel zu wenig gewähren, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Und sie greifen erst nach der "Bedürftigkeitsprüfung" - einer entwürdigenden Beschnüffelung, mit der die Betroffenen und ihre Familienangehörigen vorher zur Kasse gebeten werden. Dieses Verfahren hat auch zur Folge, daß Frauen (wieder) in die finanzielle und damit persönliche Abhängigkeit von Ehemännern bzw. Lebensgefährten geraten und damit viel mehr verlieren als "nur" ihre Arbeit und ihr Erwerbseinkommen.

Wir fordern die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung!

5. Die Sozialhilfe

Über vier Millionen Menschen leben derzeit in der BRD von Sozialhilfe. Obwohl im Bundessozialhilfegesetz der Anspruch formuliert ist, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, erfüllt die Sozialhilfe diese Anforderung durch zu geringe Höhe und willkürliche Vergabepraxis bei weitem nicht. Das Recht auf Sozialhilfe gilt in der Regel nur bei Nachweis der Arbeitswilligkeit und nach geprüfter Bedürftigkeit. Die Angst, das oft geringe Einkommen der Kinder oder Eltern in Anspruch nehmen zu müssen, die Scham, zu den Letzten zu gehören, die systematische Desinformation, bürokratische Hemmschwellen und oft entwürdigende Praktiken der Ämter führen dazu, daß Sozialhilfe nur von der Hälfte der Menschen in Anspruch genommen wird, die eigentlich ein Recht auf sie hätten.

Mit der Einführung des "Statistikmodells" als Berechnungsgrundlage der Sozialhilfe hat man sich vom Bedarfsprinzip verabschiedet; das Modell orientiert sich am Verbraucherverhalten der untersten Einkommensgruppen. Ohne eine Höhe zu garantieren, die tatsächlich ein menschenwürdiges Leben garantieren würde, hat die deutsche Sozialpolitik einen Schritt zur Vereinheitlichung der europäischen "Grundsicherungs"systeme geleistet. Dieses System hat durch seine Flexibilität Modellcharakter für die "soziale Sicherung" im modernen Kapitalismus, denn sein Niveau liegt "automatisch" immer unter den untersten Lohngruppen, ohne diese nach unten zu begrenzen. Im Gegenteil: es sorgt so dafür, daß für die wachsende Masse deregulierter, schlechtbezahlter Arbeitsverhältnisse immer genügend erzwungene Nachfrage existiert.

6. Unsere Forderung - und "Wer soll das bezahlen?"

Gegen diesen Prozeß der Neuorganisation des Arbeitsmarktes, der Deregulierung und Zerstörung sozialer Garantien und der Verarmung und gesellschaftlichen Ausgrenzung stellen wir unsere Forderung nach einem Existenzgeld und Mindesteinkommen - in Höhe von mindestens DM 1.200.-- plus Miete, Mietnebenkosten und Urlaubsgeld,

- weil wir über die Sicherung der rein physischen Existenz hinaus teilhaben wollen an Kultur, Bildung, Sport und sozialer Kommunikation,
- damit Armut uns nicht weiter an der Organisierung unserer Interessen hindern kann,
- damit wir frei sind von dem Zwang, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen zu müssen.

Mit dieser Forderung befinden wir uns im Einklang mit den Sozialhilfeinitiativen, die diesen Betrag auf der Basis des Warenkorbes der Sozialhilfe und nach dem tatsächlichen Bedarf errechnet haben. Dieser Betrag muß laufend nicht nur an die Kostensteigerungen, sondern auch an das reale Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums angepaßt werden. Der Betrag darf nicht pfändbar sein.

Niemand soll uns erzählen, daß dafür kein Geld vorhanden ist! Mit ungläubigem Staunen haben wir zur Kenntnis genommen, daß für die "Wiedervereinigung" in nullkommanichts Milliarden aus dem Boden gestampft wurden, nachdem uns vorher in den gesamten 80er Jahren erzählt wurde, daß für die Bekämpfung der

Erwerbslosigkeit und die soziale Sicherung kein Geld da wäre; auf einmal war die Staatsverschuldung kein Problem mehr. Für Unsinnsprojekte wie die Hauptstadtverlegung werden mal eben 50 Milliarden locker gemacht.

Weiterhin wird das Geld in Milliardenhöhe für eine Rüstung verpulvert, die heute nur noch ihren Sinn darin haben kann, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und ihre strategischen Rohstoffquellen gegen die "Dritte Welt" und die weltweite Armuts- und Flüchtlingsbewegung zu verteidigen.

Auf fast 800 Milliarden beläuft sich die Summe, die von den Unternehmen nicht wieder in ihre Betriebe investiert, sondern für weltweite Finanzspekulationen verwendet worden ist.

Aber wir wollen nicht nur vom Geld reden. Wieviel Reichtum verschwendet diese Gesellschaft in der Produktion von völlig überflüssigen Gütern, Verpackungen und vergänglichem Ramsch, die dazu noch unnötig die Umwelt belasten? Wieviel durch eine unvernünftige Arbeitsorganisation, die zudem die Menschen noch körperlich und geistig krank macht, wo schon heute alle Erwerbsfähigen nur noch die Hälfte der Zeit zu arbeiten brauchten, um den gleichen Standard zu halten?

Wir wollen ein Existenzgeld und Mindesteinkommen auch nicht nur als Geldleistung; uns geht es auch um weitere Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens. Dazu gehören: selbstbestimmtes Wohnen in gesunder Umwelt, eine vernünftige, kostenfreie Gesundheitsversorgung, kulturelle Betätigung und Bildung, Nulltarif in allen öffentlichen Einrichtungen, kostenlose und umfassende Kinderbetreuung, gesundes und kostenloses Essen in öffentlichen Mensen, Werkstattbörsen usw.

7. Die gesellschaftliche Organisation der Arbeit

Das Existenzrecht eines jeden Menschen aufgrund seines Daseins, unabhängig von seiner Verwertbarkeit auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt, ist eine zentrale Begründung für die Forderung nach Existenzgeld und Mindesteinkommen. Aber die Auszahlung soll keine "Frühverrentung" der Überflüssigen bedeuten und nicht etwa unsere gesellschaftliche Ausgrenzung sogar noch bestätigen und verfestigen. Zudem würde ein "reines" Existenzgeld den Anspruch auf Veränderung der Arbeit durch den Verzicht auf die strategischen Orte ihrer Organisation - die Fabriken und Büros - aufgegeben: alle Menschen, die noch Kritik an ihr hätten, wären eben dort nicht mehr anwesend.

Wir wollen vielmehr die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird, verändern, denn daran hängen neben der Erwerbslosigkeit auch alle anderen Probleme wie das Verhältnis zur sogenannten 3. Welt, die Umweltzerstörung, die Sinnentleerung im Konsum etc. Weil im Grunde klar ist, daß in jeder Gesellschaft gearbeitet werden muß (das gilt auch für alle konkreten Utopien), um die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigen zu können, geben wir auch den Anspruch nicht auf, diese Arbeit gemeinsam mit allen Menschen selbst zu organisieren. In unserer Forderung nach Existenzgeld ist deshalb die nach gesellschaftlicher Aneignung der Arbeit enthalten.

8. Das Bedürfnis nach Arbeit und das Recht auf Arbeit

In der gegenwärtigen Gesellschaft läuft in der Tat die Vergesellschaftung der Menschen fast ausschließlich über die Erwerbsarbeit; wir haben die Erfahrung machen müssen, wie stark das "Bedürfnis" nach Arbeit bei erzwungener Erwerbslosigkeit werden kann und wie weit nicht nur der soziale und ökonomische Wert des Menschen allein über Lohnarbeit bestimmt wird.

Wir fordern aber eine Existenzberechtigung jenseits des Leistungsprinzips und der Verwertung auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Antwort kann deshalb nicht die Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" sein, denn in dieser Forderung können wir unsere Kritik an der herrschenden Arbeitsorganisation nicht wiederfinden. Das Existenzgeld darf deshalb aber keine reine "Geldforderung" bleiben, die die herrschende Aufteilung zwischen "Arbeit = Streß, Quälerei, Entsagung" und "Freizeit = Konsum mit allen negativen Folgen" nur noch bekräftigt. Existenzgeld bedeutet für uns - mit seinem Anspruch auf Veränderung der Arbeit - auch eine konkrete Utopie, die eine individuelle Lebensplanung ohne Gelddruck, Bürokratie und Arbeitszwang verspricht und damit "Selbstverwirklichung" in allen verschiedenen Lebensphasen: in gesellschaftlich notwendiger Arbeit, bei Erholung und schöpferischer Tätigkeit sowie durch eine Bildung, die die Voraussetzung schafft, damit alle gleichberechtigt und kompetent an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilnehmen können.

9. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit

Zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehören die Erziehungs- und Hausarbeit, die Arbeit in Initiativen, Nachbarschaftshilfe, kulturelle Arbeit, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Beratung - zur Vergesellschaftung von unten gegen Ausgrenzung. All dies ist für uns gesellschaftlich notwendige, politische und kulturelle Tätigkeit. Existenzgeld bedeutet für uns die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung all dieser Arbeiten. Wir wollen diese Arbeiten aber nicht auch noch in "Lohnarbeitsverhältnisse" zwingen und womöglich damit ihre geschlechtsspezifische Verteilung festschreiben. Ein Existenzgeld soll im Gegenteil erst die materielle Voraussetzung und damit die praktische Möglichkeit schaffen, ihre Verteilung gerecht zu organisieren, d.h. vor allem die Frauen aus ihrer Unterdrückung und Ausbeutung in der unbezahlten Haus- und Erziehungsarbeit zu befreien. Doch deshalb gehört zur Existenzgeldforderung für diese beiden Seiten der gesellschaftlichen Arbeit - a) der "normale" Produktions- und Dienstleistungsbetrieb und b) die gesamte "private" Reproduktionsarbeit - die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung untrennbar dazu, damit der Anspruch auf gerechte Verteilung für alle gelten kann.

10. Die Situation der Frauen

Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen ist älter als die moderne kapitalistische Gesellschaft. Diese konnte vielmehr das historisch bestehende patriarchalische Verhältnis zwischen Männern und Frauen "dankbar" aufgreifen (wenn sie sich nicht sogar ihm verdankt) und für ihre Zwecke der Profitmaximierung jeweils anpassen und regulieren: je nach konjunktureller Erfordernis werden wir in den Arbeitsmarkt integriert oder ausgestoßen (Kriegsproduktion, Arbeitskräfte"mangel" oder Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, spezifisch "weibliche Qualifikationen"...), wobei wir immer die schlechteren Arbeiten, die niedrigeren Löhne für die gleiche Arbeit bekommen. Diese Ungleichbehandlung hat weitreichende Konsequenzen für den Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Renten: für die Frauen sind die Beträge entsprechend niedriger. Zugleich müssen viele Frauen die gesamte Reproduktionsarbeit (Haus- und Erziehungsarbeit) tragen.

Ein Existenzgeld, öffentliche Kinderbetreuung und Pflege, aber auch das Angebot von vernünftig bezahlten Teilzeitstellen - und zwar in allen Berufsgruppen - erspart uns nicht den Kampf für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten und gegen die täglichen Herabsetzungen. Aber es würde für uns die Voraussetzungen schaffen, ungerechte Bedingungen zurückweisen zu können. Und für die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden unter uns würde es ein dauerhaftes Abgleiten in die Sozialhilfe und Ausgrenzung verhindern.

Die Forderung nach einem Existenzgeld ist für uns zwar nicht die allein-glücklichmachende, aber ein erster Schritt, unsere Lebensentwürfe eigenständig - und ohne auf das Geld der Männer angewiesen zu sein - verwirklichen zu können.

11. Das Verhältnis zu den Beschäftigten

Unsere Forderung nach Existenzgeld und Mindesteinkommen verstehen wir auch als ein solidarisches Angebot für ein gemeinsames Projekt mit allen Beschäftigten, die schließlich tatsächlich diejenigen sind, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, von dem das Existenzgeld bezahlt werden muß. Dafür schützt ein ausreichendes Mindesteinkommen die Beschäftigten und die Gewerkschaften davor, daß wir als Lohndrücker und Streikbrecher gegen ihre Kämpfe eingesetzt werden - im Gegenteil: so können wir sie aktiv unterstützen. Wir können uns gemeinsam für eine vernünftigere Organisation der Arbeit einsetzen und schaffen die Möglichkeit, "Nein" zu sagen gegenüber miesen Beschäftigungsverhältnissen, umweltzerstörender Arbeit und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen. Denn der scheinbare Gegensatz zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten ist durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt praktisch längst zur Fiktion geworden: so wie sehr viele Erwerbslose, Sozialhilfeempfänger und Frauen gezwungen sind, nebenbei in schlechtbezahlten (Teilzeit)-Jobs zu malochen, damit es zum Leben langt, erleben viele Angestellte und Arbeiter die Wechselbäder zwischen zeitweiliger Erwerbslosigkeit und Überstundenkloppereï als ständige Bedrohung. Obwohl wir gleiche Interessen haben, werden wir so gegeneinander ausgespielt. Mit dem Existenzgeld wäre den Unternehmern dieses disziplinierende Instrument aus der Hand genommen, das Wertesystem von anerkannter Lohnarbeit und nicht anerkannten anderen Tätigkeiten wäre in Frage gestellt und die Spaltung in Beschäftigte und Erwerbslose ebenso wie die innerhalb des unteren Drittels aufgehoben.

Aber deshalb spielt die Höhe des Existenzgeldes auch eine entscheidende Rolle: nur wenn es hoch genug ist, kann es diese Funktion eines effektiven Mindestlohns auch übernehmen.

12. Das Verhältnis zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern

Als ausgezahlte Geldleistung aus dem in den Metropolen aufgehäuften Reichtum hat das Existenzgeld die bestehende Weltwirtschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder zur Voraussetzung. Doch wenn wir deshalb diese Forderung nicht erheben, verändert sich an diesem Verhältnis gar nichts. Kein Mensch würde dadurch einen Pfennig mehr bekommen als vorher, weil wir gar nicht die Macht über die herrschenden Produktions- und Verteilungsmechanismen dieser Gesellschaft besitzen. Dieser Widerspruch - nämlich die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und gleichzeitig Forderungen auf ihrer Grundlage zu formulieren - ist uns bewußt. Die Forderung nach Existenzgeld will aber gleichzeitig darüber hinausweisen, nämlich auf einen Entwurf einer politischen und sozialen Utopie von Emanzipation und Befreiung von Herrschaft.

Wir sehen, daß die relative ökonomische Stabilität und der Reichtum der europäischen Nationen immer mehr zur Anziehungskraft für die verarmten und verfolgten Massen Osteuropas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas wird. Schon beschwören die Medien das Bild einer gewaltigen Flüchtlings- und Migrationswelle herauf, die über Europa zu schwappen droht. Auch die ehemaligen Auswanderungsländer wie Italien, Spanien, Griechenland sind mittlerweile zu Einwandererländern für Afrika und den Nahen und Mittleren Osten geworden. Daran wird deutlich, daß Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung ein weltweites Problem darstellen, gleichzeitig aber immer relative Verhältnisse sind, d.h. sie sind immer auf den Reichtum und den Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft bezogen. Doch selbst "bei uns" in den Metropolen sind sie deshalb das Phänomen, das eine unmittelbare Beziehung zu den Problemen der "3. Welt" hat. Denn Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung stellen die herrschende Art und Weise der Produktion und Verteilung des Reichtums weltweit in Frage. Und so muß es uns hier darum gehen, diese Verhältnisse anzuklagen - als dieselbe Ursache für sehr unterschiedliche Auswirkungen in den verschiedenen Teilen der Welt.

13. Die Flüchtlings- und Migrationsbewegung nach Europa

In diesem Zusammenhang begreifen wir die internationale Flüchtlings- und Migrationsbewegung aber auch als eine praktische Bewegung für das Recht auf Einkommen und eine menschenwürdige Existenz. Deshalb gilt die Forderung nach Existenzgeld für alle hier lebenden Menschen, egal welcher Nationalität sie angehören und unabhängig vom Aufenthaltsstatus - und sie sollte in allen Ländern erhoben werden. Ein Existenzgeld und Mindesteinkommen bietet eine materielle Voraussetzung dafür, daß alle Menschen solidarisch miteinander leben können; es baut in die Gesellschaft einen Schutz gegen Konkurrenz um schlechtbezahlte Arbeit und geringes Einkommen ein und schafft so zumindest die materiellen Gründe dafür aus der Welt, daß die Schuld für Existenzängste den Ausländern in die Schuhe geschoben werden kann.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es damit keineswegs getan ist. Denn es sind offensichtlich gar nicht hauptsächlich die Armen und Ausgegrenzten selbst, die rassistisch argumentieren oder handeln. Aber ihre Situation dient als Aufhänger für derartige Denk- und Handlungsmuster. Vielmehr haben die jüngsten Ausschreitungen gezeigt, daß die aktiven Schläger/Mitglieder der rassistischen Gruppen eher aus "geordneten Verhältnissen" stammen und vor allem die "Zuschauer" und "Beifallklatscher" ganz "normale Bürger" sind. Nicht unbedingt die eigene unmittelbare Verarmung und Ausgrenzung, sondern diffuse Bedrohungsgefühle und die Bereitschaft zur "Verteidigung des Besitzstands" prägen offenbar das aktuelle rassistische Potential. Die "Rechtfertigungen" und damit auch auslösende Gründe für die Angriffe auf Ausländer und die Beifallskundgebungen lieferten der Staat und seine Politiker im Voraus: selbst angesichts andauernder Pogrome überbieten sie sich im Wetteifern um immer neue Initiativen gegen den angeblichen Asylmißbrauch und schüren damit weiterhin das rassistische Potential. Sie brauchen es als Legitimation für ihre zukünftige europäische Politik der kontrollierten und flexiblen Öffnung der Grenzen: "überflüssige Esser" werden abgewiesen, Arbeitskräfte, die den jeweiligen Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes entsprechen, werden hereingelassen.

*

Unsere Forderungen gehen vor diesem Hintergrund über eine einfache "Auszahlung" und die Aufwertung von Tätigkeiten außerhalb von Lohnarbeit hinaus. Unsere Forderung nach einem Existenzgeld begründet sich auch aus unserer Kritik an den herrschenden Lohnarbeitsbedingungen und verweist zugleich auf die konkrete Utopie eines menschenwürdigen Daseins.

Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Bremen, im Februar 1992

V.i.S.d.P: Michael Bättig
Arbeitslosenselbsthilfe
Oldenburg e.V.
Kaiserstr. 19
W-2900 Oldenburg
Tel: 0441/16313

Küss den Boden der Freiheit



Die Bezeichnung *Neue Linke* tauchte in der Bundesrepublik erstmals Anfang der 60er Jahre in den Diskussionen um das Selbstverständnis des Sozialistischen Deutschen Studenten Bundes (SDS) auf. Die vormals sozialdemokratische Studentenorganisation begriff sich als Teil einer internationalen Bewegung in den kapitalistischen Metropolen.

Die *Neue Linke* orientierte sich in den ersten Jahren primär auf Studenten. Intellektuelle und junge Funktionäre der traditionellen Arbeiterorganisationen, die weder dem autoritären Staatskonzept der stalinistischen Parteien noch den Integrationsbestrebungen der Sozialdemokratie in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften anhingen, sondern sich als linke Bewegung mit aufgelockerten Organisationsstrukturen zusammenfinden sollten. Die Proteste gegen den Krieg in Vietnam, die Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 führten in der Folgezeit jedoch zu einer politischen Radikalisierung. Parallel zur Phase der marxistisch-leninistischen Parteiengründungen und gegen deren Rückfall in längst überwundenen Partei und Staatskonzeptionen versuchte die *Neue Linke* zu Beginn der siebziger Jahre sich als eigenständige Bewegung zu formieren. Die Ausweitung zu einer radikalen, außerparlamentarischen Opposition unter Lehrlingen, JungarbeiterInnen und SchülerInnen und nicht zuletzt die von ArbeitsmigrantInnen getragene Streikbewegung in den Betrieben machten deutlich, daß die Opposition nicht auf den universitären Bereich beschränkt war. Soziale Kämpfe im Produktions- wie im Reproduktionsbereich, Streiks und Hauserkämpfe, der Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren gehörten ebenso zu den politischen Bezugspunkten und Aktivitäten der *Neuen Linken* wie die Solidarität mit den antikolonialen Befreiungsbewegungen und der Widerstand gegen die staatliche Repression in den Metropolen.

Als Ende der siebziger Jahre die *Neue Linke* als politische Bewegung aufhörte zu existieren, blieben von ihr die atomisierten Intellektuellen übrig, die, sofern sie nicht resignierten oder sich den folgenden sozialen Bewegungen anschlossen, im Gestus "kritischer Kritiker" den realen Herrschaftsprozeß verfolgten, ohne ihre Kritik weiterhin in die Perspektive einer sozialen Umwälzung zu stellen. Vorläufiger Endpunkt der Entwicklung eines Teils der Linken, der dann während des "Kriegs am Golf" sein kriegslüsterndes coming out feierte, gehörte fast ausnahmslos einmal der Bewegung an, die sich *Neue Linke* nannte. Die demagogischen Tiraden gegen die Kritiker der imperialistischen Golfkriegspolitik und die staatsmännisch vorgetragene Propaganda des vermeintlich geringeren Übels sind dabei nicht als Ausrutscher zu bagatellisieren. Vielmehr liefern sie das Vorzeichen für die intellektuellen Geschütze, mit denen im wiedererstarkten Deutschland antimilitaristische und antiimperialistische Bewegungen künftig eingeschüchtert und bekämpft werden sollen.

Unter diesen Vorzeichen sehen sich die Reste der radikalen Linken gegenwärtig mit der anstrengenden Tatsache konfrontiert, neben der politischen Arbeit, der praktischen Kritik der schlechten Realität im Kapitalismus, auch deren theoretische Reflexion und Kritik organisieren zu müssen. Dazu gehört, sich des intellektuellen Potentials zu vergewissern, das die radikale Infragestellung der Verhältnisse in der BRD früher kennzeichnete.



Die von der heutigen *diskus*-Redaktion zusammengestellte Textsammlung will einen Anstoß in diese Richtung geben. Dabei handelt es sich um mehr als eine Dokumentation aus der – zur Zeit immer noch bedeutendsten und überregional verbreiteten – Studentenzeitung anläßlich ihres vierzigjährigen Jubiläums. Die Texte aus den fünfziger und sechziger Jahren wurden unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, Aufschluß über die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und die Radikalisierung der außerparlamentarischen Opposition zu geben. Die Mehrzahl der Beiträge aus den siebziger und achtziger Jahren sind dem engeren Kontext der *Neuen Linken* als politische Bewegung zuzurechnen, ihre Autorinnen und Autoren verstanden sich selbst meist als Teil der Bewegung.

Die Texte wurden unter neun Themenblöcken zusammengestellt und mit ausführlichen Einleitungen der HerausgeberInnen versehen, um den historischen Zusammenhang ersichtlich zu machen. Dadurch soll ein kritikloses Anknüpfen an ihre Position vermieden, aber auch die historische Aktualität der Debatten aufgezeigt werden.

Küss den Boden der Freiheit - diskus-Texte der Neuen Linken ist ein Theorie-Lesebuch gegen das stromlinienförmige Denken und die feuilletonistische Vergangenheitsbewältigung selbstgenügsamer (Neu) Links-Intellektueller.

diskus – Texte der Neuen Linken

Texte 1951-1968

I. Intellektuelle und Engagement

Max Horkheimer, Über akademische Freiheit (1953); *Hans Heinz Holz*, Ausbruch aus dem Elfenbeinturm (1965) u.a.

II. Kultur als Revolte

Alfred Schmidt/Ror Wolf, Peter Weiss oder die Nacktheit der Dinge (1963); *Elisabeth Lenk*, Die Aporien des Herrn Enzensberger (1964); *Karl Riha* Revolution als Gesellschaftsspiel (1966) u.a.

III. Moral und Politik

Barrington Moore Jr., Das Exempel Vietnam (1965); *Ulrich Sonnemann*, Der schnelle Tod und die Kommilitonen (1967); *Antonia Grunenberg*, Notstand der Opposition (1968); *Helmut Dahmer*, Die sowjetische Intervention in der CSSR (1968) u.a.

Texte 1970-1987

I. Analysen und Theorien

Johannes Agnoli, Die Gastarbeiter und die Reservearmee im Spätkapitalismus (1972); *Eva Braun*, Zur Rolle der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft (1973); *Wolfgang Trakl*, Arbeiter und Kleinbürger (1974), *Herbert Marcuse*, Bemerkungen zum Verhältnis von Theorie und Praxis (1975); *Hans-Jürgen Krahl*, Rede auf einem Teach-In (1975) u.a.

II. Imperialismus und Internationale

Brigitte Heinrich, Chile-BRD: Praktischer Internationalismus (1974); *Detlev Claussen*, Das Lehrstück Vietnam (1975); *Rossana Rossanda*, Portugal und die europäische Linke (1975); *Linke Liste*, Der neue humanistische Mythos des Internationalismus (1979) u.a.

III. Strategien und Taktiken

Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl, Organisationsreferat (1980); *Rote Armee Fraktion*, Metropole Bundesrepublik: Stadtguerilla – Legalität und Illegalität (1971); *Revolutionärer Kampf (Frankfurt)*, Betriebsarbeit (1973); *Frauen-Kollektiv*, Der Hauptwiderspruch ist tot! (1976); *Karl-Heinz Roth*, Der 2. Juni 1967: 10 Jahre danach (1977) u.a.

IV. Tendenzen im Rechtsstaat

Peter Brückner, Zum Tod von Holger Meins und Günther von Drenkmann und der Krise der Linken. Interview (1975); *Ernst Bloch*, Offener Brief (1975); *Sebastian Cobler*, Gesinnungstäterschaft (1977) u.a.

V. Hochschulrevolte und Hochschulreform

Karl-Heinz Roth, Pfeif' auf die Karriere (1976), *Alex*, Hauts die Uni zamm! (1978); *Hermann Kocyba*, Die Entsubstantialisierung der Kritik (1980) u.a.

VI. Vergangenheit und Gegenwart

Ingeborg Maus, Existierten zwei Nationalismen (1971), *Moishe Postone*, Antisemitismus und Nationalsozialismus (1979); *Ulrich Sonnemann*, Geschichte als Flucht vor ihr (1987) u.a.

Die in Klammern angegebenen Jahreszahlen beziehen sich auf die Erstveröffentlichung in der Zeitschrift *diskus*.



Redaktion diskus (Hg.)

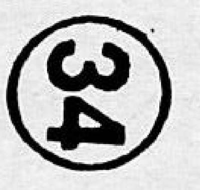
Küss den Boden der Freiheit

diskus - Texte der Neuen Linken

460 Seiten (!), 29.80 DM

ISBN: 3-89408-017-5

erscheint im Februar



ES GEHT UM DIE BEDINGUNGEN IM KNAST UND DIE ZUKUNFT REVOLUTIONÄRER POLITIK

einige gedanken zur möglichen freilassung von gefangenen

die auseinandersetzung um die freilassungskampagne und eine notwendige antwort von unserer seite ist noch zu sehr auf den pol knastkampf/ bedingungen konzentriert. vielleicht geht uns dabei die gesamte dimension des geplanten politischen angriffs verloren. wir begreifen die jetzige debatte als teil eines ganzen plans, ein neuer versuch, um rev. politik in den metropolen zu isolieren und zu zerschlagen.
es wird immer wieder versucht durch neu aufgelegte kampagnen, zuletzt 89 die amnestiekampagne nach dem hs, den bewaffneten kampf für gescheitert zu erklären. dies geschieht immer dann, wenn sich aus den erfahrungen und der entwicklung des revolutionären prozesses und/ oder der besonderen historischen situation für uns sich konsequenzen betreffs zielen, strategien, organisierung des rev. kampfes ergeben könnten.
aktuell hat das eine andere qualität:

eine neue dimension abgestimmter sicherheitspolitik: die koordinierungsgruppe terrorismusbekämpfung (kgt)
hinter der freilassungskampagne der sicherheitsapperate steht im gegensatz zu früheren einzelinitiativen z.b. des vs nun eine neu geschaffene struktur, die kgt. da wurde diese sache beschlossen und mit dieser politischen rückendeckung auf politischer ebene eingebracht!
die kgt ist faktisch eine verschmelzung von geheimdiensten, bullen und justiz. eine zusammenarbeit zwischen diesen vereinen hat es schon immer gegeben, jetzt aber wieder neu in dieser dauerhaften form und dimension.
die innenministerkonferenz beschloß im mai 91 diesen institutionellen zusammenschluß von bka, generalbundesanwalt, vs und vertretern der bundesländer. mit der kgt wurde so ein zentraler rahmen geschaffen, in dem schon zuvor beschlossene gesetze jetzt erst richtig zur wirkung kommen können (neue poliziegesetze wie in bawü, kronzeugengesetz, neue aufgaben für den bgs, gesetz zur organisierten kriminalität, zusammenarbeitsgesetz für bullen und geheimdienste usw.)
die schaffung der kgt war also keine spontane antwort auf den rohwedder-anschlag, obwohl sich bonner politiker schwere vorwürfe von spitzenvertretern der wirtschaft anhören mußten, denen die muffe ging angesichts ihrer gefährdung und der erfolglosen fahndungen, was sicher auch zu diesem schritt in der aufstandsbekämpfung beigetragen hat.
wesentliche grundlagen der kgt- konzeption als dauereinrichtung sind die erfahrungen der krisenstäbe in sog. notfällen, wie z.b. der deutsche herbst 77. das ganze ist eine zusammenballung von macht, die fast lautlos über die bühne geht. einerseits ist es eine art legitimation des alltäglichen notstands aber auch eine verschärfung:
auf praktischer ebene sind die aufgaben der kgt folgende:
* auswertung, zusammenfassung und bewertung sämtlicher karteien und erkenntnisse bundesdeutscher sicherheitsbehörden
* laufend die öffentlichkeit und die medien beeinflussen
* unter hinzuziehung von justizorganen die haftsituation zu reflektieren und zu beeinflussen
* grundsätze einheitlicher operativer arbeit aller sicherheitsorgane zu entwickeln und umzusetzen. dazu gehört z.b. der einsatz verdeckter ermittler, bundesweite polizeiliche beobachtung usw. und neue fahndungs- und aufklärungsmethoden zu entwickeln.
* verbesserte internationale zusammenarbeit
auf politischer ebene: die einstimmige zustimmung der länder- und bundesinnenminister zur kgt wird als garantie interpretiert, daß es bei der umsetzung von kgt-beschlüssen eine gewisse verbindlichkeit gibt unabhängig von den bestehenden zuständigkeitsregelungen.
aber was viel wichtiger ist, daß eine mögliche freilassung von haftunfähigen nur ein teil eines pakets von zersetzungsmaßnahmen ist. im zentrum der überlegungen stehen die gefangenen, aber die auswirkungen sollen weit darüber hinaus gehen.
die richtigen forderungen nach freier kommunikation drinnen und nach draußen, die zl-forderung in große gruppen für deren durchsetzung wir auch weiterhin kämpfen, werden möglicherweise mit psydoangeboten unterlaufen. das "dialogangebot" unter den gefangenen, eine kontrollierte auseinandersetzung mit der öffentlichkeit z.b über zeitungsinterviews oder eine schrittweise zl von kleinen gruppen in ihrem sinne wird nur bis an die grenze gehen, wo es für die herrschenden politischen nutzen bringt.

wir teilen die einschätzung nicht, daß "fraktionen im apperat kapieren, das in der frage dieser gefangenen (haftunfähige) eine lösung her muß". die herrschenden können die widersprüche, die aus der folter in den knästen entstehen, nicht loswerden. aber sie werden versuchen dies offensiv zur zersetzung revolutionärer politik insgesamt zu wenden.
es wird vielleicht eine aufarbeitung der geschichte des bewaffneten kampfs zugelassen, aber mit dem ziel der desoreintierung und im endeffekt der liquidierung dieser politischen perspektive.
es geht konkret auch um den versuch den zusammenhalt unter den gefangenen zu zerstören durch differenzierung und individualisierung. dabei kann die forderung des staats abzuschwören auch ergänzt/ ersetzt werden durch subtilere formen.
um mißverständnisse zu vermeiden: die aufarbeitung als teil der neubestimmung rev. politik ist notwendig und kann wichtige impulse bringen. darin sollten persönliche entscheidungen akzeptiert werden. es geht

um eine offenheit und genauigkeit inder auseinandersetzung.
das ziel der zersetzung bricht an der geschlossenheit der gefangenen sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, ist aber auch unsere verantwortung draußen, was heißt genauere einschätzungen, eigene positionen entwickeln, um für die konkrete durchsetzung der forderungen in einer sich verändernden situation kämpfen zu können.

das paket der zersetzungsmaßnahmen, bewußt mit dem liberalen mäntelchen "entspannung" und "humanität" verschleiert, beinhaltet aber auch harte maßnahmen gegen sog. "unbelehrbaren" gefangene und den versuch, sie noch weiter zu isolieren.
daß sie jetzt mit diesem "angebot" kommen soll auch der links- liberalen öffentlichkeit sand in die augen streuen in bezug auf die funktion und dimension der kgt und die weitere entpolitisierung der auseinandersetzung mit den gefangenen vorantreiben.
das wird begleitet durch eine härtere kriminalisierung hauptsächlich der frauen und männer, die versuchen die momentane situation durch eine veränderte rev. politik zu durchbrechen und darin auch weiterhin die auseinandersetzung mit den gefangenen brauchen und wollen.

theaterdonner
die scheinauseinandersetzung um "politische" fraktion und "beton"fraktion im staatsschutzapperat und die verschiebung des kräfteverhältnisses zu gunsten der "politischen" linie ist zwar teil von bestehenden widersprüchen, sind aber im zusammenhang mit der kgt nochmal anders zu sehen. genau in so einem rahmen wie der kgt wird diskutiert, welche linien innerhalb eines gesamtpolitischen rahmens gerade zweckmäßig erscheinen. es geht also um eine bündelung, eine art arbeitsteilung und um ein reibungsloseres zusammenwirken dieser beiden konzepte.
im diesem zusammenhang ist die konstruktion von dem kronzeugen nonne auch kein widerspruch. die "betonfraktion", vor allem bei der baw, als buhmann und als permanente drohung im hintergrund zu haben, ist die eine seite. aber das lügengebilde hat nicht die funktion die mögliche freilassung und damit das gesamte paket zu torpedieren, sondern soll eine ergänzung in richtung kronzeugenregelung durchsetzen. der sog. fahndungserfolg war von vorneherein beschränkt auf den kronzeugeneinsatz bei einem prozeß, d.h. als konstrukt jemanden eine aktion zuzuorden. gleichzeitig ist er rechtfertigung für eine präventive durchleuchtung und einschüchterung unserer politischen strukturen.
im weiteren teilen wir die einschätzungen, die es dazu von der raf gibt, denken aber, daß das ganze zusammengehört und nicht widersprüchlich ist. der schwerpunkt dieser politik ist der versuch der guerilla und den gesamten revolutionären kämpfen das wasser abzugraben. wir unterschätzen nicht die bedeutung der initiativen für zl und freilassung, denken aber, das weder dies noch die erfolgslosigkeit bei der fahndung den wirklichen druck für die herrschenden ausmacht jetzt so vorzugehen.



Fete حفلة

arabische und internationale Musik

im Syndikat, Weisestr. 56, 1-44



Eintritt: 2 DM

Überschüsse an: Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Syrien

möglichkeiten revolutionärer politik oder konkretisieren wir, was das wasserabgraben für guerilla und rev. kämpfe jetzt bedeutet.
es geht nicht nur um längerfristig gedachte aufstandsbekämpfung, daß sich kämpfe irgendwann in den nächsten jahren zuspitzen werden und das die guerilla und andere möglichkeiten von militanten kämpfen aus den köpfen der frauen und männer ausgelöscht werden sollen.
während wir nach möglichkeiten und perspektiven suchen, haben die herrschenden angst, das ihre laufenden projekte gestört und blockiert werden können. denn diese projekte beinhalten sozialen sprengstoff, der in verbindung mit rev. perspektive und praxis das märchen vom sieg des kapitalismus in die luft sprengen würde.
dieses jahr ist ein ziemlich wichtiges:
*eine propagandistische vermarktung des eg- binnenmarkts 93 erfordert ruhe im hinterland. hinzu kommen die 500 jahrfeiern/ anticonquista und der weltwirtschaftsgipfel in münchen, der teil der stoßrichtung der imperialistenist, die über den binnenmarkt 93 hinausgeht.
ein schwerpunkt ist die weitere zersetzung und verwertung von teilen osteuropas und der su. in einer sich verändernden globalen "weltordnung" wird sich aber auch die soziale lage in deutschland zuspitzen. das erklärte ziel,die arbeit billiger zumachen und die ausbeutung zu steigern wird durch schüren des sexismuus und der rassismen und durch faschistische tendenzen zu einem explosiven gemisch: das gilt für hier, aber auch für eine imperialistische expansion deutschlands oder der eg.
darin gilt es zu handeln!

wie sich aber jetzt konkret zur"freilassungskampagne" verhalten?
das ganze paket und darin auch die entlassung von haftunfähigen ist eine möglichkeit! kann aber durch äu ßere faktoren sich verändern, verzögern oder garnicht eintreten. so ist es weiterhin wichtig darum zu kämpfen, das alle haftunfähigen rauskommen und auch für die zl/ freilassung zu kämpfen. es gilt mit den gefangenen zusammen konkrete forderungen zu entwickeln, um mögliche winkelzüge der herrschenden (z.b. verstärkter einfluß auf die zusammensetzung möglicher gefangenen-gruppen) zu verhindern.
ohne diese konkreten aufgaben zu vernachlässigen muß endlich die neu-bestimmung rev. politik und die eigene praxis mehr gewicht bekommen. darin können wir den herrschenden teilweise auch die möglichkeit nehmen, den geiselstatus der gefangenen voll auszuschöpfen. eine eigenständige diskussion und praxis zu den oben genannten möglichkeiten rev. politik zerstört auch den mythos von mobilisierungen allein an den haftbedingungen lang.
ein erster schritt ist die politischen einschätzungen zu diesem projekt der sicherheitsapperate öffentlich zudiskutieren und gemeinsame schlüsse daraus anzugehen z.b. auch im zusammenhang mit den mobilisierungen gegen den wwg in münchen.



Doitschprüfung (Arbeitstitel)
Überlegungen zur autonomen Theorie und Praxis

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe versteht dieses Buch als eine Fortschreibung des Textes 'Doitschstunde', der im Frühjahr 1991 in verschiedenen Zeitschriften und in dem Band 'Metropolen(gedanken) und Revolution?' veröffentlicht wurde. Es ist ein Versuch, die autonome Theorie und Praxis, die seit den Ereignissen in Hoyerswerda entfachte Diskussion um Rassismus, autonome Flüchtlingspolitik und den antirassistischen Widerstand einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Entsprechend wird das Buch folgende Schwerpunkte beinhalten:

1. Eine Reflexion angesichts der aktuellen Entwicklung im neuen Deutschland, der in der 'Doitschstunde' formulierten These, das die Stabilität des Modell Deutschland, der darin verkörperte passive Konsens, nicht aus der Kontinuität des Faschismus erklärbar sei, sondern aus seinem Scheitern.
2. Eine Erwiderung auf die Kritik einer Antifa-Gruppe, die exemplarisch für eine in der autonomen Szene weit verbreitete Meinung steht, daß momentan gute Theorien und Einsichten nichts nutzen, sondern ein konsequenter Widerstand gegen die rassistischen und faschistischen Angriffe auf der Straße primäres Ziel sein müßte
3. Eine Kritik an der autonomen Theorie und Praxis in der antirassistischen Arbeit, die wiederholt Gefahr läuft, auch Rassismus zum 'Thema' und damit zur Kampagne zu machen - was ihr Ende und die Opfer geradezu vorprogrammiert.
4. Eine Auseinandersetzung aufgrund praktischer Erfahrungen der Zusammenarbeit mit dem multikulturellen Konzept von SPD bis Grüne/Bündnis 90, das offensichtlich als Schalldämpfer für die realen Gewaltverhältnisse dient. Und die Frage: Gibt es weniger Gründe, den multikulturellen als den braunen Rassismus anzugreifen?
5. Eine Beschäftigung mit den 'linken' Golfkriegsbefürworten, die dank einer perfekt inszenierten Geschichtsumschreibung anti-faschistischer Kämpfe und Erfahrungen der 60er und 70er Jahre möglich wurde und dem Wahrheitsgehalt des Antisemitismusvorwurf gegen die radikale Linke.



autonome L.U.P.U.S.-Gruppe
Doitschprüfung (Arbeitstitel)
Überlegungen zur autonomen Theorie und Praxis
ca. 150 Seiten, ca. 15,-DM
ISBN: 3-89408-20-5
erscheint im März

Feuer und Flamme II
Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen
ca. 160 Seiten, ca. 15 -DM
ISBN: 3-89408-015-9 (erscheint Februar 1992)

Ebenfalls zum Thema ist in der Edition ID-Archiv erschienen bzw. erscheint:

Projektgruppe (Hg.)
Metropolen(gedanken) und Revolution?
Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion
Mit Beiträgen von Ingrid Strobl, Klaus Viehmann u.a., der autonomen Lupus-Gruppe, den Revolutionären Zellen u.a
168 Seiten, 14,-DM (2. Auflage)
ISBN: 3-89408-011-6 (Mai 1991)

Geronimo
Feuer und Flamme
Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen
256 Seiten, 22,-DM (3. Auflage)
ISBN: 3-89408-004-3 (Mai 1990)

Mediengruppe Schrägspur e.V.
Schillerstraße 28 • 6900 Heidelberg
☎ 06221/24414

Stadt der ältesten Universität Deutschlands seit 1386 Heidelberg

HEIDELBERG 19.2.92 6900 100 Deutsche Bundespost

Liebe Leute! Es wäre toll, wenn ihr die folgenden Zeilen abdrucken könntet:
" An die Frankfurter Gruppe, die sich den 435 Tage im Hungerstreik- Video ausleihen wollte: Das Postfach 065130 c existiert gar nicht. Da ihr aber schon die Kohle geschickt habt, meldet euch bei uns, damit wir den Film schicken können!
Mediengruppe Schrägspur/HD"
/ 06221/24414

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



INFOVERANSTALTUNG:

DIE FASCHISTEN AUF DEM VORMARSCH ?!?

FILM:

>>WAHRHEIT MACHT FREI<< (1991)

Zweieinhalb Jahre lang hat der Berliner Journalist Michael Schmidt die deutschen Nazi-Kader Michael Kühnen und Christian Worch sowie den Österreicher Gottfried Küssel begleitet. Während die Faschisten dabei eine gute Chance witterten, ihre Aktivitäten propagandistisch aufzuwerten, ging es Schmidt um die Aufdeckung ihrer internationalen Verbindungen.
In der BRD unterliegt der Film einer inoffiziellen Zensur...

DIE NAZIS FORMIEREN SICH

Infos zu den jüngsten Entwicklungen im faschistischen Lager - über einzelne Organisationen und Parteien, deren bundes- bzw. europaweite Vernetzung, faschistische Taktik und Strategie sowie momentane Schwerpunkte ihrer Propaganda.

Hinterher: Diskussion

MONTAG 2.3. 20 UHR
X-B-LIEBIG

LIEBIGSTR.34 O-1035 U-BAHN FRANKFURTER TOR

ViSdP:K.Schröder,Samariterstr.14,1035

Termine

Freitag 28. Febr. 20.00 Uhr Initiative Basis-Radio Berlin stellt sich vor
Reichenbergerstr. 63a, 1/36

2. CASSETTE BASIS RADIO BERLIN 2/92
Preis: 5,-- DM
Schließt euch zusammen-bildet Radio-Banden!

BASIS RADIO Berlin – die Zweite Cassette

Zusammengestellt aus eigenständigen Beiträgen verschiedener Gruppen

Zu Hören sind folgende Themen:
die Antifa Marzahn berichtet über die Lage in Marzahn; Infos vom AntiRassistischen Zentrum, Antifakritik, die Anarchistische Welle mit "revolutionäre Gewalt in den 20er Jahren".

ab sofort erhältlich in: Infoläden, Kneipen, Schwarze Risse

Termine zum gemeinsamen Anhören werden extra bekanntgemacht

Samstag 29. Febr. 21.00 Uhr Fete im Infoladen 3. Welt
zur Unterstützung des Antirassistischen Zentrums
Thomas-Str.11-13, 1/44 (U7-Karl Marx-Str.)

WAS SCHAUST DU DIR DA AN?
EINE TANZ-SENDUNG



21.00 Uhr Frauen/Lesben-Fete
Prozeßkosten Marchstr./Einsteinufer
Subversiv, Brunnenstr.

21.00 Uhr Fete arabische und internationale Musik
Syndikat, Weisestr. 56, 1/44

18.00 Uhr Filme mit anschließender Diskussion
El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61

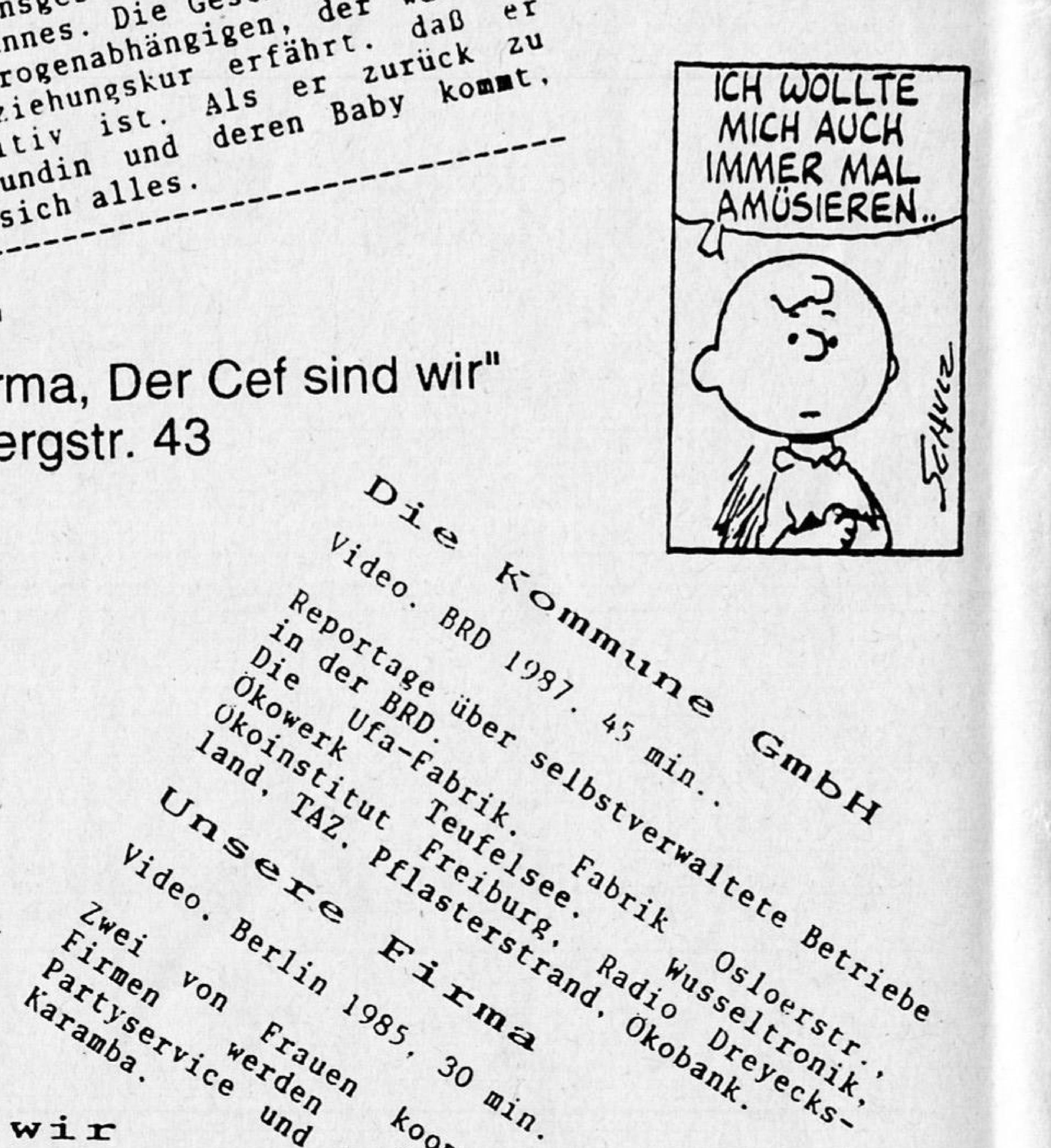
Verschiedene Filme des polnischen Filmemachers Miroslaw Dembinski mehrere Kurzfilme und sein neuer Film über AIDS. am Samstag den 29.02. ist Miroslaw Dembinski anwesend. im Anschluß der Filmvorführungen Gespräch und Diskussion.

Plus Minus unendlich

Video, Polen, 1990, Farbe, 40 min., 0 mit engl.U. Regie: Miroslaw Dembinski

Das Drehbuch basiert auf einer wirklichen Lebensgeschichte eines HIV-positiven Mannes. Die Geschichte handelt von einem Drogenabhängigen, der während seiner Entziehungskur erfährt, daß er HIV - positiv ist. Als er zurück zu seiner Freundin und deren Baby kommt, verändert sich alles.

Sonntag 1. März 18.00 Uhr "Finger weg vom Freistaat"
21.00Uhr "Die Kommune, Unsere Firma, Der Cef sind wir"
Filme im El Locco, Kreuzbergstr. 43



Die Kommune GmbH

Video. BRD 1987. 45 min..
Reportage über selbstverwaltete Betriebe in der BRD.
Die Ufa-Fabrik. Fabrik Osloerstr., Ökowerk Teufelsee. Wusseltronik, Ökoinstitut Freiburg. Radio Dreyecksland, TAZ. Pflasterstrand, Ökobank.

Unsere Firma

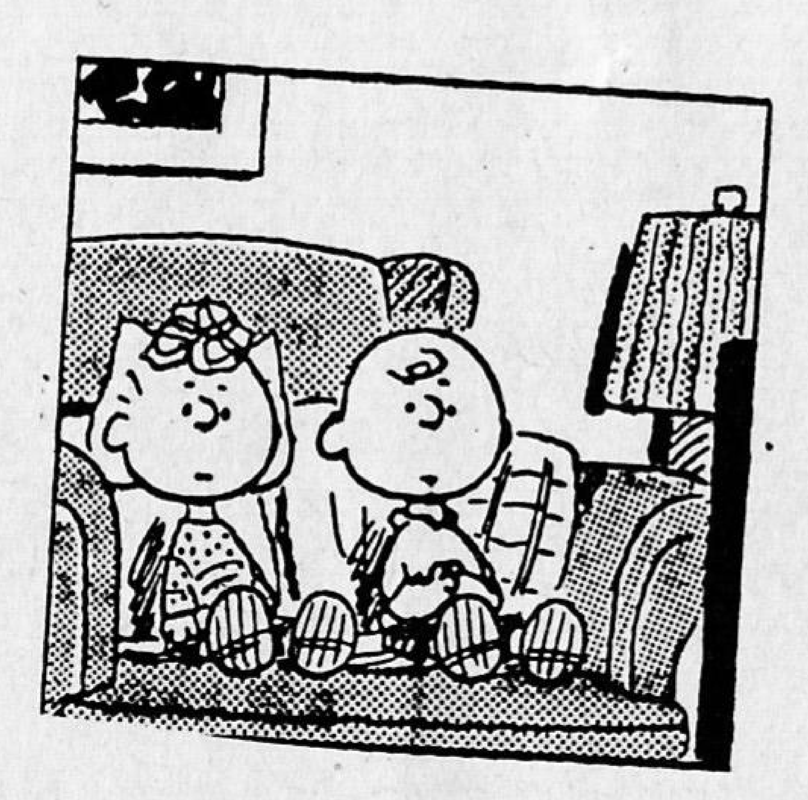
Video. Berlin 1985, 30 min.
Zwei von Frauen kooperativ geführte Firmen werden porträtiert. Ein Partyservice und die Frauenschlosserei Karamba.

Finger weg vom Freistaat

20 Jahre sind noch lange nicht genug - Der "Freistaat Christiania" in Kopenhagen

Video, BRD 1991, 30 min., von Michael Kipp-Thomas

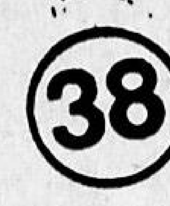
Begonnen hat alles 1971 mit der Besetzung einer vom Militär verlassenen Kaserne in der Kopenhagener Badmandstraße. Die Besetzer bauten einen eigenen selbstbestimmten Lebensraum auf, in klarer Absage an alle bürgerlichen Wohn- und Lebensformen. Heute leben dort rund eintausend Menschen. Eine bunte Geschichte des "Freistaates" von Träumen der Hausbesetzer von einst und der Wirklichkeit 20 Jahre später.



Der Cef sind wir

Video. BRD 1986, 45 min., von Hartmut Vogel, Thomas Greh, Eckhardt Möller

Selbstverwaltung im Betrieb, Beispiele aus Bremen.
Der Werkhof und die AN-Maschinenbau werden als zwei Beispiele der selbstverwalteten Betriebe dargestellt, der Geschichte der Genossenschaftsbewegung gegenübergestellt und über Ansprüche, Ziele und Probleme mit der "Arbeit ohne Cef" befragt



Montag 2. März | 19.00 Uhr | Wahlboykott-BVV: Ideentreff
Infoladen Omega, Sparrstr. 21, 1/65

20.00 Uhr | Infoveranstaltung und Film "Wahrheit macht frei"
X-B-Liebig, Liebigstr. 34, O-1035

19.30 Uhr | Vorbereitungstreffen Aktionswochen Juni 92
LAZ, Crellestr. 20, 1/62

Dienstag 3.März | 19.00 Uhr | Autonome Cubasolidarität!?!?!?!?
Diskussionsveranstaltung
Cafe Vamos, Marchstr.23

Mitwoch 4.März | 19.00 Uhr | Frauen-Abend im EX
mit Infos zum 8. März

20.00 Uhr | Film "RAN"
Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, O-1054



Don 5. März | 19.00 Uhr | Video "Verhandelte Frauen-Handelnde Frauen"
El Locco Nur für Frauen

Freitag 6. März | 20.00 Uhr | "Wie andere Neger auch"
Film, Yorckstr. 59, 1/61, HH

19.30 Uhr | Veranstaltung zur Freilassung politischer Gefangener
EX, Mehringhof, 1/61

Für die Freiheit der politischen Gefangenen in der BRD!

Veranstaltung zur aktuellen Diskussion um die Freilassung von politischen Gefangenen (Kinkelinitiative).
Mit ehemaligen Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni und der RAF.

am Fr. 6.3. 19.30 Uhr im EX
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a,
1-61 (U-Mehringdamm)

Verhandelte Frauen – Handelnde Frauen

Video, BRD 1990, 47 min., von MPZ Hamburg und BAFF-Frauen

BAFF (Berufliche Autonomie für Frauen) und die Frauen vom MPZ (Medienpädagogisches Zentrum) wollten mit diesem Film wenigstens ein Teil der Widersprüche, zwischen Selbstverwaltung auf der einen und der staatlichen Förderung (durch ABM) auf der anderen Seite, deutlich machen, um eine weitergehende Diskussion innerhalb und außerhalb des Projektes in Gang setzen. Zwischen "handelnden" Frauen, die sich z.B. Gedanken über Rollenverteilung, Kompetenzen oder Machtfragen machen können und uns "verhandelten" Frauen, die sich laufend gegen staatliche Kontrolle und behördliche Erwartungen, Paragraphen und die eigene Schere im Kopf zur Wehr setzen müssen, liegt eine weite Kluft. Für uns ist jedenfalls eines klar, Staatsknete kann, wenn überhaupt, nur für die Startrampe für wirklich selbstverwaltete, selbstverwirklichte Projekte sein (die BAFF-Frauen)
Der Videofilm erzählt die Geschichte dieser Auseinandersetzung um ABM und Selbstverwaltung in Form eines Laien theaters

Samstag 7. März | 20.00 Uhr | "Von Gewalt halt ich nicht viel, nur, mit Gewalt erreichtst du ne Menge"
Video über Jugendliche aus B-Marzahn
Yorckstr. 59, 1/61, HH

Sonntag 8. März | 20.00 Uhr | "Aufenthalt im Widerstand" und Hoyerswerda-Video, Yorckstr. 59



Die Einzelausgabe kostet 4,- DM, das Abo kostet Euch für fünf Ausgaben 25,-DM inclusive Versandkosten.

Im März erscheint wieder das Antifaschistische Infoblatt. Schwerpunktthemen in Ausgabe Nr. 17 sind:

- Die Hinterlassenschaft von Kühnen, seine Verbindungen usw.
- Die Beerdigung: Fiasko für die Nazis
- Geschichtsrevisionismus der Rechten, seine Methoden, seine Bedeutung
- Berichte über Antifa-Aktivitäten, u.a. die Verhinderung des FAP-Aufmarschs in Bonn
- Abschiebungen von Flüchtlingen
- Die neue weltpolitische Rolle der BRD: Neue Perspektiven des Imperialismus
- Berichte aus dem Ausland, z.B. faschistische Terrororganisationen in Schweden, ihre internationalen Verbindungen; der Einfluß der Front National in Frankreich.

Das Antifa-Info erscheint vier bis sechs mal im Jahr. Es kann auch aboniert werden:

Antifa Infoblatt
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

KEIN RUHIGES HINTERLAND - DVU ANGREIFEN



BUNDESWEITER AKTIONSTAG GEGEN DIE DVU

9:00 BEGRÜßUNG DER FASCHOS
AM EXERZIERPLATZ
14:30 AUFTAKT ZUR DEMO
AM EUROPAPLATZ
AM HAUPTBAHNHOF
NACHMITTAGS VOLXKÜCHE
ABENDS ANTIFAFEST

Auch dieses Jahr findet wieder eines der größten Faschotreffen Mitteleuropas statt. Die DVU mobilisiert ihre AnhängerInnenschaft aus ganz BRD und Ausland nach Passau in die Nibelungenhalle. Dies werden wir nicht ohne Widerstand geschehen lassen. Es geht darum ihnen endlich ihre befriedeten Rückzugswinkel zu nehmen, Stück für Stück, ihnen nirgends Ruhe zu lassen. Und das nicht trotz, sondern wegen der Einschätzung, daß es in allen Städte und Dörfern immer mehr zu tun gibt!!!

AUTONOME GRUPPEN